

Bundesgesetzblatt ¹⁵⁰⁹

Teil I

G 5702

2001

Ausgegeben zu Bonn am 12. Juli 2001

Nr. 34

Tag	Inhalt	Seite
9. 7. 2001	Gesetz zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts FNA: neu: 2031-4/1; neu: 2031-4; 2030-1, 2030-2, 2030-2-2, 2030-2-8, 2030-2-23, 2030-25, 2031-1-21, 2035-4, 301-1, 304-1, 303-1, 360-1, 340-1, 368-1, 55-2, 63-20, 7620-1, 806-3, 827-7, 860-3, 860-6, 900-10-1, 900-10-4, 2031-1-29, 2031-1, 2031-1-9, 2031-1-33, 2031-1-10 GESTA: B058	1510
9. 7. 2001	Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (EG-Zustellungsdurchführungsgesetz – ZustDG) FNA: neu: 319-102 GESTA: C143	1536
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	1538

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts Teil I ist für die Abonnenten der am 30. Juni 2001 abgeschlossene Nachtrag zum Fundstellennachweis A 2000 (Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen) beigelegt.

Gesetz zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts

Vom 9. Juli 2001

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Bundesdisziplinargesetz (BDG)

Inhaltsübersicht

Teil 1

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Persönlicher Geltungsbereich
- § 2 Sachlicher Geltungsbereich
- § 3 Ergänzende Anwendung des Verwaltungsverfahrensgesetzes und der Verwaltungsgerichtsordnung
- § 4 Gebot der Beschleunigung

Teil 2

Disziplinarmaßnahmen

- § 5 Arten der Disziplinarmaßnahmen
- § 6 Verweis
- § 7 Geldbuße
- § 8 Kürzung der Dienstbezüge
- § 9 Zurückstufung
- § 10 Entfernung aus dem Beamtenverhältnis
- § 11 Kürzung des Ruhegehalts
- § 12 Aberkennung des Ruhegehalts
- § 13 Bemessung der Disziplinarmaßnahme
- § 14 Zulässigkeit von Disziplinarmaßnahmen nach Straf- oder Bußgeldverfahren
- § 15 Disziplinarmaßnahmeverbot wegen Zeitablaufs
- § 16 Verwertungsverbot, Entfernung aus der Personalakte

Teil 3

Behördliches Disziplinarverfahren

Kapitel 1

Einleitung, Ausdehnung und Beschränkung

- § 17 Einleitung von Amts wegen
- § 18 Einleitung auf Antrag des Beamten
- § 19 Ausdehnung und Beschränkung

Kapitel 2

Durchführung

- § 20 Unterrichtung, Belehrung und Anhörung des Beamten
- § 21 Pflicht zur Durchführung von Ermittlungen, Ausnahmen

- § 22 Zusammentreffen von Disziplinarverfahren mit Strafverfahren oder anderen Verfahren, Aussetzung
- § 23 Bindung an tatsächliche Feststellungen aus Strafverfahren oder anderen Verfahren
- § 24 Beweiserhebung
- § 25 Zeugen und Sachverständige
- § 26 Herausgabe von Unterlagen
- § 27 Beschlagnahmen und Durchsuchungen
- § 28 Protokoll
- § 29 Innerdienstliche Informationen
- § 30 Abschließende Anhörung
- § 31 Abgabe des Disziplinarverfahrens

Kapitel 3

Abschlussentscheidung

- § 32 Einstellungsverfügung
- § 33 Disziplinarverfügung
- § 34 Erhebung der Disziplinaranzeige
- § 35 Grenzen der erneuten Ausübung der Disziplinarbefugnisse
- § 36 Verfahren bei nachträglicher Entscheidung im Straf- oder Bußgeldverfahren
- § 37 Kostentragungspflicht

Kapitel 4

Vorläufige Dienstenthebung und Einbehaltung von Bezügen

- § 38 Zulässigkeit
- § 39 Rechtswirkungen
- § 40 Verfall und Nachzahlung der einbehaltenen Beträge

Kapitel 5

Widerspruchsverfahren

- § 41 Erforderlichkeit, Form und Frist des Widerspruchs
- § 42 Widerspruchsbescheid
- § 43 Grenzen der erneuten Ausübung der Disziplinarbefugnisse
- § 44 Kostentragungspflicht

Teil 4

Gerichtliches Disziplinarverfahren

Kapitel 1

Disziplinargerichtsbarkeit

- § 45 Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit
- § 46 Kammer für Disziplinarsachen

- § 47 Beamtenbeisitzer
- § 48 Ausschluss von der Ausübung des Richteramts
- § 49 Nichtheranziehung eines Beamtenbeisitzers
- § 50 Entbindung vom Amt des Beamtenbeisitzers
- § 51 Senate für Disziplinarsachen

Kapitel 2

Disziplinarverfahren vor
dem Verwaltungsgericht

Abschnitt 1

Klageverfahren

- § 52 Klageerhebung, Form und Frist der Klage
- § 53 Nachtragsdisziplinar Klage
- § 54 Belehrung des Beamten
- § 55 Mängel des behördlichen Disziplinarverfahrens oder der Klageschrift
- § 56 Beschränkung des Disziplinarverfahrens
- § 57 Bindung an tatsächliche Feststellungen aus anderen Verfahren
- § 58 Beweisaufnahme
- § 59 Entscheidung durch Beschluss
- § 60 Mündliche Verhandlung, Entscheidung durch Urteil
- § 61 Grenzen der erneuten Ausübung der Disziplinarbefugnisse

Abschnitt 2

Besondere Verfahren

- § 62 Antrag auf gerichtliche Fristsetzung
- § 63 Antrag auf Aussetzung der vorläufigen Dienstenthebung und der Einbehaltung von Bezügen

Kapitel 3

Disziplinarverfahren vor
dem Oberverwaltungsgericht

Abschnitt 1

Berufung

- § 64 Statthaftigkeit, Form und Frist der Berufung
- § 65 Berufungsverfahren
- § 66 Mündliche Verhandlung, Entscheidung durch Urteil

Abschnitt 2

Beschwerde

- § 67 Statthaftigkeit, Form und Frist der Beschwerde
- § 68 Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts

Kapitel 4

Disziplinarverfahren vor
dem Bundesverwaltungsgericht

- § 69 Form, Frist und Zulassung der Revision
- § 70 Revisionsverfahren, Entscheidung über die Revision

Kapitel 5

Wiederaufnahme des
gerichtlichen Disziplinarverfahrens

- § 71 Wiederaufnahmegründe
- § 72 Unzulässigkeit der Wiederaufnahme
- § 73 Frist, Verfahren

- § 74 Entscheidung durch Beschluss
- § 75 Mündliche Verhandlung, Entscheidung des Gerichts
- § 76 Rechtswirkungen, Entschädigung

Kapitel 6

Kostenentscheidung im
gerichtlichen Disziplinarverfahren

- § 77 Kostentragungspflicht
- § 78 Erstattungsfähige Kosten

Teil 5

Unterhaltsbeitrag,
Unterhaltsleistung und Begnadigung

- § 79 Unterhaltsbeitrag bei Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder bei Aberkennung des Ruhegehalts
- § 80 Unterhaltsleistung bei Mithilfe zur Aufdeckung von Straftaten
- § 81 Begnadigung

Teil 6

Besondere Bestimmungen
für einzelne Beamtengruppen
und für Ruhestandsbeamte

- § 82 Polizeivollzugsbeamte des Bundes
- § 83 Beamte der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts
- § 84 Ausübung der Disziplinarbefugnisse bei Ruhestandsbeamten

Teil 7

Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 85 Übergangsbestimmungen
- § 86 Verwaltungsvorschriften

Teil 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Gesetz gilt für Beamte und Ruhestandsbeamte im Sinne des Bundesbeamtengesetzes. Frühere Beamte, die Unterhaltsbeiträge nach den Bestimmungen des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechender früherer Regelungen beziehen, gelten bis zum Ende dieses Bezuges als Ruhestandsbeamte, ihre Bezüge als Ruhegehalt.

§ 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für die

1. von Beamten während ihres Beamtenverhältnisses begangenen Dienstvergehen (§ 77 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes) und
2. von Ruhestandsbeamten
 - a) während ihres Beamtenverhältnisses begangenen Dienstvergehen (§ 77 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes) und

- b) nach Eintritt in den Ruhestand begangenen als Dienstvergehen geltenden Handlungen (§ 77 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes).

(2) Für Beamte und Ruhestandsbeamte, die früher in einem anderen Dienstverhältnis als Beamte, Richter, Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit gestanden haben, gilt dieses Gesetz auch wegen solcher Dienstvergehen, die sie in dem früheren Dienstverhältnis oder als Versorgungsberechtigte aus einem solchen Dienstverhältnis begangen haben; auch bei den aus einem solchen Dienstverhältnis Ausgeschiedenen und Entlassenen gelten Handlungen, die in § 77 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes bezeichnet sind, als Dienstvergehen. Ein Wechsel des Dienstherrn steht der Anwendung dieses Gesetzes nicht entgegen.

(3) Für Beamte, die Wehrdienst im Rahmen einer Wehrübung (§ 6 des Wehrpflichtgesetzes) oder einer besonderen Auslandsverwendung (§ 6a des Wehrpflichtgesetzes) leisten, gilt dieses Gesetz auch wegen solcher Dienstvergehen, die während des Wehrdienstes begangen wurden, wenn das Verhalten sowohl soldatenrechtlich als auch beamtenrechtlich ein Dienstvergehen darstellt.

§ 3

Ergänzende Anwendung des Verwaltungsverfahrensgesetzes und der Verwaltungsgerichtsordnung

Zur Ergänzung dieses Gesetzes sind die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes und der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend anzuwenden, soweit sie nicht zu den Bestimmungen dieses Gesetzes in Widerspruch stehen oder soweit nicht in diesem Gesetz etwas anderes bestimmt ist.

§ 4

Gebot der Beschleunigung

Disziplinarverfahren sind beschleunigt durchzuführen.

Teil 2

Disziplinarmaßnahmen

§ 5

Arten der Disziplinarmaßnahmen

(1) Disziplinarmaßnahmen gegen Beamte sind:

1. Verweis (§ 6)
2. Geldbuße (§ 7)
3. Kürzung der Dienstbezüge (§ 8)
4. Zurückstufung (§ 9) und
5. Entfernung aus dem Beamtenverhältnis (§ 10).

(2) Disziplinarmaßnahmen gegen Ruhestandsbeamte sind:

1. Kürzung des Ruhegehalts (§ 11) und
2. Aberkennung des Ruhegehalts (§ 12).

(3) Beamten auf Probe und Beamten auf Widerruf können nur Verweise erteilt und Geldbußen auferlegt werden. Für die Entlassung von Beamten auf Probe und Beamten auf Widerruf wegen eines Dienstvergehens gelten § 31 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 sowie § 32 des Bundesbeamtengesetzes.

§ 6

Verweis

Der Verweis ist der schriftliche Tadel eines bestimmten Verhaltens des Beamten. Missbilligende Äußerungen (Zurechtweisungen, Ermahnungen oder Rügen), die nicht ausdrücklich als Verweis bezeichnet werden, sind keine Disziplinarmaßnahmen.

§ 7

Geldbuße

Die Geldbuße kann bis zur Höhe der monatlichen Dienst- oder Anwärterbezüge des Beamten auferlegt werden. Hat der Beamte keine Dienst- oder Anwärterbezüge, darf die Geldbuße bis zu dem Betrag von 500 Euro auferlegt werden.

§ 8

Kürzung der Dienstbezüge

(1) Die Kürzung der Dienstbezüge ist die bruchteilmäßige Verminderung der monatlichen Dienstbezüge des Beamten um höchstens ein Fünftel auf längstens drei Jahre. Sie erstreckt sich auf alle Ämter, die der Beamte bei Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung inne hat. Hat der Beamte aus einem früheren öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis einen Versorgungsanspruch erworben, bleibt dieser von der Kürzung der Dienstbezüge unberührt.

(2) Die Kürzung der Dienstbezüge beginnt mit dem Kalendermonat, der auf den Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung folgt. Tritt der Beamte vor Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung in den Ruhestand, gilt eine entsprechende Kürzung des Ruhegehalts (§ 11) als festgesetzt. Tritt der Beamte während der Dauer der Kürzung der Dienstbezüge in den Ruhestand, wird sein Ruhegehalt entsprechend wie die Dienstbezüge für denselben Zeitraum gekürzt. Sterbegeld sowie Witwen- und Waisengeld werden nicht gekürzt.

(3) Die Kürzung der Dienstbezüge wird gehemmt, solange der Beamte ohne Dienstbezüge beurlaubt ist. Er kann jedoch für die Dauer seiner Beurlaubung den Kürzungsbetrag monatlich vorab an den Dienstherrn entrichten; die Dauer der Kürzung der Dienstbezüge nach der Beendigung der Beurlaubung verringert sich entsprechend.

(4) Solange seine Dienstbezüge gekürzt werden, darf der Beamte nicht befördert werden. Der Zeitraum kann in der Entscheidung abgekürzt werden, sofern dies im Hinblick auf die Dauer des Disziplinarverfahrens angezeigt ist.

(5) Die Rechtsfolgen der Kürzung der Dienstbezüge erstrecken sich auch auf ein neues Beamtenverhältnis. Hierbei steht bei Anwendung des Absatzes 4 die Einstellung oder Anstellung in einem höheren als dem bisherigen Amt der Beförderung gleich.

§ 9

Zurückstufung

(1) Die Zurückstufung ist die Versetzung des Beamten in ein Amt derselben Laufbahn mit geringerem Endgrundgehalt. Der Beamte verliert alle Rechte aus seinem bisherigen Amt einschließlich der damit verbundenden Dienstbezüge und der Befugnis, die bisherige Amtsbezeichnung zu führen. Soweit in der Entscheidung nichts anderes bestimmt ist, enden mit der Zurückstufung auch die Ehrenämter und die Nebentätigkeiten, die der Beamte im Zusammenhang mit

dem bisherigen Amt oder auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung seines Dienstvorgesetzten übernommen hat.

(2) Die Dienstbezüge aus dem neuen Amt werden von dem Kalendermonat an gezahlt, der dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung folgt. Tritt der Beamte vor Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung in den Ruhestand, erhält er Versorgungsbezüge nach der in der Entscheidung bestimmten Besoldungsgruppe.

(3) Der Beamte darf frühestens fünf Jahre nach Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung befördert werden. Der Zeitraum kann in der Entscheidung verkürzt werden, sofern dies im Hinblick auf die Dauer des Disziplinarverfahrens angezeigt ist.

(4) Die Rechtsfolgen der Zurückstufung erstrecken sich auch auf ein neues Beamtenverhältnis. Hierbei steht im Hinblick auf Absatz 3 die Einstellung oder Anstellung in einem höheren Amt als dem, in welches der Beamte zurückgestuft wurde, der Beförderung gleich.

§ 10

Entfernung aus dem Beamtenverhältnis

(1) Mit der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis endet das Dienstverhältnis. Der Beamte verliert den Anspruch auf Dienstbezüge und Versorgung sowie die Befugnis, die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel zu führen und die Dienstkleidung zu tragen.

(2) Die Zahlung der Dienstbezüge wird mit dem Ende des Kalendermonats eingestellt, in dem die Entscheidung unanfechtbar wird. Tritt der Beamte in den Ruhestand, bevor die Entscheidung über die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis unanfechtbar wird, gilt die Entscheidung als Aberkennung des Ruhegehalts.

(3) Der aus dem Beamtenverhältnis entfernte Beamte erhält für die Dauer von sechs Monaten einen Unterhaltsbeitrag in Höhe von 50 Prozent der Dienstbezüge, die ihm bei Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung zustehen; eine Einbehaltung von Dienstbezügen nach § 38 Abs. 2 bleibt unberücksichtigt. Die Gewährung des Unterhaltsbeitrags kann in der Entscheidung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden, soweit der Beamte ihrer nicht würdig oder den erkennbaren Umständen nach nicht bedürftig ist. Sie kann in der Entscheidung über sechs Monate hinaus verlängert werden, soweit dies notwendig ist, um eine unbillige Härte zu vermeiden; der Beamte hat die Umstände glaubhaft zu machen. Für die Zahlung des Unterhaltsbeitrags gelten die besonderen Regelungen des § 79.

(4) Die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis und ihre Rechtsfolgen erstrecken sich auf alle Ämter, die der Beamte bei Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung inne hat.

(5) Wird ein Beamter, der früher in einem anderen Dienstverhältnis im Bundesdienst gestanden hat, aus dem Beamtenverhältnis entfernt, verliert er auch die Ansprüche aus dem früheren Dienstverhältnis, wenn diese Disziplinarmaßnahme wegen eines Dienstvergehens ausgesprochen wird, das in dem früheren Dienstverhältnis begangen wurde.

(6) Ist ein Beamter aus dem Beamtenverhältnis entfernt worden, darf er nicht wieder zum Beamten ernannt werden; es soll auch kein anderes Beschäftigungsverhältnis begründet werden.

§ 11

Kürzung des Ruhegehalts

Die Kürzung des Ruhegehalts ist die bruchteilmäßige Verminderung des monatlichen Ruhegehalts des Ruhestandsbeamten um höchstens ein Fünftel auf längstens drei Jahre. § 8 Abs. 1 Satz 2 und 3 sowie Abs. 2 Satz 1 und 4 gilt entsprechend.

§ 12

Aberkennung des Ruhegehalts

(1) Mit der Aberkennung des Ruhegehalts verliert der Ruhestandsbeamte den Anspruch auf Versorgung einschließlich der Hinterbliebenenversorgung und die Befugnis, die Amtsbezeichnung und die Titel zu führen, die im Zusammenhang mit dem früheren Amt verliehen wurden.

(2) Nach der Aberkennung des Ruhegehalts erhält der Ruhestandsbeamte bis zur Gewährung einer Rente auf Grund einer Nachversicherung, längstens jedoch für die Dauer von sechs Monaten, einen Unterhaltsbeitrag in Höhe von 70 Prozent des Ruhegehalts, das ihm bei Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung zusteht; eine Kürzung des Ruhegehalts nach § 38 Abs. 3 bleibt unberücksichtigt. § 10 Abs. 3 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) Die Aberkennung des Ruhegehalts und ihre Rechtsfolgen erstrecken sich auf alle Ämter, die der Ruhestandsbeamte bei Eintritt in den Ruhestand inne gehabt hat.

(4) § 10 Abs. 2 Satz 1 sowie Abs. 5 und 6 gilt entsprechend.

§ 13

Bemessung der Disziplinarmaßnahme

(1) Die Entscheidung über eine Disziplinarmaßnahme ergeht nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Disziplinarmaßnahme ist nach der Schwere des Dienstvergehens zu bemessen. Das Persönlichkeitsbild des Beamten ist angemessen zu berücksichtigen. Ferner soll berücksichtigt werden, in welchem Umfang der Beamte das Vertrauen des Dienstherrn oder der Allgemeinheit beeinträchtigt hat.

(2) Ein Beamter, der durch ein schweres Dienstvergehen das Vertrauen des Dienstherrn oder der Allgemeinheit endgültig verloren hat, ist aus dem Beamtenverhältnis zu entfernen. Dem Ruhestandsbeamten wird das Ruhegehalt aberkannt, wenn er als noch im Dienst befindlicher Beamter aus dem Beamtenverhältnis hätte entfernt werden müssen.

§ 14

Zulässigkeit von Disziplinarmaßnahmen nach Straf- oder Bußgeldverfahren

(1) Ist gegen einen Beamten im Straf- oder Bußgeldverfahren unanfechtbar eine Strafe, Geldbuße oder Ordnungsmaßnahme verhängt worden oder kann eine Tat nach § 153a Abs. 1 Satz 5 oder Abs. 2 Satz 2 der Strafprozessordnung nach der Erfüllung von Auflagen und Weisungen nicht mehr als Vergehen verfolgt werden, darf wegen desselben Sachverhalts

1. ein Verweis, eine Geldbuße oder eine Kürzung des Ruhegehalts nicht ausgesprochen werden,
2. eine Kürzung der Dienstbezüge oder eine Zurückstufung nur ausgesprochen werden, wenn dies zusätzlich erforderlich ist, um den Beamten zur Pflichterfüllung anzuhalten.

(2) Ist der Beamte im Straf- oder Bußgeldverfahren rechtskräftig freigesprochen worden, darf wegen des Sachverhalts, der Gegenstand der gerichtlichen Entscheidung gewesen ist, eine Disziplinarmaßnahme nur ausgesprochen werden, wenn dieser Sachverhalt ein Dienstvergehen darstellt, ohne den Tatbestand einer Straf- oder Bußgeldvorschrift zu erfüllen.

§ 15

Disziplinarmaßnahmeverbot wegen Zeitablaufs

(1) Sind seit der Vollendung eines Dienstvergehens mehr als zwei Jahre vergangen, darf ein Verweis nicht mehr erteilt werden.

(2) Sind seit der Vollendung eines Dienstvergehens mehr als drei Jahre vergangen, darf eine Geldbuße, eine Kürzung der Dienstbezüge oder eine Kürzung des Ruhegehalts nicht mehr ausgesprochen werden.

(3) Sind seit der Vollendung eines Dienstvergehens mehr als sieben Jahre vergangen, darf auf Zurückstufung nicht mehr erkannt werden.

(4) Die Fristen der Absätze 1 bis 3 werden durch die Einleitung des Disziplinarverfahrens, die Erhebung der Disziplinaranzeige, die Erhebung der Nachtragsdisziplinaranzeige oder die Anordnung oder Ausdehnung von Ermittlungen gegen Beamte auf Probe und Beamte auf Widerruf nach § 31 Abs. 4 Satz 2 und § 32 Abs. 1 in Verbindung mit § 31 Abs. 4 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes unterbrochen.

(5) Die Fristen der Absätze 1 bis 3 sind für die Dauer des Widerspruchsverfahrens, des gerichtlichen Disziplinarverfahrens, für die Dauer einer Aussetzung des Disziplinarverfahrens nach § 22 oder für die Dauer der Mitwirkung des Personalrats gehemmt. Ist vor Ablauf der Frist wegen desselben Sachverhalts ein Straf- oder Bußgeldverfahren eingeleitet oder eine Klage aus dem Beamtenverhältnis erhoben worden, ist die Frist für die Dauer dieses Verfahrens gehemmt.

§ 16

Verwertungsverbot, Entfernung aus der Personalakte

(1) Ein Verweis darf nach zwei Jahren, eine Geldbuße und eine Kürzung der Dienstbezüge dürfen nach drei Jahren und eine Zurückstufung darf nach sieben Jahren bei weiteren Disziplinarmaßnahmen und bei sonstigen Personalmaßnahmen nicht mehr berücksichtigt werden (Verwertungsverbot). Der Beamte gilt nach dem Eintritt des Verwertungsverbots als von der Disziplinarmaßnahme nicht betroffen.

(2) Die Frist für das Verwertungsverbot beginnt, sobald die Entscheidung über die Disziplinarmaßnahme unanfechtbar ist. Sie endet nicht, solange ein gegen den Beamten eingeleitetes Straf- oder Disziplinarverfahren nicht unanfechtbar abgeschlossen ist, eine andere Disziplinarmaßnahme berücksichtigt werden darf, eine Entscheidung über die Kürzung der Dienstbezüge noch nicht vollstreckt ist oder ein gerichtliches Verfahren über die Beendigung des Beamtenverhältnisses oder über die Geltendmachung von Schadenersatz gegen den Beamten anhängig ist.

(3) Eintragungen in der Personalakte über die Disziplinarmaßnahme sind nach Eintritt des Verwertungsverbots von Amts wegen zu entfernen und zu vernichten. Auf Antrag des Beamten unterbleibt die Entfernung oder erfolgt eine

gesonderte Aufbewahrung. Der Antrag ist innerhalb eines Monats zu stellen, nachdem dem Beamten die bevorstehende Entfernung mitgeteilt und er auf sein Antragsrecht und die Antragsfrist hingewiesen worden ist. Wird der Antrag gestellt, ist das Verwertungsverbot bei den Eintragungen zu vermerken.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Disziplinarvorgänge, die nicht zu einer Disziplinarmaßnahme geführt haben. Die Frist für das Verwertungsverbot beträgt, wenn das Disziplinarverfahren nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 eingestellt wird, drei Monate und im Übrigen zwei Jahre. Die Frist beginnt mit dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung, die das Disziplinarverfahren abschließt, im Übrigen mit dem Tag, an dem der Dienstvorgesetzte, der für die Einleitung des Disziplinarverfahrens zuständig ist, zureichende tatsächliche Anhaltspunkte erhält, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen.

(5) Auf die Entfernung und Vernichtung von Disziplinarvorgängen, die zu einer missbilligenden Äußerung geführt haben, findet § 90e Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 und 3 des Bundesbeamtengesetzes Anwendung.

Teil 3

Behördliches Disziplinarverfahren

Kapitel 1

Einleitung, Ausdehnung und Beschränkung

§ 17

Einleitung von Amts wegen

(1) Liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vor, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, hat der Dienstvorgesetzte die Dienstpflicht, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Der höhere Dienstvorgesetzte und die oberste Dienstbehörde stellen im Rahmen ihrer Aufsicht die Erfüllung dieser Pflicht sicher; sie können das Disziplinarverfahren jederzeit an sich ziehen. Die Einleitung ist aktenkundig zu machen.

(2) Ein Disziplinarverfahren wird nicht eingeleitet, wenn feststeht, dass nach § 14 oder § 15 eine Disziplinarmaßnahme nicht ausgesprochen werden darf. Die Gründe sind aktenkundig zu machen und dem Beamten bekannt zu geben.

(3) Hat ein Beamter zwei oder mehrere Ämter inne, die nicht im Verhältnis von Haupt- zu Nebenamt stehen, und beabsichtigt der Dienstvorgesetzte, zu dessen Geschäftsbereich eines dieser Ämter gehört, ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten, teilt er dies den Dienstvorgesetzten mit, die für die anderen Ämter zuständig sind. Ein weiteres Disziplinarverfahren kann gegen den Beamten wegen desselben Sachverhalts nicht eingeleitet werden. Hat ein Beamter zwei oder mehrere Ämter inne, die im Verhältnis von Haupt- zu Nebenamt stehen, kann nur der Dienstvorgesetzte ein Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten, der für das Hauptamt zuständig ist.

(4) Die Zuständigkeiten nach den Absätzen 1 bis 3 werden durch eine Beurlaubung, eine Abordnung oder eine Zuweisung nicht berührt. Bei einer Abordnung geht die aus Absatz 1 sich ergebende Pflicht hinsichtlich der

während der Abordnung begangenen Dienstvergehen auf den neuen Dienstvorgesetzten über, soweit dieser nicht ihre Ausübung den anderen Dienstvorgesetzten überlässt oder soweit nichts anderes bestimmt ist.

§ 18

Einleitung auf Antrag des Beamten

(1) Der Beamte kann bei dem Dienstvorgesetzten oder dem höheren Dienstvorgesetzten die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst beantragen, um sich von dem Verdacht eines Dienstvergehens zu entlasten.

(2) Der Antrag darf nur abgelehnt werden, wenn keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte vorliegen, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen. Die Entscheidung ist dem Beamten mitzuteilen.

(3) § 17 Abs. 1 Satz 2 zweiter Halbsatz und Satz 3 sowie Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 19

Ausdehnung und Beschränkung

(1) Das Disziplinarverfahren kann bis zum Erlass einer Entscheidung nach den §§ 32 bis 34 auf neue Handlungen ausgedehnt werden, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen. Die Ausdehnung ist aktenkundig zu machen.

(2) Das Disziplinarverfahren kann bis zum Erlass einer Entscheidung nach den §§ 32 bis 34 oder eines Widerspruchsbescheids nach § 42 beschränkt werden, indem solche Handlungen ausgeschieden werden, die für die Art und Höhe der zu erwartenden Disziplinarmaßnahme voraussichtlich nicht ins Gewicht fallen. Die Beschränkung ist aktenkundig zu machen. Die ausgeschiedenen Handlungen können nicht wieder in das Disziplinarverfahren einbezogen werden, es sei denn, die Voraussetzungen für die Beschränkung entfallen nachträglich. Werden die ausgeschiedenen Handlungen nicht wieder einbezogen, können sie nach dem unanfechtbaren Abschluss des Disziplinarverfahrens nicht Gegenstand eines neuen Disziplinarverfahrens sein.

Kapitel 2

Durchführung

§ 20

Unterrichtung, Belehrung und Anhörung des Beamten

(1) Der Beamte ist über die Einleitung des Disziplinarverfahrens unverzüglich zu unterrichten, sobald dies ohne Gefährdung der Aufklärung des Sachverhalts möglich ist. Hierbei ist ihm zu eröffnen, welches Dienstvergehen ihm zur Last gelegt wird. Er ist gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass es ihm freisteht, sich mündlich oder schriftlich zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und sich jederzeit eines Bevollmächtigten oder Beistands zu bedienen.

(2) Für die Abgabe einer schriftlichen Äußerung wird dem Beamten eine Frist von einem Monat und für die Abgabe der Erklärung, sich mündlich äußern zu wollen, eine Frist von zwei Wochen gesetzt. Hat der Beamte rechtzeitig erklärt, sich mündlich äußern zu wollen, ist die Anhörung innerhalb von drei Wochen nach Eingang der Erklärung durchzuführen. Ist der Beamte aus zwingenden Gründen

gehindert, eine Frist nach Satz 1 einzuhalten oder einer Ladung zur mündlichen Verhandlung Folge zu leisten, und hat er dies unverzüglich mitgeteilt, ist die maßgebliche Frist zu verlängern oder er erneut zu laden. Die Fristsetzungen und Ladungen sind dem Beamten zuzustellen.

(3) Ist die nach Absatz 1 Satz 2 und 3 vorgeschriebene Belehrung unterblieben oder unrichtig erfolgt, darf die Aussage des Beamten nicht zu seinem Nachteil verwertet werden.

§ 21

Pflicht zur Durchführung von Ermittlungen, Ausnahmen

(1) Zur Aufklärung des Sachverhalts sind die erforderlichen Ermittlungen durchzuführen. Dabei sind die belastenden, die entlastenden und die Umstände zu ermitteln, die für die Bemessung einer Disziplinarmaßnahme bedeutsam sind. Der höhere Dienstvorgesetzte und die oberste Dienstbehörde können die Ermittlungen an sich ziehen.

(2) Von Ermittlungen ist abzusehen, soweit der Sachverhalt auf Grund der tatsächlichen Feststellungen eines rechtskräftigen Urteils im Straf- oder Bußgeldverfahren oder im verwaltungsgerichtlichen Verfahren, durch das nach § 9 des Bundesbesoldungsgesetzes über den Verlust der Besoldung bei schuldhaftem Fernbleiben vom Dienst entschieden worden ist, feststeht. Von Ermittlungen kann auch abgesehen werden, soweit der Sachverhalt auf sonstige Weise aufgeklärt ist, insbesondere nach der Durchführung eines anderen gesetzlich geordneten Verfahrens.

§ 22

Zusammentreffen von Disziplinarverfahren mit Strafverfahren oder anderen Verfahren, Aussetzung

(1) Ist gegen den Beamten wegen des Sachverhalts, der dem Disziplinarverfahren zugrunde liegt, im Strafverfahren die öffentliche Klage erhoben worden, wird das Disziplinarverfahren ausgesetzt. Die Aussetzung unterbleibt, wenn keine begründeten Zweifel am Sachverhalt bestehen oder wenn im Strafverfahren aus Gründen nicht verhandelt werden kann, die in der Person des Beamten liegen.

(2) Das nach Absatz 1 Satz 1 ausgesetzte Disziplinarverfahren ist unverzüglich fortzusetzen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 nachträglich eintreten, spätestens mit dem rechtskräftigen Abschluss des Strafverfahrens.

(3) Das Disziplinarverfahren kann auch ausgesetzt werden, wenn in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren über eine Frage zu entscheiden ist, deren Beurteilung für die Entscheidung im Disziplinarverfahren von wesentlicher Bedeutung ist. Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 gelten entsprechend.

§ 23

Bindung an tatsächliche Feststellungen aus Strafverfahren oder anderen Verfahren

(1) Die tatsächlichen Feststellungen eines rechtskräftigen Urteils im Straf- oder Bußgeldverfahren oder im verwaltungsgerichtlichen Verfahren, durch das nach § 9 des

Bundesbesoldungsgesetzes über den Verlust der Besoldung bei schuldhaftem Fernbleiben vom Dienst entschieden worden ist, sind im Disziplinarverfahren, das denselben Sachverhalt zum Gegenstand hat, bindend.

(2) Die in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren getroffenen tatsächlichen Feststellungen sind nicht bindend, können aber der Entscheidung im Disziplinarverfahren ohne nochmalige Prüfung zugrunde gelegt werden.

§ 24

Beweiserhebung

(1) Die erforderlichen Beweise sind zu erheben. Hierbei können insbesondere

1. schriftliche dienstliche Auskünfte eingeholt werden,
2. Zeugen und Sachverständige vernommen oder ihre schriftliche Äußerung eingeholt werden,
3. Urkunden und Akten beigezogen sowie
4. der Augenschein eingenommen werden.

(2) Niederschriften über Aussagen von Personen, die schon in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren vernommen worden sind, sowie Niederschriften über einen richterlichen Augenschein können ohne erneute Beweiserhebung verwertet werden.

(3) Über einen Beweisantrag des Beamten ist nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Dem Beweisantrag ist stattzugeben, soweit er für die Tat- oder Schuldfrage oder für die Bemessung der Art und Höhe einer Disziplinarmaßnahme von Bedeutung sein kann.

(4) Dem Beamten ist Gelegenheit zu geben, an der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie an der Einnahme des Augenscheins teilzunehmen und hierbei sachdienliche Fragen zu stellen. Er kann von der Teilnahme ausgeschlossen werden, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere mit Rücksicht auf den Zweck der Ermittlungen oder zum Schutz der Rechte Dritter, erforderlich ist. Ein schriftliches Gutachten ist ihm zugänglich zu machen, soweit nicht zwingende Gründe dem entgegenstehen.

§ 25

Zeugen und Sachverständige

(1) Zeugen sind zur Aussage und Sachverständige zur Erstattung von Gutachten verpflichtet. Die Bestimmungen der Strafprozessordnung über die Pflicht, als Zeuge auszusagen oder als Sachverständiger ein Gutachten zu erstatten, über die Ablehnung von Sachverständigen sowie über die Vernehmung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Zeugen oder Sachverständige gelten entsprechend.

(2) Verweigern Zeugen oder Sachverständige ohne Vorliegen eines der in den §§ 52 bis 55 und 76 der Strafprozessordnung bezeichneten Gründe die Aussage oder die Erstattung des Gutachtens, kann das Gericht um die Vernehmung ersucht werden. In dem Ersuchen sind der Gegenstand der Vernehmung darzulegen sowie die Namen und Anschriften der Beteiligten anzugeben. Das Gericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit der Verweigerung der Aussage oder der Erstattung des Gutachtens.

(3) Ein Ersuchen nach Absatz 2 darf nur von dem Dienstvorgesetzten, seinem allgemeinen Vertreter oder einem

beauftragten Beschäftigten gestellt werden, der die Befähigung zum Richteramt hat.

§ 26

Herausgabe von Unterlagen

Der Beamte hat Schriftstücke, Zeichnungen, bildliche Darstellungen und Aufzeichnungen einschließlich technischer Aufzeichnungen, die einen dienstlichen Bezug aufweisen, auf Verlangen für das Disziplinarverfahren zur Verfügung zu stellen. Das Gericht kann die Herausgabe auf Antrag durch Beschluss anordnen und sie durch die Festsetzung von Zwangsgeld erzwingen; für den Antrag gilt § 25 Abs. 3 entsprechend. Der Beschluss ist unanfechtbar.

§ 27

Beschlagnahmen und Durchsuchungen

(1) Das Gericht kann auf Antrag durch Beschluss Beschlagnahmen und Durchsuchungen anordnen; § 25 Abs. 3 gilt entsprechend. Die Anordnung darf nur getroffen werden, wenn der Beamte des ihm zur Last gelegten Dienstvergehens dringend verdächtig ist und die Maßnahme zu der Bedeutung der Sache und der zu erwartenden Disziplinarmaßnahme nicht außer Verhältnis steht. Die Bestimmungen der Strafprozessordnung über Beschlagnahmen und Durchsuchungen gelten entsprechend, soweit nicht in diesem Gesetz etwas anderes bestimmt ist.

(2) Die Maßnahmen nach Absatz 1 dürfen nur durch die nach der Strafprozessordnung dazu berufenen Behörden durchgeführt werden.

(3) Durch Absatz 1 wird das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes) eingeschränkt.

§ 28

Protokoll

Über Anhörungen des Beamten und Beweiserhebungen sind Protokolle aufzunehmen; § 168a der Strafprozessordnung gilt entsprechend. Bei der Einholung von schriftlichen dienstlichen Auskünften sowie der Beiziehung von Urkunden und Akten genügt die Aufnahme eines Aktenvermerks.

§ 29

Innerdienstliche Informationen

(1) Die Vorlage von Personalakten und anderen Behördenunterlagen mit personenbezogenen Daten sowie die Erteilung von Auskünften aus diesen Akten und Unterlagen an die mit Disziplinarvorgängen befassten Stellen und die Verarbeitung oder Nutzung der so erhobenen personenbezogenen Daten im Disziplinarverfahren sind, soweit nicht andere Rechtsvorschriften dem entgegenstehen, auch gegen den Willen des Beamten oder anderer Betroffener zulässig, wenn und soweit die Durchführung des Disziplinarverfahrens dies erfordert und überwiegende Belange des Beamten, anderer Betroffener oder der ersuchten Stellen nicht entgegenstehen.

(2) Zwischen den Dienststellen eines oder verschiedener Dienstherrn sowie zwischen den Teilen einer Dienststelle sind Mitteilungen über Disziplinarverfahren, über

Tatsachen aus Disziplinarverfahren und über Entscheidungen der Disziplinarorgane sowie die Vorlage hierüber geführter Akten zulässig, wenn und soweit dies zur Durchführung des Disziplinarverfahrens, im Hinblick auf die künftige Übertragung von Aufgaben oder Ämtern an den Beamten oder im Einzelfall aus besonderen dienstlichen Gründen unter Berücksichtigung der Belange des Beamten oder anderer Betroffener erforderlich ist.

§ 30

Abschließende Anhörung

Nach der Beendigung der Ermittlungen ist dem Beamten Gelegenheit zu geben, sich abschließend zu äußern; § 20 Abs. 2 gilt entsprechend. Die Anhörung kann unterbleiben, wenn das Disziplinarverfahren nach § 32 Abs. 2 Nr. 2 oder 3 eingestellt werden soll.

§ 31

Abgabe des Disziplinarverfahrens

Hält der Dienstvorgesetzte nach dem Ergebnis der Anhörungen und Ermittlungen seine Befugnisse nach den §§ 32 bis 34 nicht für ausreichend, so führt er die Entscheidung des höheren Dienstvorgesetzten oder der obersten Dienstbehörde herbei. Der höhere Dienstvorgesetzte oder die oberste Dienstbehörde können das Disziplinarverfahren an den Dienstvorgesetzten zurückgeben, wenn sie weitere Ermittlungen für geboten oder dessen Befugnisse für ausreichend halten.

Kapitel 3

Abschlussentscheidung

§ 32

Einstellungsverfügung

(1) Das Disziplinarverfahren wird eingestellt, wenn

1. ein Dienstvergehen nicht erwiesen ist,
2. ein Dienstvergehen zwar erwiesen ist, eine Disziplinarmaßnahme jedoch nicht angezeigt erscheint,
3. nach § 14 oder § 15 eine Disziplinarmaßnahme nicht ausgesprochen werden darf oder
4. das Disziplinarverfahren oder eine Disziplinarmaßnahme aus sonstigen Gründen unzulässig ist.

(2) Das Disziplinarverfahren wird ferner eingestellt, wenn

1. der Beamte stirbt,
2. das Beamtenverhältnis durch Entlassung, Verlust der Beamtenrechte oder Entfernung endet oder
3. bei einem Ruhestandsbeamten die Folgen einer gerichtlichen Entscheidung nach § 59 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes eintreten.

(3) Die Einstellungsverfügung ist zu begründen und zuzustellen.

§ 33

Disziplinarverfügung

(1) Ist ein Verweis, eine Geldbuße, eine Kürzung der Dienstbezüge oder eine Kürzung des Ruhegehalts angezeigt, wird eine solche Maßnahme durch Disziplinarverfügung ausgesprochen.

(2) Jeder Dienstvorgesetzte ist zu Verweisen und Geldbußen gegen die ihm unterstellten Beamten befugt.

(3) Kürzungen der Dienstbezüge können festsetzen:

1. die oberste Dienstbehörde bis zum Höchstmaß und
2. die der obersten Dienstbehörde unmittelbar nachgeordneten Dienstvorgesetzten bis zu einer Kürzung um ein Fünftel der Dienstbezüge auf zwei Jahre.

(4) Kürzungen des Ruhegehalts bis zum Höchstmaß kann der nach § 84 zur Ausübung der Disziplinarbefugnisse zuständige Dienstvorgesetzte festsetzen.

(5) Die oberste Dienstbehörde kann ihre Befugnisse nach Absatz 3 Nr. 1 durch allgemeine Anordnung ganz oder teilweise auf nachgeordnete Dienstvorgesetzte übertragen; die Anordnung ist im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen.

(6) Die Disziplinarverfügung ist zu begründen und zuzustellen.

§ 34

Erhebung der Disziplinarklage

(1) Soll gegen den Beamten auf Zurückstufung, auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt werden, ist gegen ihn Disziplinarklage zu erheben.

(2) Die Disziplinarklage wird bei Beamten durch die oberste Dienstbehörde, bei Ruhestandsbeamten durch den nach § 84 zur Ausübung der Disziplinarbefugnisse zuständigen Dienstvorgesetzten erhoben. Die oberste Dienstbehörde kann ihre Befugnis nach Satz 1 durch allgemeine Anordnung ganz oder teilweise auf nachgeordnete Dienstvorgesetzte übertragen; die Anordnung ist im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen. § 17 Abs. 1 Satz 2 zweiter Halbsatz sowie Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 35

Grenzen der erneuten Ausübung der Disziplinarbefugnisse

(1) Die Einstellungsverfügung und die Disziplinarverfügung sind dem höheren Dienstvorgesetzten unverzüglich zuzuleiten. Hält dieser seine Befugnisse nach den Absätzen 2 und 3 nicht für ausreichend, hat er die Einstellungsverfügung oder die Disziplinarverfügung unverzüglich der obersten Dienstbehörde zuzuleiten. Die oberste Dienstbehörde kann das Disziplinarverfahren an den höheren Dienstvorgesetzten zurückgeben, wenn sie weitere Ermittlungen für geboten oder seine Befugnisse für ausreichend hält.

(2) Der höhere Dienstvorgesetzte oder die oberste Dienstbehörde kann ungeachtet einer Einstellung des Disziplinarverfahrens nach § 32 Abs. 1 im Rahmen ihrer Zuständigkeiten wegen desselben Sachverhalts eine Disziplinarverfügung erlassen oder Disziplinarklage erheben. Eine Entscheidung nach Satz 1 ist nur innerhalb von drei Monaten nach der Zustellung der Einstellungsverfügung zulässig, es sei denn, es ergeht wegen desselben Sachverhalts ein rechtskräftiges Urteil auf Grund von tatsächlichen Feststellungen, die von denjenigen tatsächlichen Feststellungen, auf denen die Entscheidung beruht, abweichen.

(3) Der höhere Dienstvorgesetzte oder die oberste Dienstbehörde kann eine Disziplinarverfügung eines nachgeordneten Dienstvorgesetzten, die oberste Dienstbehörde auch eine von ihr selbst erlassene Disziplinarverfügung jederzeit aufheben. Sie können im Rahmen ihrer Zuständigkeiten in der Sache neu entscheiden oder Disziplinarverfügung erheben. Eine Verschärfung der Disziplinarmaßnahme nach Art oder Höhe oder die Erhebung der Disziplinarverfügung ist nur innerhalb von drei Monaten nach der Zustellung der Disziplinarverfügung zulässig, es sei denn, es ergeht wegen desselben Sachverhalts ein rechtskräftiges Urteil auf Grund von tatsächlichen Feststellungen, die von denjenigen tatsächlichen Feststellungen, auf denen die Entscheidung beruht, abweichen.

§ 36

Verfahren bei nachträglicher Entscheidung im Straf- oder Bußgeldverfahren

(1) Ergeht nach dem Eintritt der Unanfechtbarkeit der Disziplinarverfügung in einem Straf- oder Bußgeldverfahren, das wegen desselben Sachverhalts eingeleitet worden ist, unanfechtbar eine Entscheidung, nach der gemäß § 14 die Disziplinarmaßnahme nicht zulässig wäre, ist die Disziplinarverfügung auf Antrag des Beamten von dem Dienstvorgesetzten, der sie erlassen hat, aufzuheben und das Disziplinarverfahren einzustellen.

(2) Die Antragsfrist beträgt drei Monate. Sie beginnt mit dem Tag, an dem der Beamte von der in Absatz 1 bezeichneten Entscheidung Kenntnis erhalten hat.

§ 37

Kostentragungspflicht

(1) Dem Beamten, gegen den eine Disziplinarmaßnahme verhängt wird, können die entstandenen Auslagen auferlegt werden. Bildet das Dienstvergehen, das dem Beamten zur Last gelegt wird, nur zum Teil die Grundlage für die Disziplinarverfügung oder sind durch Ermittlungen, deren Ergebnis zugunsten des Beamten ausgefallen ist, besondere Kosten entstanden, können ihm die Auslagen nur in verhältnismäßigem Umfang auferlegt werden.

(2) Wird das Disziplinarverfahren eingestellt, trägt der Dienstherr die entstandenen Auslagen. Erfolgt die Einstellung trotz Vorliegens eines Dienstvergehens, können die Auslagen dem Beamten auferlegt oder im Verhältnis geteilt werden.

(3) Bei einem Antrag nach § 36 gilt im Falle der Ablehnung des Antrags Absatz 1 und im Falle seiner Stattgabe Absatz 2 entsprechend.

(4) Soweit der Dienstherr die entstandenen Auslagen trägt, hat er dem Beamten auch die Aufwendungen zu erstatten, die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig waren. Hat sich der Beamte eines Bevollmächtigten oder Beistands bedient, sind auch dessen Gebühren und Auslagen erstattungsfähig. Aufwendungen, die durch das Verschulden des Beamten entstanden sind, hat dieser selbst zu tragen; das Verschulden eines Vertreters ist ihm zuzurechnen.

(5) Das behördliche Disziplinarverfahren ist gebührenfrei.

Kapitel 4

Vorläufige Dienstenthebung und Einbehaltung von Bezügen

§ 38

Zulässigkeit

(1) Die für die Erhebung der Disziplinarverfügung zuständige Behörde kann einen Beamten gleichzeitig mit oder nach der Einleitung des Disziplinarverfahrens vorläufig des Dienstes entheben, wenn im Disziplinarverfahren voraussichtlich auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt werden wird oder wenn bei einem Beamten auf Probe oder einem Beamten auf Widerruf voraussichtlich eine Entlassung nach § 31 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 sowie § 32 des Bundesbeamtengesetzes erfolgen wird. Sie kann den Beamten außerdem vorläufig des Dienstes entheben, wenn durch sein Verbleiben im Dienst der Dienstbetrieb oder die Ermittlungen wesentlich beeinträchtigt würden und die vorläufige Dienstenthebung zu der Bedeutung der Sache und der zu erwartenden Disziplinarmaßnahme nicht außer Verhältnis steht.

(2) Die für die Erhebung der Disziplinarverfügung zuständige Behörde kann gleichzeitig mit oder nach der vorläufigen Dienstenthebung anordnen, dass dem Beamten bis zu 50 Prozent der monatlichen Dienst- oder Anwärterbezüge einbehalten werden, wenn im Disziplinarverfahren voraussichtlich auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt werden wird.

(3) Die für die Erhebung der Disziplinarverfügung zuständige Behörde kann gleichzeitig mit oder nach der Einleitung des Disziplinarverfahrens anordnen, dass dem Ruhestandsbeamten bis zu 30 Prozent des Ruhegehalts einbehalten werden, wenn im Disziplinarverfahren voraussichtlich auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt werden wird.

(4) Die für die Erhebung der Disziplinarverfügung zuständige Behörde kann die vorläufige Dienstenthebung, die Einbehaltung von Dienst- oder Anwärterbezügen sowie die Einbehaltung von Ruhegehalt jederzeit ganz oder teilweise aufheben.

§ 39

Rechtswirkungen

(1) Die vorläufige Dienstenthebung wird mit der Zustellung, die Einbehaltung von Bezügen mit dem auf die Zustellung folgenden Fälligkeitstag wirksam und vollziehbar. Sie erstrecken sich auf alle Ämter, die der Beamte inne hat.

(2) Für die Dauer der vorläufigen Dienstenthebung ruhen die im Zusammenhang mit dem Amt entstandenen Ansprüche auf Aufwandsentschädigung.

(3) Wird der Beamte vorläufig des Dienstes enthoben, während er schuldhaft dem Dienst fernbleibt, dauert der nach § 9 des Bundesbesoldungsgesetzes begründete Verlust der Bezüge fort. Er endet mit dem Zeitpunkt, zu dem der Beamte seinen Dienst aufgenommen hätte, wenn er hieran nicht durch die vorläufige Dienstenthebung gehindert worden wäre. Der Zeitpunkt ist von der für die Erhebung der Disziplinarverfügung zuständigen Behörde festzustellen und dem Beamten mitzuteilen.

(4) Die vorläufige Dienstenthebung und die Einbehaltung von Bezügen enden mit dem rechtskräftigen Abschluss des Disziplinarverfahrens.

§ 40

Verfall und Nachzahlung der einbehaltenen Beträge

(1) Die nach § 38 Abs. 2 und 3 einbehaltenen Bezüge verfallen, wenn

1. im Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt worden ist,
2. in einem wegen desselben Sachverhalts eingeleiteten Strafverfahren eine Strafe verhängt worden ist, die den Verlust der Rechte als Beamter oder Ruhestandsbeamter zur Folge hat,
3. das Disziplinarverfahren auf Grund des § 32 Abs. 1 Nr. 3 eingestellt worden ist und ein neues Disziplinarverfahren, das innerhalb von drei Monaten nach der Einstellung wegen desselben Sachverhalts eingeleitet worden ist, zur Entfernung aus dem Dienst oder zur Aberkennung des Ruhegehalts geführt hat oder
4. das Disziplinarverfahren aus den Gründen des § 32 Abs. 2 Nr. 2 oder 3 eingestellt worden ist und die für die Erhebung der Disziplinaranzeige zuständige Behörde (§ 34 Abs. 2) festgestellt hat, dass die Entfernung aus dem Dienst oder die Aberkennung des Ruhegehalts gerechtfertigt gewesen wäre.

(2) Wird das Disziplinarverfahren auf andere Weise als in den Fällen des Absatzes 1 unanfechtbar abgeschlossen, sind die nach § 38 Abs. 2 und 3 einbehaltenen Bezüge nachzuzahlen. Auf die nachzuzahlenden Dienstbezüge können Einkünfte aus genehmigungspflichtigen Nebentätigkeiten (§ 65 des Bundesbeamtengesetzes) angerechnet werden, die der Beamte aus Anlass der vorläufigen Dienstenthebung ausgeübt hat, wenn eine Disziplinarmaßnahme verhängt worden ist oder die für die Erhebung der Disziplinaranzeige zuständige Behörde feststellt, dass ein Dienstvergehen erwiesen ist. Der Beamte ist verpflichtet, über die Höhe solcher Einkünfte Auskunft zu geben.

Kapitel 5

Widerspruchsverfahren

§ 41

Erforderlichkeit, Form und Frist des Widerspruchs

(1) Vor der Erhebung der Klage des Beamten ist ein Widerspruchsverfahren durchzuführen. Ein Widerspruchsverfahren findet nicht statt, wenn die angefochtene Entscheidung durch die oberste Dienstbehörde erlassen worden ist.

(2) Für die Form und die Frist des Widerspruchs gilt § 70 der Verwaltungsgerichtsordnung.

§ 42

Widerspruchsbescheid

(1) Der Widerspruchsbescheid wird durch die oberste Dienstbehörde, bei Ruhestandsbeamten durch den nach § 84 zuständigen Dienstvorgesetzten erlassen. Die oberste Dienstbehörde kann ihre Zuständigkeit nach Satz 1

durch allgemeine Anordnung ganz oder teilweise auf nachgeordnete Behörden übertragen; die Anordnung ist im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen.

(2) In dem Widerspruchsbescheid darf die angefochtene Entscheidung nicht zum Nachteil des Beamten abgeändert werden. Die Befugnis, eine abweichende Entscheidung nach § 35 Abs. 3 zu treffen, bleibt unberührt.

§ 43

Grenzen der erneuten Ausübung der Disziplinarbefugnisse

Der Widerspruchsbescheid ist der obersten Dienstbehörde unverzüglich zuzuleiten. Diese kann den Widerspruchsbescheid, durch den über eine Disziplinarverfügung entschieden worden ist, jederzeit aufheben. Sie kann in der Sache neu entscheiden oder Disziplinaranzeige erheben. Eine Verschärfung der Disziplinarmaßnahme nach Art oder Höhe oder die Erhebung der Disziplinaranzeige ist nur innerhalb von drei Monaten nach der Zustellung des Widerspruchsbescheids zulässig, es sei denn, es ergeht wegen desselben Sachverhalts ein rechtskräftiges Urteil auf Grund von tatsächlichen Feststellungen, die von denjenigen tatsächlichen Feststellungen, auf denen die Entscheidung beruht, abweichen.

§ 44

Kostentragungspflicht

(1) Im Widerspruchsverfahren trägt der unterliegende Teil die entstandenen Auslagen. Hat der Widerspruch teilweise Erfolg, sind die Auslagen im Verhältnis zu teilen. Wird eine Disziplinarverfügung trotz des Vorliegens eines Dienstvergehens aufgehoben, können die Auslagen ganz oder teilweise dem Beamten auferlegt werden.

(2) Nimmt der Beamte den Widerspruch zurück, trägt er die entstandenen Auslagen.

(3) Erledigt sich das Widerspruchsverfahren in der Hauptsache auf andere Weise, ist über die entstandenen Auslagen nach billigem Ermessen zu entscheiden.

(4) § 37 Abs. 4 und 5 gilt entsprechend.

Teil 4

Gerichtliches Disziplinarverfahren

Kapitel 1

Disziplinargerichtsbarkeit

§ 45

Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Die Aufgaben der Disziplinargerichtsbarkeit nach diesem Gesetz nehmen die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit wahr. Hierzu werden bei den Verwaltungsgerichten Kammern und bei den Oberverwaltungsgerichten Senate für Disziplinarsachen gebildet. Die Landesgesetzgebung kann die Zuweisung der in Satz 1 genannten Aufgaben an ein Gericht für die Bezirke mehrerer Gerichte anordnen. Soweit nach Landesrecht für Verfahren nach dem Landesdisziplinargesetz ein Gericht für

die Bezirke mehrerer Gerichte zuständig ist, ist dieses Gericht, wenn nichts anderes bestimmt wird, auch für die in Satz 1 genannten Aufgaben zuständig. § 50 Abs. 1 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung bleibt unberührt.

§ 46

Kammer für Disziplinarsachen

(1) Die Kammer für Disziplinarsachen entscheidet in der Besetzung von drei Richtern und zwei Beamtenbeisitzern als ehrenamtlichen Richtern, wenn nicht ein Einzelrichter entscheidet. An Beschlüssen außerhalb der mündlichen Verhandlung und an Gerichtsbescheiden wirken die Beamtenbeisitzer nicht mit. Einer der Beamtenbeisitzer soll dem Verwaltungszweig und der Laufbahngruppe des Beamten angehören, gegen den sich das Disziplinarverfahren richtet.

(2) Für die Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter gilt § 6 der Verwaltungsgerichtsordnung. In dem Verfahren der Disziplinarlage ist eine Übertragung auf den Einzelrichter ausgeschlossen.

(3) Der Vorsitzende der Kammer für Disziplinarsachen entscheidet, wenn die Entscheidung im vorbereitenden Verfahren ergeht,

1. bei Zurücknahme der Klage, des Antrags oder eines Rechtsmittels,
2. bei Erledigung des gerichtlichen Disziplinarverfahrens in der Hauptsache und
3. über die Kosten.

Ist ein Berichterstatter bestellt, entscheidet er anstelle des Vorsitzenden.

(4) Die Landesgesetzgebung kann die Besetzung der Kammer für Disziplinarsachen abweichend von den Absätzen 1 bis 3 regeln. Soweit nach Landesrecht für die Verfahren nach dem Landesdisziplinalgesetz eine andere Besetzung der Kammer für Disziplinarsachen vorgesehen ist, gilt diese Besetzung, wenn nichts anderes bestimmt wird, auch für die gerichtlichen Verfahren nach diesem Gesetz.

§ 47

Beamtenbeisitzer

(1) Die Beamtenbeisitzer müssen auf Lebenszeit ernannte Beamte im Bundesdienst sein und bei ihrer Wahl ihren dienstlichen Wohnsitz (§ 15 des Bundesbesoldungsgesetzes) im Bezirk des zuständigen Verwaltungsgerichts haben. Ist einem Verwaltungsgericht die Zuständigkeit für die Bezirke mehrerer Verwaltungsgerichte übertragen, müssen die Beamtenbeisitzer ihren dienstlichen Wohnsitz in einem dieser Bezirke haben.

(2) Die §§ 20 bis 24, 27, 28, 30 Abs. 1 Satz 2 und § 34 der Verwaltungsgerichtsordnung werden auf die Beamtenbeisitzer nicht angewandt.

(3) Das Verfahren zur Wahl der Beamtenbeisitzer bestimmt sich nach Landesrecht.

§ 48

Ausschluss von der Ausübung des Richteramts

(1) Ein Richter oder Beamtenbeisitzer ist von der Ausübung des Richteramts kraft Gesetzes ausgeschlossen, wenn er

1. durch das Dienstvergehen verletzt ist,
2. Ehegatte oder gesetzlicher Vertreter des Beamten oder des Verletzten ist oder war,
3. mit dem Beamten oder dem Verletzten in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad verschwägert ist oder war,
4. in dem Disziplinarverfahren gegen den Beamten tätig war oder als Zeuge gehört wurde oder als Sachverständiger ein Gutachten erstattet hat,
5. in einem wegen desselben Sachverhalts eingeleiteten Straf- oder Bußgeldverfahren gegen den Beamten beteiligt war,
6. Dienstvorgesetzter des Beamten ist oder war oder bei einem Dienstvorgesetzten des Beamten mit der Bearbeitung von Personalangelegenheiten des Beamten befasst ist oder
7. als Mitglied einer Personalvertretung in dem Disziplinarverfahren gegen den Beamten mitgewirkt hat.

(2) Ein Beamtenbeisitzer ist auch ausgeschlossen, wenn er der Dienststelle des Beamten angehört.

§ 49

Nichtberanziehung eines Beamtenbeisitzers

Ein Beamtenbeisitzer, gegen den Disziplinarlage oder wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat die öffentliche Klage erhoben oder der Erlass eines Strafbefehls beantragt oder dem die Führung seiner Dienstgeschäfte verboten worden ist, darf während dieser Verfahren oder für die Dauer des Verbots zur Ausübung seines Amts nicht herangezogen werden.

§ 50

Entbindung vom Amt des Beamtenbeisitzers

(1) Der Beamtenbeisitzer ist von seinem Amt zu entbinden, wenn

1. er im Strafverfahren rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist,
2. im Disziplinarverfahren gegen ihn unanfechtbar eine Disziplinarmaßnahme mit Ausnahme eines Verweises ausgesprochen worden ist,
3. er in ein Amt außerhalb der Bezirke, für die das Gericht zuständig ist, versetzt wird oder
4. das Beamtenverhältnis endet.

(2) In besonderen Härtefällen kann der Beamtenbeisitzer auch auf Antrag von der weiteren Ausübung des Amts entbunden werden.

§ 51

Senate für Disziplinarsachen

(1) Für den Senat für Disziplinarsachen des Oberverwaltungsgerichts gelten § 46 Abs. 1 und 3 sowie die §§ 47 bis 50 entsprechend.

(2) Für das Bundesverwaltungsgericht gilt § 48 Abs. 1 entsprechend.

Kapitel 2
Disziplinarverfahren
vor dem Verwaltungsgericht

Abschnitt 1
Klageverfahren

§ 52

Klageerhebung, Form und Frist der Klage

(1) Die Disziplinarklage ist schriftlich zu erheben. Die Klageschrift muss den persönlichen und beruflichen Werdegang des Beamten, den bisherigen Gang des Disziplinarverfahrens, die Tatsachen, in denen ein Dienstvergehen gesehen wird, und die anderen Tatsachen und Beweismittel, die für die Entscheidung bedeutsam sind, geordnet darstellen. Liegen die Voraussetzungen des § 23 Abs. 1 vor, kann wegen der Tatsachen, in denen ein Dienstvergehen gesehen wird, auf die bindenden Feststellungen der ihnen zugrunde liegenden Urteile verwiesen werden.

(2) Für die Form und Frist der übrigen Klagen gelten die §§ 74, 75 und 81 der Verwaltungsgerichtsordnung. Der Lauf der Frist des § 75 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung ist gehemmt, solange das Disziplinarverfahren nach § 22 ausgesetzt ist.

§ 53

Nachtragsdisziplinarklage

(1) Neue Handlungen, die nicht Gegenstand einer anhängigen Disziplinarklage sind, können nur durch Erhebung einer Nachtragsdisziplinarklage in das Disziplinarverfahren einbezogen werden.

(2) Hält der Dienstherr die Einbeziehung neuer Handlungen für angezeigt, teilt er dies dem Gericht unter Angabe der konkreten Anhaltspunkte mit, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen. Das Gericht setzt das Disziplinarverfahren vorbehaltlich des Absatzes 3 aus und bestimmt eine Frist, bis zu der die Nachtragsdisziplinarklage erhoben werden kann. Die Frist kann auf einen vor ihrem Ablauf gestellten Antrag des Dienstherrn verlängert werden, wenn dieser sie aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, voraussichtlich nicht einhalten kann. Die Fristsetzung und ihre Verlängerung erfolgen durch Beschluss. Der Beschluss ist unanfechtbar.

(3) Das Gericht kann von einer Aussetzung des Disziplinarverfahrens nach Absatz 2 absehen, wenn die neuen Handlungen für die Art und Höhe der zu erwartenden Disziplinarmaßnahme voraussichtlich nicht ins Gewicht fallen oder ihre Einbeziehung das Disziplinarverfahren erheblich verzögern würde; Absatz 2 Satz 4 und 5 gilt entsprechend. Ungachtet einer Fortsetzung des Disziplinarverfahrens nach Satz 1 kann wegen der neuen Handlungen bis zur Zustellung der Ladung zur mündlichen Verhandlung oder bis zur Zustellung eines Beschlusses nach § 59 Nachtragsdisziplinarklage erhoben werden. Die neuen Handlungen können auch Gegenstand eines neuen Disziplinarverfahrens sein.

(4) Wird innerhalb der nach Absatz 2 bestimmten Frist nicht Nachtragsdisziplinarklage erhoben, setzt das Gericht das Disziplinarverfahren ohne Einbeziehung der neuen Handlungen fort; Absatz 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 54

Belehrung der Beamten

Der Beamte ist durch den Vorsitzenden gleichzeitig mit der Zustellung der Disziplinarklage oder der Nachtragsdisziplinarklage auf die Fristen des § 55 Abs. 1 und des § 58 Abs. 2 sowie auf die Folgen der Fristversäumung hinzuweisen.

§ 55

**Mängel des behördlichen
Disziplinarverfahrens oder der Klageschrift**

(1) Bei einer Disziplinarklage hat der Beamte wesentliche Mängel des behördlichen Disziplinarverfahrens oder der Klageschrift innerhalb zweier Monate nach Zustellung der Klage oder der Nachtragsdisziplinarklage geltend zu machen.

(2) Wesentliche Mängel, die nicht oder nicht innerhalb der Frist des Absatzes 1 geltend gemacht werden, kann das Gericht unberücksichtigt lassen, wenn ihre Berücksichtigung nach seiner freien Überzeugung die Erledigung des Disziplinarverfahrens verzögern würde und der Beamte über die Folgen der Fristversäumung belehrt worden ist; dies gilt nicht, wenn der Beamte zwingende Gründe für die Verspätung glaubhaft macht.

(3) Das Gericht kann dem Dienstherrn zur Beseitigung eines wesentlichen Mangels, den der Beamte rechtzeitig geltend gemacht hat oder dessen Berücksichtigung es unabhängig davon für angezeigt hält, eine Frist setzen. § 53 Abs. 2 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend. Wird der Mangel innerhalb der Frist nicht beseitigt, wird das Disziplinarverfahren durch Beschluss des Gerichts eingestellt.

(4) Die rechtskräftige Einstellung nach Absatz 3 steht einem rechtskräftigen Urteil gleich.

§ 56

Beschränkung des Disziplinarverfahrens

Das Gericht kann das Disziplinarverfahren beschränken, indem es solche Handlungen ausscheidet, die für die Art und Höhe der zu erwartenden Disziplinarmaßnahme nicht oder voraussichtlich nicht ins Gewicht fallen. Die ausgeschiedenen Handlungen können nicht wieder in das Disziplinarverfahren einbezogen werden, es sei denn, die Voraussetzungen für die Beschränkung entfallen nachträglich. Werden die ausgeschiedenen Handlungen nicht wieder einbezogen, können sie nach dem unanfechtbaren Abschluss des Disziplinarverfahrens nicht Gegenstand eines neuen Disziplinarverfahrens sein.

§ 57

**Bindung an tatsächliche
Feststellungen aus anderen Verfahren**

(1) Die tatsächlichen Feststellungen eines rechtskräftigen Urteils im Straf- oder Bußgeldverfahren oder im verwaltungsgerichtlichen Verfahren, durch das nach § 9 des Bundesbesoldungsgesetzes über den Verlust der Besoldung bei schuldhaftem Fernbleiben vom Dienst entschieden worden ist, sind im Disziplinarverfahren, das denselben Sachverhalt zum Gegenstand hat, für das Verwaltungsgericht bindend. Es hat jedoch die erneute Prüfung solcher Feststellungen zu beschließen, die offenkundig unrichtig sind.

(2) Die in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren getroffenen tatsächlichen Feststellungen sind nicht bindend, können aber der Entscheidung ohne erneute Prüfung zugrunde gelegt werden.

§ 58

Beweisaufnahme

(1) Das Gericht erhebt die erforderlichen Beweise.

(2) Bei einer Disziplinaranzeige sind Beweisanträge von dem Dienstherrn in der Klageschrift und von dem Beamten innerhalb zweier Monate nach Zustellung der Anzeige oder der Nachtragsdisziplinaranzeige zu stellen. Ein verspäteter Antrag kann abgelehnt werden, wenn seine Berücksichtigung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Disziplinarverfahrens verzögern würde und der Beamte über die Folgen der Fristversäumung belehrt worden ist; dies gilt nicht, wenn zwingende Gründe für die Verspätung glaubhaft gemacht werden.

(3) Die Bestimmungen der Strafprozessordnung über die Pflicht, als Zeuge auszusagen oder als Sachverständiger ein Gutachten zu erstatten, über die Ablehnung von Sachverständigen sowie über die Vernehmung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Zeugen und Sachverständige gelten entsprechend.

§ 59

Entscheidung durch Beschluss

(1) Bei einer Disziplinaranzeige kann das Gericht, auch nach der Eröffnung der mündlichen Verhandlung, mit Zustimmung der Beteiligten durch Beschluss

1. auf die erforderliche Disziplinarmaßnahme (§ 5) erkennen, wenn nur ein Verweis, eine Geldbuße, eine Kürzung der Dienstbezüge oder eine Kürzung des Ruhegehalts verwirkt ist, oder
2. die Disziplinaranzeige abweisen.

Zur Erklärung der Zustimmung kann den Beteiligten von dem Gericht, dem Vorsitzenden oder dem Berichterstatter eine Frist gesetzt werden, nach deren Ablauf die Zustimmung als erteilt gilt, wenn nicht ein Beteiligter widersprochen hat.

(2) Der rechtskräftige Beschluss nach Absatz 1 steht einem rechtskräftigen Urteil gleich.

§ 60

Mündliche Verhandlung, Entscheidung durch Urteil

(1) Das Gericht entscheidet über die Anzeige, wenn das Disziplinarverfahren nicht auf andere Weise abgeschlossen wird, auf Grund mündlicher Verhandlung durch Urteil. § 106 der Verwaltungsgerichtsordnung wird nicht angewandt.

(2) Bei einer Disziplinaranzeige dürfen nur die Handlungen zum Gegenstand der Urteilsfindung gemacht werden, die dem Beamten in der Anzeige oder der Nachtragsdisziplinaranzeige als Dienstvergehen zur Last gelegt werden. Das Gericht kann in dem Urteil

1. auf die erforderliche Disziplinarmaßnahme (§ 5) erkennen oder
2. die Disziplinaranzeige abweisen.

(3) Bei der Anzeige gegen eine Disziplinarverfügung prüft das Gericht neben der Rechtmäßigkeit auch die Zweckmäßigkeit der angefochtenen Entscheidung.

§ 61

Grenzen der erneuten Ausübung der Disziplinarbefugnisse

(1) Soweit der Dienstherr die Disziplinaranzeige zurückgenommen hat, können die ihr zugrunde liegenden Handlungen nicht mehr Gegenstand eines Disziplinarverfahrens sein.

(2) Hat das Gericht unanfechtbar über die Anzeige gegen eine Disziplinarverfügung entschieden, ist hinsichtlich der dieser Entscheidung zugrunde liegenden Handlungen eine erneute Ausübung der Disziplinarbefugnisse nur wegen solcher erheblicher Tatsachen und Beweismittel zulässig, die keinen Eingang in das gerichtliche Disziplinarverfahren gefunden haben. Eine Verschärfung der Disziplinarmaßnahme nach Art oder Höhe oder die Erhebung der Disziplinaranzeige ist nur innerhalb von drei Monaten nach der Zustellung des Urteils zulässig, es sei denn, es ergeht wegen desselben Sachverhalts ein rechtskräftiges Urteil auf Grund von tatsächlichen Feststellungen, die von denjenigen tatsächlichen Feststellungen, auf denen die Entscheidung beruht, abweichen.

Abschnitt 2

Besondere Verfahren

§ 62

Antrag auf gerichtliche Fristsetzung

(1) Ist ein behördliches Disziplinarverfahren nicht innerhalb von sechs Monaten seit der Einleitung durch Einstellung, durch Erlass einer Disziplinarverfügung oder durch Erhebung der Disziplinaranzeige abgeschlossen worden, kann der Beamte bei dem Gericht die gerichtliche Bestimmung einer Frist zum Abschluss des Disziplinarverfahrens beantragen. Die Frist des Satzes 1 ist gehemmt, solange das Disziplinarverfahren nach § 22 ausgesetzt ist.

(2) Liegt ein zureichender Grund für den fehlenden Abschluss des behördlichen Disziplinarverfahrens innerhalb von sechs Monaten nicht vor, bestimmt das Gericht eine Frist, in der es abzuschließen ist. Anderenfalls lehnt es den Antrag ab. § 53 Abs. 2 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend.

(3) Wird das behördliche Disziplinarverfahren innerhalb der nach Absatz 2 bestimmten Frist nicht abgeschlossen, ist es durch Beschluss des Gerichts einzustellen.

(4) Der rechtskräftige Beschluss nach Absatz 3 steht einem rechtskräftigen Urteil gleich.

§ 63

Antrag auf Aussetzung der vorläufigen Dienstenthebung und der Einbehaltung von Bezügen

(1) Der Beamte kann die Aussetzung der vorläufigen Dienstenthebung und der Einbehaltung von Dienst- oder Anwärterbezügen beim Gericht beantragen; Gleiches gilt für den Ruhestandsbeamten bezüglich der Einbehaltung von Ruhegehalt. Der Antrag ist bei dem Oberverwaltungsgericht zu stellen, wenn bei ihm in derselben Sache ein Disziplinarverfahren anhängig ist.

(2) Die vorläufige Dienstenthebung und die Einbehaltung von Bezügen sind auszusetzen, wenn ernstliche Zweifel an ihrer Rechtmäßigkeit bestehen.

(3) Für die Änderung oder Aufhebung von Beschlüssen über Anträge nach Absatz 1 gilt § 80 Abs. 7 der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend.

Kapitel 3

Disziplinarverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht

Abschnitt 1 Berufung

§ 64

Statthaftigkeit, Form und Frist der Berufung

(1) Gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts über eine Disziplinarklage steht den Beteiligten die Berufung an das Oberverwaltungsgericht zu. Die Berufung ist bei dem Verwaltungsgericht innerhalb eines Monats nach Zustellung des vollständigen Urteils schriftlich einzulegen und zu begründen. Die Begründungsfrist kann auf einen vor ihrem Ablauf gestellten Antrag von dem Vorsitzenden verlängert werden. Die Begründung muss einen bestimmten Antrag sowie die im Einzelnen anzuführenden Gründe der Anfechtung (Berufungsgründe) enthalten. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, ist die Berufung unzulässig.

(2) Im Übrigen steht den Beteiligten die Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts nur zu, wenn sie von dem Oberverwaltungsgericht zugelassen wird. Für die Form und die Frist des Antrags auf Zulassung der Berufung sowie für die Entscheidung über die Zulassung der Berufung gelten die §§ 124 und 124a der Verwaltungsgerichtsordnung.

§ 65

Berufungsverfahren

(1) Für das Berufungsverfahren gelten die Bestimmungen über das Disziplinarverfahren vor dem Verwaltungsgericht entsprechend, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt. Die §§ 53 und 54 werden nicht angewandt.

(2) Wesentliche Mängel des behördlichen Disziplinarverfahrens, die nach § 55 Abs. 2 unberücksichtigt bleiben durften, bleiben auch im Berufungsverfahren unberücksichtigt.

(3) Ein Beweisantrag, der vor dem Verwaltungsgericht nicht innerhalb der Frist des § 58 Abs. 2 gestellt worden ist, kann abgelehnt werden, wenn seine Berücksichtigung nach der freien Überzeugung des Oberverwaltungsgerichts die Erledigung des Disziplinarverfahrens verzögern würde und der Beamte im ersten Rechtszug über die Folgen der Fristversäumung belehrt worden ist; dies gilt nicht, wenn zwingende Gründe für die Verspätung glaubhaft gemacht werden. Beweisanträge, die das Verwaltungsgericht zu Recht abgelehnt hat, bleiben auch im Berufungsverfahren ausgeschlossen.

(4) Die durch das Verwaltungsgericht erhobenen Beweise können der Entscheidung ohne erneute Beweisaufnahme zugrunde gelegt werden.

§ 66

Mündliche Verhandlung, Entscheidung durch Urteil

Das Oberverwaltungsgericht entscheidet über die Berufung, wenn das Disziplinarverfahren nicht auf andere Weise abgeschlossen wird, auf Grund mündlicher Verhandlung durch Urteil. § 106 der Verwaltungsgerichtsordnung wird nicht angewandt.

Abschnitt 2 Beschwerde

§ 67

Statthaftigkeit, Form und Frist der Beschwerde

(1) Für die Statthaftigkeit, Form und Frist der Beschwerde gelten die §§ 146 und 147 der Verwaltungsgerichtsordnung.

(2) Gegen Beschlüsse des Verwaltungsgerichts, durch die nach § 59 Abs. 1 über eine Disziplinarklage entschieden wird, kann die Beschwerde nur auf das Fehlen der Zustimmung der Beteiligten gestützt werden.

(3) Gegen Beschlüsse des Verwaltungsgerichts über eine Aussetzung nach § 63 steht den Beteiligten die Beschwerde nur zu, wenn sie vom Oberverwaltungsgericht in entsprechender Anwendung des § 124 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung zugelassen worden ist.

§ 68

Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts

Das Oberverwaltungsgericht entscheidet über die Beschwerde durch Beschluss.

Kapitel 4

Disziplinarverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht

§ 69

Form, Frist und Zulassung der Revision

Für die Zulassung der Revision, für die Form und Frist der Einlegung der Revision und der Einlegung der Beschwerde gegen ihre Nichtzulassung sowie für die Revisionsgründe gelten die §§ 132, 133, 137 bis 139 der Verwaltungsgerichtsordnung sowie § 127 des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

§ 70

Revisionsverfahren, Entscheidung über die Revision

(1) Für das Revisionsverfahren gelten die Bestimmungen über das Disziplinarverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht entsprechend.

(2) Für die Entscheidung über die Revision gelten die §§ 143 und 144 der Verwaltungsgerichtsordnung.

Kapitel 5
Wiederaufnahme des
gerichtlichen Disziplinarverfahrens

§ 71

Wiederaufnahmegründe

(1) Wiederaufnahme des durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Disziplinarverfahrens ist zulässig, wenn

1. in dem Urteil eine Disziplinarmaßnahme ausgesprochen worden ist, die nach Art oder Höhe im Gesetz nicht vorgesehen ist,
2. Tatsachen oder Beweismittel beigebracht werden, die erheblich und neu sind,
3. das Urteil auf dem Inhalt einer unechten oder verfälschten Urkunde oder auf einem vorsätzlich oder fahrlässig falsch abgegebenen Zeugnis oder Gutachten beruht,
4. ein Urteil, auf dessen tatsächlichen Feststellungen das Urteil im Disziplinarverfahren beruht, durch ein anderes rechtskräftiges Urteil aufgehoben worden ist,
5. an dem Urteil ein Richter oder Beamtenbeisitzer mitgewirkt hat, der sich in dieser Sache der strafbaren Verletzung einer Amtspflicht schuldig gemacht hat,
6. an dem Urteil ein Richter oder Beamtenbeisitzer mitgewirkt hat, der von der Ausübung des Richteramts kraft Gesetzes ausgeschlossen war, es sei denn, dass die Gründe für den gesetzlichen Ausschluss bereits erfolglos geltend gemacht worden waren,
7. der Beamte nachträglich glaubhaft ein Dienstvergehen eingesteht, das in dem Disziplinarverfahren nicht festgestellt werden können, oder
8. im Verfahren der Disziplinaranzeige nach dessen rechtskräftigem Abschluss in einem wegen desselben Sachverhalts eingeleiteten Straf- oder Bußgeldverfahren unanfechtbar eine Entscheidung ergeht, nach der gemäß § 14 die Disziplinarmaßnahme nicht zulässig wäre.

(2) Erheblich im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 sind Tatsachen und Beweismittel, wenn sie allein oder in Verbindung mit den früher getroffenen Feststellungen geeignet sind, eine andere Entscheidung zu begründen, die Ziel der Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens sein kann. Neu im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 sind Tatsachen und Beweismittel, die dem Gericht bei seiner Entscheidung nicht bekannt gewesen sind. Ergeht nach Eintritt der Rechtskraft des Urteils im Disziplinarverfahren in einem wegen desselben Sachverhalts eingeleiteten Straf- oder Bußgeldverfahren ein rechtskräftiges Urteil auf Grund von tatsächlichen Feststellungen, die von denjenigen tatsächlichen Feststellungen des Urteils im Disziplinarverfahren abweichen, auf denen es beruht, gelten die abweichenden Feststellungen des Urteils im Straf- oder Bußgeldverfahren als neue Tatsachen im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 und 5 ist die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens nur zulässig, wenn wegen der behaupteten Handlung eine rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilung erfolgt ist oder wenn ein

strafgerichtliches Verfahren aus anderen Gründen als wegen Mangels an Beweisen nicht eingeleitet oder nicht durchgeführt werden kann.

§ 72

Unzulässigkeit der Wiederaufnahme

(1) Die Wiederaufnahme des durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Disziplinarverfahrens ist unzulässig, wenn nach dem Eintritt der Rechtskraft

1. ein Urteil im Straf- oder Bußgeldverfahren ergangen ist, das sich auf denselben Sachverhalt gründet und diesen ebenso würdigt, solange dieses Urteil nicht rechtskräftig aufgehoben worden ist, oder
2. ein Urteil im Strafverfahren ergangen ist, durch das der Verurteilte sein Amt oder seinen Anspruch auf Ruhegehalt verloren hat oder ihn verloren hätte, wenn er noch im Dienst gewesen wäre oder Ruhegehalt bezogen hätte.

(2) Die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens zuungunsten des Beamten ist außerdem unzulässig, wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils drei Jahre vergangen sind.

§ 73

Frist, Verfahren

(1) Der Antrag auf Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens muss bei dem Gericht, dessen Entscheidung angefochten wird, binnen drei Monaten schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eingereicht werden. Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem der Antragsberechtigte von dem Grund für die Wiederaufnahme Kenntnis erhalten hat. In dem Antrag ist das angefochtene Urteil zu bezeichnen und anzugeben, inwieweit es angefochten wird und welche Änderungen beantragt werden; die Anträge sind unter Bezeichnung der Beweismittel zu begründen.

(2) Für das weitere Verfahren gelten die Bestimmungen über das gerichtliche Disziplinarverfahren entsprechend, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt.

§ 74

Entscheidung durch Beschluss

(1) Das Gericht kann den Antrag, auch nach der Eröffnung der mündlichen Verhandlung, durch Beschluss verwerfen, wenn es die gesetzlichen Voraussetzungen für seine Zulassung nicht für gegeben oder ihn für offensichtlich unbegründet hält.

(2) Das Gericht kann vor der Eröffnung der mündlichen Verhandlung mit Zustimmung der zuständigen Behörde durch Beschluss das angefochtene Urteil aufheben und die Disziplinaranzeige abweisen oder die Disziplinarverfügung aufheben. Der Beschluss ist unanfechtbar.

(3) Der rechtskräftige Beschluss nach Absatz 1 sowie der Beschluss nach Absatz 2 stehen einem rechtskräftigen Urteil gleich.

§ 75

**Mündliche Verhandlung,
Entscheidung des Gerichts**

(1) Das Gericht entscheidet, wenn das Wiederaufnahmeverfahren nicht auf andere Weise abgeschlossen wird, auf Grund mündlicher Verhandlung durch Urteil.

(2) Gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts und des Obergerichtes kann das in dem jeweiligen Verfahren statthafte Rechtsmittel eingelegt werden.

§ 76

Rechtswirkungen, Entschädigung

(1) Wird in einem Wiederaufnahmeverfahren das angefochtene Urteil zugunsten des Beamten aufgehoben, erhält dieser von dem Eintritt der Rechtskraft des aufgehobenen Urteils an die Rechtsstellung, die er erhalten hätte, wenn das aufgehobene Urteil der Entscheidung entsprochen hätte, die im Wiederaufnahmeverfahren ergangen ist. Wurde in dem aufgehobenen Urteil auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt, gilt § 51 des Bundesbeamtengesetzes entsprechend.

(2) Der Beamte und die Personen, denen er kraft Gesetzes unterhaltspflichtig ist, können im Falle des Absatzes 1 neben den hiernach nachträglich zu gewährenden Bezügen in entsprechender Anwendung des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157) in der jeweils geltenden Fassung Ersatz des sonstigen Schadens vom Dienstherrn verlangen. Der Anspruch ist innerhalb von drei Monaten nach dem rechtskräftigen Abschluss des Wiederaufnahmeverfahrens bei der für die Erhebung der Disziplinar-klage zuständigen Behörde geltend zu machen.

Kapitel 6

**Kostenentscheidung im
gerichtlichen Disziplinarverfahren**

§ 77

Kostentragungspflicht

(1) Der Beamte, gegen den im Verfahren der Disziplinar-klage auf eine Disziplinarmaßnahme erkannt wird, trägt die Kosten des Verfahrens. Bildet das dem Beamten zur Last gelegte Dienstvergehen nur zum Teil die Grundlage für die Entscheidung oder sind durch besondere Ermittlungen im behördlichen Disziplinarverfahren, deren Ergebnis zugunsten des Beamten ausgefallen ist, besondere Kosten entstanden, können ihm die Kosten nur in verhältnismäßigem Umfang auferlegt werden.

(2) Wird eine Disziplinarverfügung trotz Vorliegens eines Dienstvergehens aufgehoben, können die Kosten ganz oder teilweise dem Beamten auferlegt werden.

(3) Wird das Disziplinarverfahren nach § 62 Abs. 3 eingestellt, trägt der Dienstherr die Kosten des Verfahrens.

(4) Im Übrigen gelten für die Kostentragungspflicht der Beteiligten die Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung.

§ 78

Erstattungsfähige Kosten

(1) Gerichtliche Disziplinarverfahren sind gebührenfrei. Auslagen werden nach den Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes erhoben.

(2) Kosten im Sinne des § 77 sind auch die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendigen Aufwendungen der Beteiligten einschließlich der Kosten des behördlichen Disziplinarverfahrens.

(3) Die gesetzlichen Gebühren und Auslagen eines Rechtsanwalts sind stets erstattungsfähig.

Teil 5

**Unterhaltsbeitrag, Unterhaltsleistung
und Begnadigung**

§ 79

**Unterhaltsbeitrag bei Entfernung
aus dem Beamtenverhältnis oder
bei Aberkennung des Ruhegehalts**

(1) Die Zahlung des Unterhaltsbeitrags nach § 10 Abs. 3 oder § 12 Abs. 2 beginnt, soweit in der Entscheidung nichts anderes bestimmt ist, zum Zeitpunkt des Verlusts der Dienstbezüge oder des Ruhegehalts.

(2) Die Zahlung des Unterhaltsbeitrags nach § 12 Abs. 2 steht unter dem Vorbehalt der Rückforderung, wenn für denselben Zeitraum eine Rente auf Grund der Nachversicherung gewährt wird. Zur Sicherung des Rückforderungsanspruchs hat der Ruhestandsbeamte eine entsprechende Abtretungserklärung abzugeben.

(3) Das Gericht kann in der Entscheidung bestimmen, dass der Unterhaltsbeitrag ganz oder teilweise an Personen gezahlt wird, zu deren Unterhalt der Beamte oder Ruhestandsbeamte verpflichtet ist; nach Rechtskraft der Entscheidung kann dies die oberste Dienstbehörde bestimmen.

(4) Auf den Unterhaltsbeitrag werden Erwerbs- und Erwerbserstatzeinkommen im Sinne des § 18a Abs. 2 sowie Abs. 3 Satz 1 und 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch angerechnet. Der frühere Beamte oder frühere Ruhestandsbeamte ist verpflichtet, der obersten Dienstbehörde alle Änderungen in seinen Verhältnissen, die für die Zahlung des Unterhaltsbeitrags bedeutsam sein können, unverzüglich anzuzeigen. Kommt er dieser Pflicht schuldhaft nicht nach, kann ihm der Unterhaltsbeitrag ganz oder teilweise mit Wirkung für die Vergangenheit entzogen werden. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde.

(5) Der Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag erlischt, wenn der Betroffene wieder in ein öffentlich-rechtliches Amts- oder Dienstverhältnis berufen wird.

§ 80

**Unterhaltsleistung bei Mithilfe
zur Aufdeckung von Straftaten**

(1) Im Falle der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder der Aberkennung des Ruhegehalts kann die zuletzt

zuständige oberste Dienstbehörde dem ehemaligen Beamten oder ehemaligen Ruhestandsbeamten, der gegen das Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken verstoßen hat, die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsleistung zusagen, wenn er sein Wissen über Tatsachen offenbart hat, deren Kenntnis dazu beigetragen hat, Straftaten, insbesondere nach den §§ 331 bis 335 des Strafgesetzbuches, zu verhindern oder über seinen eigenen Tatbeitrag hinaus aufzuklären. Die Nachversicherung ist durchzuführen.

(2) Die Unterhaltsleistung ist als Prozentsatz der Anwartschaft auf eine Altersrente, die sich aus der Nachversicherung ergibt, oder einer entsprechenden Leistung aus der berufsständischen Alterssicherung mit folgenden Maßgaben festzusetzen:

1. Die Unterhaltsleistung darf die Höhe der Rentenanwartschaft aus der Nachversicherung nicht erreichen;
2. Unterhaltsleistung und Rentenanwartschaft aus der Nachversicherung dürfen zusammen den Betrag nicht übersteigen, der sich als Ruhegehalt nach § 14 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes ergäbe.

Die Höchstgrenzen nach Satz 1 gelten auch für die Zeit des Bezugs der Unterhaltsleistung; an die Stelle der Rentenanwartschaft aus der Nachversicherung tritt die anteilige Rente.

(3) Die Zahlung der Unterhaltsleistung an den früheren Beamten kann erst erfolgen, wenn dieser das 65. Lebensjahr vollendet hat oder eine Rente wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder eine entsprechende Leistung aus der berufsständischen Versorgung erhält.

(4) Der Anspruch auf die Unterhaltsleistung erlischt bei erneutem Eintritt in den öffentlichen Dienst sowie in den Fällen, die bei einem Ruhestandsbeamten das Erlöschen der Versorgungsbezüge nach § 59 des Beamtenversorgungsgesetzes zur Folge hätten. Der hinterbliebene Ehegatte erhält 60 Prozent der Unterhaltsleistung, wenn zum Zeitpunkt der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis die Ehe bereits bestanden hatte.

§ 81

Begnadigung

(1) Dem Bundespräsidenten steht das Begnadigungsrecht in Disziplinarsachen nach diesem Gesetz zu. Er kann es anderen Stellen übertragen.

(2) Wird die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder die Aberkennung des Ruhegehalts im Gnadenweg aufgehoben, gilt § 50 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes entsprechend.

Teil 6

Besondere Bestimmungen für einzelne Beamtengruppen und für Ruhestandsbeamte

§ 82

Polizeivollzugsbeamte des Bundes

Das Bundesministerium des Innern bestimmt durch Rechtsverordnung, welche Vorgesetzten der Polizei-

vollzugsbeamten des Bundes als Dienstvorgesetzte im Sinne des § 33 Abs. 2, Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 5 gelten.

§ 83

Beamte der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

(1) Das für die Aufsicht zuständige Bundesministerium gilt im Sinne dieses Gesetzes als oberste Dienstbehörde der Beamten der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Es kann durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern seine Befugnisse auf nachgeordnete Behörden übertragen und bestimmen, wer als nachgeordnete Behörde, Dienstvorgesetzter und höherer Dienstvorgesetzter im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist. Es kann durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern darüber hinaus die Zuständigkeit für Verweise, Geldbußen und Kürzungen der Dienstbezüge abweichend von § 33 regeln.

(2) Für die in Absatz 1 bezeichneten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gilt § 187 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes entsprechend.

§ 84

Ausübung der Disziplinarbefugnisse bei Ruhestandsbeamten

Bei Ruhestandsbeamten werden die Disziplinarbefugnisse durch die zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand zuständige oberste Dienstbehörde ausgeübt. Diese kann ihre Befugnisse durch allgemeine Anordnung ganz oder teilweise auf nachgeordnete Dienstvorgesetzte übertragen; die Anordnung ist im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen. Besteht die zuständige oberste Dienstbehörde nicht mehr, bestimmt das Bundesministerium des Innern, welche Behörde zuständig ist.

Teil 7

Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 85

Übergangsbestimmungen

(1) Die nach bisherigem Recht eingeleiteten Disziplinarverfahren werden in der Lage, in der sie sich bei Inkrafttreten dieses Gesetzes befinden, nach diesem Gesetz fortgeführt, soweit in den Absätzen 2 bis 10 nichts Abweichendes bestimmt ist. Maßnahmen, die nach bisherigem Recht getroffen worden sind, bleiben rechtswirksam.

(2) Die folgenden Disziplinarmaßnahmen nach bisherigem Recht stehen folgenden Disziplinarmaßnahmen nach diesem Gesetz gleich:

1. die Gehaltskürzung der Kürzung der Dienstbezüge,
2. die Versetzung in ein Amt derselben Laufbahn mit geringerem Endgrundgehalt der Zurückstufung und

3. die Entfernung aus dem Dienst der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis.

(3) Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingeleitete förmliche Disziplinarverfahren werden nach bisherigem Recht fortgeführt. Für die Anschuldigung und die Durchführung des gerichtlichen Verfahrens gilt ebenfalls das bisherige Recht.

(4) Die Behörde des Bundesdisziplinaranwalts wird mit Ablauf des 31. Dezember 2003 aufgelöst. Ab diesem Zeitpunkt fertigt die Einleitungsbehörde in den Fällen von Absatz 3 die Anschuldigungsschrift; die Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung sind nicht anzuwenden, soweit sie den Bundesdisziplinaranwalt betreffen.

(5) Statthaftigkeit, Frist und Form eines Rechtsbehelfs oder Rechtsmittels gegen eine Entscheidung, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ergangen ist, bestimmen sich nach bisherigem Recht. Im weiteren Verfahren gelten ebenfalls die Bestimmungen des bisherigen Rechts.

(6) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängigen gerichtlichen Disziplinarverfahren werden nach den Bestimmungen des bisherigen Rechts fortgeführt. Dabei kann der Vorsitz einer oder mehrerer Kammern auch einem Richter auf Lebenszeit übertragen werden, der nicht Vorsitzender Richter ist. Ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes kann von § 45 Abs. 1 der Bundesdisziplinarordnung abgewichen werden; ab diesem Zeitpunkt ist § 50 Abs. 1 der Bundesdisziplinarordnung nicht mehr anzuwenden.

(7) Das Bundesdisziplinargericht wird mit Ablauf des 31. Dezember 2003 aufgelöst. Die zu diesem Zeitpunkt bei diesem Gericht anhängigen Verfahren gehen in dem Stand, in dem sie sich befinden, auf das zuständige Verwaltungsgericht über. Die Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung über das Verfahren vor dem Bundesdisziplinargericht gelten sinngemäß, soweit sie nicht die Beteiligung des Bundesdisziplinaranwalts oder die Besetzung der Kammern betreffen. Eine mündliche Verhandlung, die in einem anhängigen Gerichtsverfahren vor Ablauf des 31. Dezember 2003 geschlossen wurde, muss wiedereröffnet werden.

(8) Für die Wiederaufnahme von Disziplinarverfahren, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtskräftig abgeschlossen worden sind, gilt bis zum Ablauf des 31. Dezember 2003 Abschnitt IV der Bundesdisziplinarordnung. Ab diesem Zeitpunkt gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes.

(9) Die nach bisherigem Recht in einem Disziplinarverfahren ergangenen Entscheidungen sind nach bisherigem Recht zu vollstrecken, wenn sie unanfechtbar geworden sind.

(10) Die Frist für das Verwertungsverbot und ihre Berechnung für die Disziplinarmaßnahmen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verhängt worden sind, bestimmen sich nach diesem Gesetz. Dies gilt nicht, wenn die Frist und ihre Berechnung nach bisherigem Recht für den Beamten günstiger ist.

§ 86

Verwaltungsvorschriften

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erlässt das Bundesministerium

des Innern; die Verwaltungsvorschriften sind im Gemeinsamen Ministerialblatt zu veröffentlichen.

Artikel 2

Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes

Das Beamtenrechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1999 (BGBl. I S. 654), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), wird wie folgt geändert:

1. § 9 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Eine Ernennung kann zurückgenommen werden, wenn nicht bekannt war, dass gegen den Ernannten in einem Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt worden war.“

2. § 12a Abs. 4 Nr. 4 wird wie folgt gefasst:

„4. mit Verhängung mindestens einer Kürzung der Dienstbezüge“.

3. § 23 Abs. 3 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

„1. wenn er eine Handlung begeht, die bei einem Beamten auf Lebenszeit mindestens eine Kürzung der Dienstbezüge zur Folge hätte, oder“.

4. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird aufgehoben.

b) Die bisherigen Absätze 3 bis 5 werden die Absätze 2 bis 4.

5. § 26a Abs. 4 Satz 1 wird aufgehoben.

6. In § 41 Satz 2 wird das Wort „förmliches“ gestrichen.

Artikel 3

Änderung des Bundesbeamtengesetzes

Das Bundesbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1999 (BGBl. I S. 675), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 3 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Entfernung aus dem Beamtenverhältnis nach dem Bundesdisziplinargesetz.“

2. § 12 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Eine Ernennung kann zurückgenommen werden, wenn nicht bekannt war, dass gegen den Ernannten in einem Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder auf Aberkennung des Ruhegehalts erkannt worden war.“

3. § 24a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Wörter „des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.

b) Absatz 4 Nr. 4 wird wie folgt gefasst:

„4. mit der Verhängung mindestens einer Kürzung der Dienstbezüge“.

4. § 31 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

„1. ein Verhalten, das bei einem Beamten auf Lebenszeit mindestens eine Kürzung der Dienstbezüge zur Folge hätte, oder“.

b) In Absatz 4 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Vor der Entlassung ist der Sachverhalt aufzuklären; die §§ 21 bis 29 des Bundesdisziplingesetzes gelten entsprechend.“

5. § 44 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Beamte oder sein Vertreter können innerhalb eines Monats Einwendungen erheben. Danach entscheidet die nach § 47 Abs. 1 zuständige Behörde. Eine Versetzung in den Ruhestand erfolgt im Einvernehmen mit der obersten Dienstbehörde. Mit dem Ende des Monats, in dem die Versetzung in den Ruhestand dem Beamten mitgeteilt worden ist, werden die Dienstbezüge einbehalten, die das Ruhegehalt übersteigen.“

b) Die Absätze 3 bis 5 werden aufgehoben.

6. In § 51 Abs. 2 wird jeweils das Wort „Dienst“ durch das Wort „Beamtenverhältnis“ ersetzt.

7. In § 60 Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter „das förmliche“ durch das Wort „ein“ ersetzt.

8. In § 73 Abs. 2 werden die Wörter „eine disziplinarrechtliche Verfolgung“ durch die Wörter „die Durchführung eines Disziplinarverfahrens“ ersetzt.

9. § 77 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Das Nähere regelt das Bundesdisziplingesetz.“

10. In § 90e Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter „Tilgungsvorschriften des Disziplinarrechts keine Anwendung finden“ durch die Angabe „§ 16 Abs. 3 und 4 Satz 1 des Bundesdisziplingesetzes nicht anzuwenden ist“ ersetzt.

11. In § 90f Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 wird die Angabe „§ 11 der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Angabe „§ 10 des Bundesdisziplingesetzes“ ersetzt.

12. In § 97 Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter „eines Disziplinargerichts wegen rechtskräftiger Verurteilung“ durch die Wörter „einer Kammer für Disziplinarsachen wegen einer rechtskräftigen Entscheidung“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung der Mutterschutzverordnung

In § 10 Abs. 2 der Mutterschutzverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1997 (BGBl. I S. 986), die durch Artikel 28 des Gesetzes vom 30. November 2000 (BGBl. I S. 1638) geändert worden ist, werden die Wörter „des förmlichen“ durch das Wort „eines“ ersetzt.

Artikel 5

Änderung der Verordnung über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen an Beamte und Richter des Bundes

§ 7 der Verordnung über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen an Beamte und Richter des Bundes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1990 (BGBl. I S. 487), die durch Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2317) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 7

(1) Die Gewährung von Jubiläumszuwendungen wird hinausgeschoben,

1. wenn die Disziplinarmaßnahmen der Kürzung der Dienstbezüge verhängt worden ist, bis zum Ablauf von drei Jahren seit der Verhängung,
2. wenn die Disziplinarmaßnahme der Zurückstufung verhängt worden ist, bis zum Ablauf von sieben Jahren seit dem Tag der Verhängung.

Satz 1 gilt auch, wenn die Disziplinarmaßnahme nur im Hinblick auf § 14 des Bundesdisziplingesetzes nicht verhängt worden ist. In diesem Fall beginnt die Frist mit dem Tag, an dem die Entscheidung über die Einstellung des Disziplinarverfahrens wirksam geworden ist.

(2) Die Gewährung der Zuwendung wird zurückgestellt, solange ein gegen den Beamten eingeleitetes Straf- oder Disziplinarverfahren nicht unanfechtbar abgeschlossen ist. Werden im Fall des Satzes 1 nach dem Eintritt des Beamten in den Ruhestand die strafrechtlichen Ermittlungen gegen ihn nicht nur vorläufig eingestellt, wird die Eröffnung des Hauptverfahrens endgültig abgelehnt oder wird der Beamte rechtskräftig freigesprochen, so ist ihm die Zuwendung nachträglich zu gewähren. Entsprechendes gilt, wenn das Disziplinarverfahren endgültig eingestellt, eine Disziplinarverfügung aufgehoben oder eine Disziplinarverfügung abgewiesen wird, es sei denn, dass eine Kürzung des Ruhegehaltes nur im Hinblick auf § 14 des Bundesdisziplingesetzes nicht verhängt worden ist.“

Artikel 6

Änderung der Elternzeitverordnung

In § 4 Abs. 2 der Elternzeitverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1997 (BGBl. I S. 983), die zuletzt durch Artikel 29 des Gesetzes vom 30. November 2000 (BGBl. I S. 1638) geändert worden ist, werden die Wörter „des förmlichen“ durch das Wort „eines“ ersetzt.

Artikel 7 **Änderung des** **Beamtenversorgungsgesetzes**

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 werden die Wörter „eine Disziplinarmaßnahme zur Folge hätte, die nur im förmlichen Disziplinarverfahren verhängt werden kann“ durch die Wörter „mindestens eine Kürzung der Dienstbezüge zur Folge hätte“ ersetzt.
2. § 48 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Schwebt zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand gegen den Beamten ein Verfahren auf Rücknahme der Ernennung oder ein Verfahren, das nach § 48 des Bundesbeamtengesetzes oder nach dem entsprechenden Landesrecht zum Verlust der Beamtenrechte führen könnte, oder ist gegen den Beamten Disziplinaranzeige erhoben worden, darf der Ausgleich erst nach dem rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens und nur gewährt werden, wenn kein Verlust der Versorgungsbezüge eingetreten ist. Die disziplinarrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.“

Artikel 8 **Änderung der** **Verordnung zur Durchführung der** **Bundesdisziplinarordnung bei den** **bundesunmittelbaren Körperschaften mit** **Dienstherrnfähigkeit im Geschäftsbereich** **des Bundesministeriums für Arbeit** **und Sozialordnung**

Die Verordnung zur Durchführung der Bundesdisziplinarordnung bei den bundesunmittelbaren Körperschaften mit Dienstherrnfähigkeit im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 15. Juli 1993 (BGBl. I S. 1204), geändert durch die Verordnung vom 10. Mai 2000 (BGBl. I S. 743), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Wörter „der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Wörter „des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.
2. In der Präambel wird die Angabe „§ 129 Abs. 1 Satz 2 der Bundesdisziplinarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 750, 984)“ durch die Angabe „§ 83 Abs. 1 Satz 2 des Bundesdisziplinargesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510)“ ersetzt.
3. In § 1 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter „der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Wörter „des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.
4. In § 2 werden die Wörter „der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Wörter „des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.

5. In § 3 werden die Wörter „der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Wörter „des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.

Artikel 9 **Änderung des** **Bundespersonalvertretungsgesetzes**

Das Bundespersonalvertretungsgesetz vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 693), zuletzt geändert durch Artikel 2 § 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3094), wird wie folgt geändert:

1. In § 78 Abs. 1 Nr. 3 werden die Wörter „Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens“ durch die Wörter „Erhebung der Disziplinaranzeige“ ersetzt.
2. § 86 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. die Mitgliedschaft im Personalrat ruht bei Personen, die zu einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit nicht zugelassen sind“.
 - b) Nummer 10 wird wie folgt geändert:
 - aa) Buchstabe a wird aufgehoben.
 - bb) Die bisherigen Buchstaben b und c werden die Buchstaben a und b.

Artikel 10 **Änderung des** **Deutschen Richtergesetzes**

Das Deutsche Richtergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), wird wie folgt geändert:

1. In § 22 Abs. 3 wird das Wort „förmlichen“ durch das Wort „gerichtlichen“ ersetzt.
2. In § 30 Abs. 1 Nr. 2 wird das Wort „förmlichen“ durch das Wort „gerichtlichen“ ersetzt.
3. § 50 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

„2. Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht und Bundessozialgericht aus je drei gewählten Richtern.“
4. § 54 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „das Bundesdisziplinargericht und“ gestrichen.
 - b) In Absatz 2 werden die Wörter „in Angelegenheiten der Richter des Bundesdisziplinargerichts zwei von den Richtern dieses Gerichts,“ gestrichen.
5. § 61 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Das Dienstgericht gilt als Zivilsenat im Sinne des § 132 des Gerichtsverfassungsgesetzes.“

6. § 63 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Wörter „des Bundesdisziplinalgesetzes“ ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Über die vorläufige Dienstenthebung und die Einbehaltung von Bezügen sowie über die Aufhebung dieser Maßnahmen entscheidet auf Antrag der obersten Dienstbehörde das Dienstgericht durch Beschluss.“

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

7. In § 65 Abs. 2 Satz 3 wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt.

8. In § 66 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt.

9. In § 80 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt.

10. § 82 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„§ 144 Abs. 1 und § 158 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung gelten sinngemäß.“

11. In § 110 Satz 1 werden nach dem Wort „Verwaltungsgerichtsbarkeit“ das Komma durch das Wort „und“ ersetzt und die Wörter „und Disziplinargerichtsbarkeit“ gestrichen.

12. § 122 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „förmlichen“ durch das Wort „gerichtlichen“ ersetzt.

b) In Absatz 5 werden die Wörter „Oberbundesanwalt und die Bundesanwälte beim Bundesverwaltungsgericht“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt und werden nach dem Wort „Bundesverwaltungsgericht“ das Komma und die Wörter „den Bundesdisziplinaranwalt“ gestrichen.

Artikel 11

Änderung des Gesetzes zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes

In § 13 Abs. 4 des Gesetzes zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968 (BGBl. I S. 661) wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses“ ersetzt und werden nach dem Wort „Bundesverwaltungsgericht“ das Komma und die Wörter „den Bundesdisziplinaranwalt“ gestrichen.

Artikel 12

Änderung der Bundesnotarordnung

Die Bundesnotarordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 30. November 2000 (BGBl. I S. 1638), wird wie folgt geändert:

1. § 96 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Soweit in diesem Gesetz nichts Abweichendes bestimmt ist, sind die für Landesjustizbeamte geltende Disziplinarvorschriften in der am ... (Datum nach dem 30. April 1998) geltenden Fassung noch bis zum 1. Januar 2006 entsprechend anzuwenden.“

2. In § 97 Abs. 4 Satz 1 werden die Wörter „einhunderttausend Deutsche Mark“ durch die Wörter „fünzigtausend Euro“ und die Wörter „zehntausend Deutsche Mark“ durch die Wörter „fünftausend Euro“ ersetzt.

3. In § 98 Abs. 2 werden die Wörter „zwanzigtausend Deutsche Mark“ durch die Wörter „zehntausend Euro“ und die Wörter „zweitausend Deutsche Mark“ durch die Wörter „eintausend Euro“ ersetzt.

4. § 105 wird wie folgt gefasst:

„§ 105

Für die Anfechtung von Entscheidungen des Oberlandesgerichts gelten noch bis zum 1. Januar 2006 die Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 750, 984), die zuletzt durch Artikel 19 Abs. 3 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, über die Anfechtung von Entscheidungen des Bundesdisziplinargerichts entsprechend.“

5. § 109 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Auf das Verfahren des Bundesgerichtshofs in Disziplinarsachen gegen Notare sind die Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 750, 984), die zuletzt durch Artikel 19 Abs. 3 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, über das Verfahren des Bundesverwaltungsgerichts in Disziplinarsachen entsprechend anzuwenden.“

Artikel 13

Änderung des Gerichtskostengesetzes

In § 34 Abs. 1 Satz 3 des Gerichtskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3047), das zuletzt durch Artikel 2 Abs. 20 des Gesetzes vom 25. Juni 2001 (BGBl. I S. 1206) geändert worden ist, wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt.

Artikel 14**Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung**

Die Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 18 des Gesetzes vom 25. Juni 2001 (BGBl. I S. 1206), wird wie folgt geändert:

1. § 35 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Bundesregierung bestellt einen Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht und richtet ihn im Bundesministerium des Innern ein. Der Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht kann sich an jedem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht beteiligen; dies gilt nicht für Verfahren vor den Wehrdienstsenaten. Er ist an die Weisungen der Bundesregierung gebunden.“
 - b) In Absatz 2 wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt.
2. In § 37 Abs. 1 wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt.
3. In § 50 Abs. 1 Nr. 4 werden die Wörter „gegen den Bund“ gestrichen.
4. § 52 Nr. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter „gegen eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine Behörde“ gestrichen und werden nach dem Wort „Kläger“ die Wörter „oder Beklagte“ eingefügt.
 - b) In Satz 2 werden nach dem Wort „Kläger“ die Wörter „oder Beklagte“ eingefügt.
5. In § 63 Nr. 4 wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt.
6. In § 140 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt.
7. In § 153 Abs. 2 wird das Wort „Oberbundesanwalt“ durch die Wörter „Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht“ ersetzt.
8. Beteiligungserklärungen des Oberbundesanwalts beim Bundesverwaltungsgericht, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes abgegeben worden sind, werden von dem Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht weiterverfolgt.

Artikel 15**Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte**

Die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 368-1,

veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 24 des Gesetzes vom 25. Juni 2001 (BGBl. I S. 1206), wird wie folgt geändert:

1. In § 24a Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 109 Abs. 3 und 5 Satz 2“ durch die Angabe „§ 109 Abs. 4“ ersetzt.

2. § 109 wird wie folgt gefasst:

„§ 109

Disziplinarverfahren

(1) Im Disziplinarverfahren gelten nach Maßgabe der Absätze 2 bis 7 die Vorschriften des Sechsten Abschnitts sinngemäß.

(2) Im behördlichen Disziplinarverfahren und im Verfahren vor dem Dienstvorgesetzten einschließlich Beschwerdeverfahren erhält der Rechtsanwalt, der nicht auch Prozessbevollmächtigter ist, eine Gebühr von 35 bis 465 Euro.

(3) Der Rechtsanwalt erhält im gerichtlichen Disziplinarverfahren einschließlich des vorangegangenen Verfahrens folgende Gebühren:

1. Im ersten Rechtszug 60 bis 780 Euro,
2. im zweiten Rechtszug 70 bis 930 Euro,
3. im dritten Rechtszug 90 bis 1 300 Euro.

(4) Erstreckt sich die mündliche Verhandlung über einen Kalendertag hinaus, so erhält der Rechtsanwalt für jeden weiteren Verhandlungstag in den Fällen des Absatzes 3

- | | |
|-------|------------------|
| Nr. 1 | 60 bis 390 Euro, |
| Nr. 2 | 65 bis 465 Euro, |
| Nr. 3 | 90 bis 650 Euro. |

(5) Im Verfahren über die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision erhält der Rechtsanwalt eine Gebühr von 50 bis 650 Euro.

(6) Im Verfahren auf Abänderung oder Neubewilligung eines Unterhaltsbeitrages erhält der Rechtsanwalt eine Gebühr von 25 bis 335 Euro.

(7) Im Verfahren über die nachträgliche Aufhebung einer Disziplinarverfügung erhält der Rechtsanwalt eine Gebühr von 20 bis 250 Euro.“

3. § 109a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Angabe „§ 109 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 109 Abs. 3 Nr. 1“ und die Angabe „§ 109 Abs. 2 Nr. 2“ durch die Angabe „§ 109 Abs. 3 Nr. 2“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 109 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 109 Abs. 4“ ersetzt.

Artikel 16**Änderung des Zivildienstgesetzes**

Das Zivildienstgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. September 1994 (BGBl. I S. 2811), zuletzt geändert durch Artikel 28 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), wird wie folgt geändert:

1. § 58b wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Bundesdisziplinargericht“ durch das Wort „Verwaltungsgericht“ ersetzt.
- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Bundesdisziplinargerichts“ durch das Wort „Verwaltungsgerichts“ ersetzt.
 - bb) In den Sätzen 2 und 3 wird jeweils das Wort „Bundesdisziplinargericht“ durch das Wort „Verwaltungsgericht“ ersetzt.

2. § 66 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Bundesdisziplinargerichts“ durch das Wort „Verwaltungsgerichts“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 wird das Wort „Bundesdisziplinargerichts“ durch das Wort „Verwaltungsgerichts“ ersetzt.
- c) Die Absätze 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„(2) Der Antrag ist schriftlich bei dem Präsidenten des Bundesamtes einzureichen und zu begründen; die Antragsfrist wird auch gewahrt, wenn während ihres Laufes der Antrag beim Verwaltungsgericht eingeht. Das Verwaltungsgericht kann mündliche Verhandlung anordnen. Es entscheidet über die Disziplinarverfügung durch Beschluss; der Beschluss ist unanfechtbar. Es kann in dem Beschluss die Disziplinarverfügung aufrechterhalten, aufheben oder zugunsten des Dienstleistenden ändern. Es kann außerdem das Disziplinarverfahren einstellen, wenn es ein Dienstvergehen zwar für erwiesen, nach dem gesamten Verhalten des Dienstleistenden eine Disziplinarmaßnahme aber nicht angezeigt erscheint. Die Entscheidung ist dem Dienstleistenden zuzustellen.“

(3) Zuständig ist das Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der Antragsteller zum Zeitpunkt des Verhaltens, das ihm als Dienstvergehen zur Last gelegt wird, Dienst geleistet hat. Kommen danach mehrere Verwaltungsgerichte in Betracht, so ist das Verwaltungsgericht zuständig, in dessen Bezirk der Antragsteller zuletzt Dienst geleistet hat. Für die Besetzung der Kammer des Verwaltungsgerichts und das Verfahren gelten die Vorschriften des Bundesdisziplinargesetzes, soweit sie nicht zu den Bestimmungen dieses Gesetzes im Widerspruch stehen oder in diesem Gesetz etwas anderes bestimmt ist. An die Stelle des Beamtenbeisitzers, der dem Verwaltungszweig und möglichst auch der Laufbahngruppe des Beamten, gegen den sich das Disziplinarverfahren richtet, angehören soll (§ 45 Abs. 1 Satz 3 des Bundesdisziplinargesetzes), tritt ein Beisitzer, der im Bezirk des zuständigen Verwaltungsgerichts Zivildienst leistet. Das Bundesministerium der Justiz bestellt den Beisitzer für die Dauer seiner Zivildienstleistung auf Vorschlag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.“

3. In § 67 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Bundesdisziplinargericht“ durch das Wort „Verwaltungsgericht“ ersetzt.

Artikel 17**Änderung des Bundesrechnungshofgesetzes**

In § 18 Abs. 1 Satz 1 des Bundesrechnungshofgesetzes vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1445), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3251) geändert worden ist, wird das Wort „förmliches“ gestrichen.

Artikel 18**Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank**

§ 31 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1782), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2402) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Als oberster Dienstbehörde stehen ihm sämtliche Disziplinarbefugnisse zu; er verhängt die Disziplinarmaßnahmen, soweit ihre Verhängung nicht den zuständigen Gerichten vorbehalten ist.“

2. Folgender Satz 5 wird angefügt:

„Er kann die Disziplinarbefugnisse innerhalb der Deutschen Bundesbank ganz oder teilweise übertragen.“

Artikel 19**Änderung des Berufsbildungsförderungsgesetzes**

In § 16 Abs. 3 Satz 3 des Berufsbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 1994 (BGBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 40 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 129 Abs. 1 der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Angabe „§ 83 Abs. 1 des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.

Artikel 20**Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte**

In § 10 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes über die Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 827-7, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 29. April 1997 (BGBl. I S. 968) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 129 Abs. 1 der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Angabe „§ 83 Abs. 1 des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.

Artikel 21**Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch**

In § 399 Abs. 3 Satz 4 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch

Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 129 Abs. 1 der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Angabe „§ 83 Abs. 1 des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.

Artikel 22

Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

In § 143 Abs. 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 1989, BGBl. I S. 2261, 1990 I S. 1337), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 129 Abs. 1 der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Angabe „§ 83 Abs. 1 des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.

Artikel 23

Änderung des Bundesanstalt Post-Gesetzes

Das Bundesanstalt Post-Gesetz vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Artikel 59 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 Nr. 8 und 9 werden wie folgt gefasst:

- „8. Prüfung von Entscheidungen in Disziplinarverfahren gemäß § 15;
- 9. Prüfung von Entlassungen, Zurruesetzungen und Herabsetzung der Arbeitszeit wegen begrenzter Dienstfähigkeit gemäß § 16;“.

2. § 15 wird wie folgt gefasst:

„§ 15

Disziplinarverfahren

Bevor der Vorstand der Aktiengesellschaft oder ein ihm nachgeordneter Stelleninhaber mit den Befugnissen eines Dienstvorgesetzten durch Disziplinarverfügung eine Disziplinarmaßnahme verhängt oder einem Beamten in einer Einstellungsverfügung ein Dienstvergehen zur Last legt, prüft die Bundesanstalt die beabsichtigte Verfügung nach Vorlage der Akten auf Rechtmäßigkeit und sachgerechte Ausübung des Ermessens. Entsprechendes gilt vor Erhebung der Disziplinarklage.“

3. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Bevor der Vorstand der Aktiengesellschaft oder ein ihm nachgeordneter Stelleninhaber mit den Befugnissen eines Dienstvorgesetzten einen Beamten gemäß § 31 Abs. 1 bis 4 oder § 32 des Bundesbeamtengesetzes entlässt, gemäß § 42 Abs. 1 bis 3 oder § 46 des Bundesbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt oder die Arbeitszeit eines Beamten wegen begrenzter Dienstfähigkeit gemäß § 42a des Bundesbeamtengesetzes herabsetzt, prüft die Bundesanstalt die beabsichtigte Entscheidung nach Vorlage der Akten auf Rechtmäßigkeit.“

b) Satz 3 wird gestrichen.

Artikel 24

Änderung des Postpersonalrechtsgesetzes

Das Postpersonalrechtsgesetz vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325, 2353), zuletzt geändert durch Artikel 60 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird aufgehoben.
- b) Die bisherigen Absätze 4 bis 8 werden Absätze 3 bis 7.
- c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „unbeschadet des Satzes 2“ gestrichen und werden nach den Wörtern „zustehenden Befugnisse“ die Wörter „durch allgemeine Anordnung“ eingefügt.
 - bb) Satz 2 wird gestrichen.
 - cc) In Satz 3 wird das Wort „Übertragung“ durch das Wort „Anordnung“ ersetzt.
- d) Absatz 5 Satz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:

„Beabsichtigt der Vorstand der Aktiengesellschaft oder ein ihm nachgeordneter Stelleninhaber mit den Befugnissen eines Dienstvorgesetzten, durch Disziplinarverfügung eine Disziplinarmaßnahme zu verhängen oder einem Beamten in einer Einstellungsverfügung ein Dienstvergehen zur Last zu legen, hat er die Verfügung vor ihrem Erlass unverzüglich unter Vorlage der Akten von der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost auf Rechtmäßigkeit und sachgerechte Ausübung des Ermessens prüfen zu lassen. Entsprechendes gilt vor Erhebung der Disziplinarklage.“

e) Absatz 6 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Beabsichtigt der Vorstand der Aktiengesellschaft oder ein ihm nachgeordneter Stelleninhaber mit den Befugnissen eines Dienstvorgesetzten, einen Beamten gemäß § 31 Abs. 1 bis 4 oder § 32 des Bundesbeamtengesetzes zu entlassen, gemäß § 42 Abs. 1 bis 3 oder § 46 des Bundesbeamtengesetzes in den Ruhestand zu versetzen oder die Arbeitszeit eines Beamten wegen begrenzter Dienstfähigkeit gemäß § 42a des Bundesbeamtengesetzes herabzusetzen, hat er seine Entscheidung vor ihrem Erlass unverzüglich unter Vorlage der Akten von der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost auf Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird aufgehoben.
- b) Die bisherigen Absätze 4 bis 9 werden Absätze 3 bis 8.
- c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „ohne Zustimmung des Bundesrates“ gestrichen und in Satz 2 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.

3. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 5 wird aufgehoben.
- b) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5.

Artikel 25

Änderung der Verordnung zur Durchführung der Bundesdisziplinarordnung bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost

Die Verordnung zur Durchführung der Bundesdisziplinarordnung bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost vom 28. Juni 1996 (BGBl. I S. 921) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Wörter „der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Wörter „des Bundesdisziplinargesetzes“ ersetzt.
2. In der Präambel wird die Angabe „§ 129 Abs. 1 Satz 2 der Bundesdisziplinarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1967 (BGBl. I S. 750, 984)“ durch die Angabe „§ 83 Abs. 1 Satz 2 des Bundesdisziplinargesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510)“ ersetzt.
3. In § 1 Satz 1 werden die Wörter „der Bundesdisziplinarordnung“ durch die Wörter „dem Bundesdisziplinargesetz“ ersetzt.

Artikel 26

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf den Artikeln 4 bis 6, 8 und 25 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 27

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Artikel 9 Nr. 2 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 15 tritt am 2. Januar 2002 in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am 1. Januar 2002 in Kraft.

(2) Am 1. Januar 2002 treten außer Kraft:

1. die Bundesdisziplinarordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1967 (BGBl. I S. 750, 984), zuletzt geändert durch Artikel 19 Abs. 3 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666),
2. die Verordnung zu § 43 Abs. 1 der Bundesdisziplinarordnung vom 20. November 1967 (BGBl. I S. 1158),
3. die Verordnung zu § 127 der Bundesdisziplinarordnung vom 19. März 1999 (BGBl. I S. 399) sowie
4. die Verordnung zu § 131 Abs. 2 der Bundesdisziplinarordnung vom 20. November 1967 (BGBl. I S. 1158).

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 9. Juli 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Innern
Schily

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Eichel

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Riester

Die Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Christine Bergmann

Die Bundesministerin
für Bildung und Forschung
E. Bulmahn

Gesetz
zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften
über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke
in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten
(EG-Zustellungsdurchführungsgesetz – ZustDG)

Vom 9. Juli 2001

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

**Zustellung durch
diplomatische oder konsularische Vertretungen**

Eine Zustellung nach Artikel 13 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (ABl. EG Nr. L 160 S. 37), die in der Bundesrepublik Deutschland bewirkt werden soll, ist nur zulässig, wenn der Adressat des zuzustellenden Schriftstücks Staatsangehöriger des Übermittlungsmitgliedstaats ist.

§ 2

Zustellung durch die Post

(1) Eine Zustellung nach Artikel 14 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000, die in der Bundesrepublik Deutschland bewirkt werden soll, ist nur in der Versandform des Einschreibens mit Rückschein zulässig. Hierbei muss das zuzustellende Schriftstück in einer der folgenden Sprachen abgefasst oder es muss ihm eine Übersetzung in eine dieser Sprachen beigelegt sein:

1. Deutsch oder
2. Amtssprache oder eine der Amtssprachen des Übermittlungsmitgliedstaats, sofern der Adressat Staatsangehöriger dieses Mitgliedstaats ist.

(2) Ein Schriftstück, dessen Zustellung eine deutsche Empfangsstelle im Rahmen von Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 zu bewirken oder zu veranlassen hat, kann ebenfalls durch Einschreiben mit Rückschein zugestellt werden.

§ 3

Zustellung im Parteibetrieb

Eine Zustellung nach Artikel 15 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 ist in der Bundesrepublik Deutschland unzulässig.

§ 4

Zuständigkeiten

(1) Für Zustellungen im Ausland sind als deutsche Übermittlungsstelle im Sinne von Artikel 2 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 zuständig:

1. für gerichtliche Schriftstücke das die Zustellung betreibende Gericht und
2. für außergerichtliche Schriftstücke dasjenige Amtsgericht, in dessen Bezirk die Person, welche die Zustellung betreibt, ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat; bei notariellen Urkunden auch dasjenige Amtsgericht, in dessen Bezirk der beurkundende Notar seinen Amtssitz hat; bei juristischen Personen tritt an die Stelle des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthalts der Sitz; die Landesregierungen können die Aufgaben der Übermittlungsstelle einem Amtsgericht für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte durch Rechtsverordnung zuweisen.

(2) Für Zustellungen in der Bundesrepublik Deutschland ist als deutsche Empfangsstelle im Sinne von Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 dasjenige Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk das Schriftstück zugestellt werden soll. Die Landesregierungen können die Aufgaben der Empfangsstelle einem Amtsgericht für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte durch Rechtsverordnung zuweisen.

(3) Die Landesregierungen bestimmen durch Rechtsverordnung die Stelle, die in dem jeweiligen Land als deutsche Zentralstelle im Sinne von Artikel 3 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 zuständig ist. Die Aufgaben der Zentralstelle können in jedem Land nur einer Stelle zugewiesen werden.

(4) Die Landesregierungen können die Befugnis zum Erlass einer Rechtsverordnung nach Absatz 1 Nr. 2, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 1 einer obersten Landesbehörde übertragen.

§ 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und
wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 9. Juli 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EG – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
11. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1207/2001 des Rates über Verfahren zur Erleichterung der Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1, der Ausfertigung von Erklärungen auf der Rechnung und Formblättern EUR.2 sowie der Erteilung bestimmter Zulassungen als anerkannter Ausführer gemäß den Vorschriften über Präferenzregelungen im Handel zwischen der Europäischen Gemeinschaft und bestimmten Ländern und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 3351/83	L 165/1	21. 6. 2001
20. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1209/2001 der Kommission zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 562/2000 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 des Rates hinsichtlich der Regelung für den Ankauf zur öffentlichen Intervention im Rindfleischsektor	L 165/15	21. 6. 2001
20. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1216/2001 der Kommission mit Durchführungsvorschriften zu den für Rindfleisch mit Ursprung in Estland, Lettland und Litauen vorgesehenen Zollkontingenten für den Zeitraum vom 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002	L 165/29	21. 6. 2001
19. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1221/2001 der Kommission zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren	L 165/42	21. 6. 2001
—	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2001 der Kommission vom 1. Juni 2001 zur Eröffnung und Verwaltung eines Zollkontingents für gefrorenes Rindfleisch des KN-Codes 0202 und Erzeugnisse des KN-Codes 02062991 (1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002) (ABI. L 149 vom 2. 6. 2001)	L 165/66	21. 6. 2001
18. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1227/2001 des Rates zur Abweichung von einzelnen Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen der gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor	L 168/1	23. 6. 2001
19. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1229/2001 der Kommission zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	L 168/5	23. 6. 2001
21. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1230/2001 der Kommission zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	L 168/6	23. 6. 2001
22. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1231/2001 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 786/2001 zur Eröffnung der Dringlichkeitsdestillation gemäß Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 für Tafelweine in Spanien	L 168/8	23. 6. 2001
22. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1232/2001 der Kommission zur Eröffnung der Dringlichkeitsdestillation gemäß Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates für Tafelweine in Italien	L 168/9	23. 6. 2001
22. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1233/2001 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 442/2001 zur Eröffnung der Dringlichkeitsdestillation gemäß Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 für Tafelweine in Portugal	L 168/11	23. 6. 2001

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EG	
		– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
22. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1234/2001 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 822/2001 des Rates und zur teilweisen Erstattung der Zölle im Rahmen eines Einfuhrkontingents für Braugerste	L 168/12	23. 6. 2001
22. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1235/2001 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1529/2000 zur Festlegung der Liste der beihilfefähigen Sorten von Cannabis sativa L. im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates	L 168/17	23. 6. 2001
11. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1159/2001 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/96 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte gewerbliche und landwirtschaftliche Waren sowie Fischereierzeugnisse	L 169/1	23. 6. 2001
19. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1239/2001 des Rates zur Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse	L 171/1	26. 6. 2001
25. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1240/2001 der Kommission zur Einleitung einer Überprüfung der Verordnung (EG) Nr. 2604/2000 des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von bestimmten Polyethylenterephthalat mit Ursprung unter anderem in Indien, zur Aufhebung des Zolls auf die Einfuhren eines ausführenden Herstellers und zur zollamtlichen Erfassung dieser Einfuhren	L 171/3	26. 6. 2001
19. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1244/2001 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1259/1999 zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik	L 173/1	27. 6. 2001
22. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1248/2001 der Kommission zur Änderung der Anhänge III, X und XI der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die epidemiologische Überwachung transmissibler spongiformer Enzephalopathien und die entsprechenden Nachweistests	L 173/12	27. 6. 2001
26. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1251/2001 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3769/92 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3677/90 des Rates über Maßnahmen gegen die Abzweigung bestimmter Stoffe zur unerlaubten Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Substanzen	L 173/26	27. 6. 2001
26. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1252/2001 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1445/76 zur Festsetzung der Liste der verschiedenen Sorten von Lolium perenne L.	L 173/27	27. 6. 2001
26. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1253/2001 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1227/2000 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich des Produktionspotenzials	L 173/31	27. 6. 2001
28. 5. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen	L 174/1	27. 6. 2001
27. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1269/2001 der Kommission zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 608/2001 zur Einstellung des Fangs von Tiefseegarnelen durch Schiffe unter der Flagge Schwedens	L 175/6	28. 6. 2001
27. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1270/2001 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1324/96 zur Schätzung des Bedarfs für die Versorgung der Azoren und Madeiras mit Erzeugnissen des Reissektors	L 175/7	28. 6. 2001
27. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1271/2001 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1443/98 zur Schätzung des Bedarfs für die Versorgung der Kanarischen Inseln mit Erzeugnissen des Reissektors	L 175/9	28. 6. 2001
27. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1272/2001 der Kommission zur Festsetzung der Interventionsschwelle für Äpfel für das Wirtschaftsjahr 2001/02	L 175/11	28. 6. 2001

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2001 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EG	
		– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
27. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1273/2001 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1555/96 mit Durchführungsvorschriften für die Anwendung der Zusatzzölle bei der Einfuhr von Obst und Gemüse	L 175/12	28. 6. 2001
27. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1274/2001 der Kommission zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates zur Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs ⁽¹⁾ ⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.	L 175/14	28. 6. 2001
27. 6. 2001	Verordnung (EG) Nr. 1275/2001 der Kommission zur Festsetzung der Beihilfe für die Erzeugung von Ananaskonserven und des den Erzeugern zu zahlenden Mindestpreises für das Wirtschaftsjahr 2001/02	L 175/16	28. 6. 2001
—	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 993/2001 der Kommission vom 4. Mai 2001 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABI. L 141 vom 28. 5. 2001)	L 175/27	28. 6. 2001

Fundstellennachweis A

Bundesrecht

**ohne
völkerrechtliche Vereinbarungen**

Nachtrag

Abgeschlossen am 30. Juni 2001

Der Nachtrag führt den am 31. Dezember 2000 abgeschlossenen Fundstellennachweis A 2000 fort.

Neue Vorschriften sind in diesem Nachtrag mit Überschrift, Datum und Fundstelle ausgewiesen, die im Fundstellennachweis A 2000 bereits enthaltenen Vorschriften nur mit Datum (ggf. der – letzten – Neufassung) und Fundstelle. Im übrigen gelten die Erläuterungen des Fundstellennachweises A 2000 (Seite III).

Die Ausweisungen dieses Nachtrages werden in den am 31. Dezember 2001 abzuschließenden Fundstellennachweis A 2001 eingearbeitet; der Nachtrag wird danach entbehrlich. Die jährlichen Ausgaben des Fundstellennachweises A selbst behalten für die Feststellung des früher geltenden Rechts ihre Bedeutung.

1 Staats- und Verfassungsrecht

		12-3	vom 11. 4. 1978 I 453 – §§ 1 und 6 geändert durch Artikel 3 Abs. 1 G [bei 190-4] vom 26. 6. 2001 I 1254
102-1	vom 22. 7. 1913 S. 583 – § 9 Abs. 1 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 1 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266	12-4	vom 20. 12. 1990 I 2954, 2970 – § 27 neu gefasst durch Artikel 2 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904 – Geändert durch Artikel 3 Abs. 2 G [bei 190-4] vom 26. 6. 2001 I 1254
105-7	Bek. 29. 3. 1994 I 709 – § 8 Abs. 1a Satz 3 geändert durch Artikel 7 Abs. 1 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	12-5	vom 20. 12. 1990 I 2954, 2977 – § 2 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 4 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 13 neu gefasst durch Artikel 3 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
105-20	vom 23. 6. 1993 I 944, 986 – §§ 3 und 4 geändert durch Artikel 7 Abs. 2 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	12-6	vom 20. 12. 1990 I 2954, 2979 – § 11 neu gefasst durch Artikel 4 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904 – § 8 geändert durch Artikel 2 G [bei 190-4] vom 26. 6. 2001 I 1254
105-24-10	Bekanntmachung über den Dienstsitz der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung vom 16. 2. 2001 I 383	12-10	vom 20. 4. 1994 I 867 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 5 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 36 Abs. 1 geändert durch Artikel 5 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
1101-1	Bek. 2. 7. 1980 I 1237 – Geändert durch Bek. vom 30. 5. 2001 I 1203 Bekanntmachung von Änderungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom 30. 5. 2001 I 1203	13-7-2	vom 19. 10. 1994 I 2978, 2979 – § 37 neu gefasst durch Artikel 6 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
1101-8	Bek. 21. 2. 1996 I 326 – § 12 Abs. 3 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 2 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266	188-59-1	vom 20. 11. 1996 I 1794 – Geändert durch V vom 16. 5. 2001 I 888 Zweite Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Chemiewaffenübereinkommen (2. ÄndCWÜV) vom 16. 5. 2001 I 888
1101-10	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz – PUAG) vom 19. 6. 2001 I 1142 [= Artikel 1 G zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz) vom 19. 6. 2001 I 1142]	188-80	vom 22. 7. 1997 II 1406 – § 2 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 6 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
1103-1-1	vom 10. 11. 1953 I 1545 – § 4 geändert durch Artikel 8 Abs. 1 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	190-2	vom 13. 8. 1968 I 949 – Außer Kraft durch Artikel 5 Satz 2 G [bei 190-4] vom 26. 6. 2001 I 1254
1103-4-18	Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. 1. 2001 I 127	190-4	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10) vom 26. 6. 2001 I 1254 [= Artikel 1 G zur Neuregelung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 26. 6. 2001 I 1254]
1104-1	Bek. 11. 8. 1993 I 1473 – § 61 Abs. 1 Satz 1 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 3 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 34 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 1 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751 – § 98 Abs. 3 Nr. 2 geändert durch Artikel 11 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046		
1104-5	Zusammenstellung der Fundstellen der im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Entscheidungsformeln des Bundesverfassungsgerichts 2001 I 341, 774, 859 (Ber.), 774, 891, 1042		
111-1	Bek. 23. 7. 1993 I 1288, 1594 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 3 durch G vom 27. 4. 2001 I 698 – Anlage zu § 2 Abs. 2 geändert durch G vom 27. 4. 2001 I 701 Fünfzehntes und Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 27. 4. 2001 I 698	201-3	vom 3. 7. 1952 I 379 – Geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 1 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
	vom 27. 4. 2001 I 701		

2 Verwaltung

2030-1	Bek. 31. 3. 1999 I 654 – § 26 Abs. 4 geändert durch Artikel 12 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	2032-2	Bek. 13. 11. 1973 I 1621 – § 6 Abs. 1 Satz 1 geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 1 V vom 28. 3. 2001 I 472 Verordnung zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften vom 28. 3. 2001 I 472
2030-2	Bek. 31. 3. 1999 I 675 – § 72b Abs. 1 neu gefasst 1. 7. 2000 durch Artikel 5 G 2032-12-24 vom 19. 4. 2001 I 618 – § 42 Abs. 4 geändert durch Artikel 13 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	2032-2-6	vom 22. 10. 1965 I 1809 – § 1 Abs. 1 Satz 1 neu gefasst 1. 1. 2001 durch Artikel 2 V [bei 2032-2] vom 28. 3. 2001 I 472
2030-7-8	Verordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für den höheren Auswärtigen Dienst vom 20. 5. 2001 I 946	2032-12-24	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Ver- sorgungsbezügen in Bund und Ländern 2000 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpas- sungsgesetz 2000 – BBVAnpG 2000) – Arti- kel 13: Rückkehr zum einheitlichen Verord- nungsrang – vom 19. 4. 2001 I 618
2030-11-47-11	vom 5. 6. 1979 I 651 – Abschnitt I neu gefasst durch AnO vom 27. 3. 2001 I 479 Anordnung zur Änderung der Anordnung über die Ernennung und Entlassung der Bundesbeamten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 27. 3. 2001 I 479	2032-12-24-1	Bekanntmachung nach Artikel 4 Abs. 3 des Bun- desbesoldungs- und -versorgungsanpassungsge- setzes 2000 und nach § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 20. 4. 2001 I 648
2030-11-47-47	vom 25. 11. 1999 I 2530 – Außer Kraft durch Abschn. III Satz 2 AnO 2030-11-47-49 vom 5. 4. 2001 I 558	2032-23	Bek. 27. 11. 1997 I 2764 – § 2 geändert 1. 8. 2000, § 14 geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 11 G 2032-12-24 vom 19. 4. 2001 I 618
2030-11-47-49	Anordnung über die Ernennung und Entlassung von Beamten im Geschäftsbereich des Bundesmi- nisteriums für Wirtschaft und Technologie vom 5. 4. 2001 I 558	204-3	vom 20. 12. 1990 I 2954, 2955 – Geändert durch Artikel 1 G vom 18. 5. 2001 I 904 – § 24 Abs. 2 Satz 3 geändert durch Artikel 3 Abs. 3 G [bei 190-4] vom 26. 6. 2001 I 1254 Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes und an- derer Gesetze vom 18. 5. 2001 I 904
2030-14-89	vom 9. 8. 1995 I 1140 – Außer Kraft 1. 5. 2001 durch Abschn. III Satz 2 AnO 2030-14-120 vom 24. 4. 2001 I 889	212-2	vom 5. 11. 1997 I 2631 – §§ 4 und 8 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 7 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
2030-14-120	Anordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten für den Erlass von Widerspruchsbescheiden und die Vertretung des Dienstherrn bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis im Bereich der Deut- schen Postbank AG vom 24. 4. 2001 I 889	2121-2	Bek. 15. 10. 1980 I 1993 – § 9 Abs. 1 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 8 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 8 Satz 3 geändert durch Artikel 7 Abs. 3 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
2030-25	Bek. 16. 3. 1999 I 322, 847, 2033 – § 6 Abs. 1 Satz 3 neu gefasst 1. 7. 2000, § 107a geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 7 G 2032-12-24 vom 19. 4. 2001 I 618 – § 69d Abs. 5 und 6 geändert durch Artikel 14 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	2121-6-24	vom 27. 9. 2000 I 1414 – Außer Kraft durch Artikel 4 Satz 2 V vom 19. 6. 2001 I 1180 Bek. 1. 3. 1994 I 358 – Anlagen zu § 1 Abs. 1 neu gefasst durch Artikel 1 V vom 19. 6. 2001 I 1180 Fünfzehnte Verordnung zur Änderung betäubungsmittelrecht- licher Vorschriften (Fünfzehnte Betäubungsmittelrechts-Ände- rungsverordnung – 15. BtMÄndV) vom 19. 6. 2001 I 1180
2032-1	Bek. 3. 12. 1998 I 3434 – §§ 6 und 73 geändert nach Maßgabe des Arti- kels 14 durch Artikel 6 G 2032-12-24 vom 19. 4. 2001 I 618	2121-6-24-2	vom 16. 12. 1981 I 1420 – Geändert durch Artikel 3 V [bei 2121-6-24] vom 19. 6. 2001 I 1180
2032-1-11-3	Bek. 3. 12. 1998 I 3497 – §§ 8 und 23 geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 2 Abs. 4 G 2032-12-24 vom 19. 4. 2001 I 618		
2032-1-29	vom 21. 10. 1998 I 3191 – § 2 geändert 1. 7. 2000, § 2a eingefügt 1. 9. 1998 durch Artikel 10 G 2032-12-24 vom 19. 4. 2001 I 618		

- 2121-6-24-4 vom 20. 1. 1998 I 74, 80
– Geändert nach Maßgabe des Artikels 4 durch Artikel 2 V [bei 2121-6-24] vom 19. 6. 2001 I 1180
- 2121-50-1-16 Bek. 30. 8. 1990 I 1866
– Anlage geändert durch V vom 14. 6. 2001 I 1177
Sechsendvierzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über verschreibungspflichtige Arzneimittel vom 14. 6. 2001 I 1177
- 2121-50-1-19 vom 28. 3. 1996 BAnz. S. 3817
– Außer Kraft durch § 5 Satz 2 V 2121-51-35 vom 9. 5. 2001 I 856
- 2121-51-7 vom 26. 6. 1978 I 917
– Geändert durch V vom 22. 6. 2001 I 1237
Achtundfünfzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die automatische Verschreibungspflicht vom 22. 6. 2001 I 1237
- 2121-51-35 Verordnung zum Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe zur Vermeidung des Risikos der Übertragung transmissibler spongiformer Enzephalopathien durch Arzneimittel (Arzneimittel-TSE-Verordnung) vom 9. 5. 2001 I 856
- 2124-21 vom 17. 11. 2000 I 1513
– Artikel 1 § 4 Abs. 6 und § 9 wird bis zur Entscheidung über die Vereinbarkeit mit GG, längstens für die Dauer von 6 Monaten, einstweilen außer Kraft gesetzt.
Das Inkrafttreten von Artikel 1, 3 und 4 wird bis zur Entscheidung über die Vereinbarkeit mit GG, längstens für die Dauer von 6 Monaten, einstweilen ausgesetzt.
BVerfGE vom 22. 5. 2001 I 1042
- 2125-4-8 vom 12. 11. 1934 I 1181
– Außer Kraft durch § 1 Nr. 1 V 2125-4-8/1 vom 18. 6. 2001 I 1178
- 2125-4-8/1 Verordnung zur Aufhebung lebensmittelrechtlicher Vorschriften für Teigwaren vom 18. 6. 2001 I 1178
[= Artikel 2 V (bei 2125-40-27) vom 18. 6. 2001 I 1178]
- 2125-5-7 vom 8. 7. 1994 I 1467
– Neufassung Bek. 16. 5. 2001 I 985
– §§ 43 und 50 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 1 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
- 2125-5-7/2 Gesetz zur Umstellung von Vorschriften im land- und forstwirtschaftlichen Bereich auf Euro (Fünftes Euro-Einführungsgesetz) – Artikel 44: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 25. 6. 2001 I 1215
- 2125-5-7-1 Bek. 28. 8. 1998 I 2609; 2001 I 983
- 2125-5-7-3 vom 9. 5. 1995 I 630, 666
– § 1 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 2 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
- 2125-5-7-4 vom 9. 5. 1995 I 630, 666
– § 10 neu gefasst durch V vom 22. 2. 2001 I 334, 436
Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchsetzung des gemeinschaftlichen Weinrechts vom 22. 2. 2001 I 334, 436
- 2125-5-7-6 vom 9. 11. 2000 I 1501
– § 4 Satz 2 aufgehoben durch V vom 2. 5. 2001 I 836
Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Genehmigung für Neuanpflanzungen von Rebflächen in den Weinwirtschaftsjahren 2000/2001 bis 2002/2003 vom 2. 5. 2001 I 836
- 2125-40-27 vom 22. 12. 1981 I 1625, 1677
– Geändert durch Artikel 1 V vom 18. 6. 2001 I 1178
Verordnung zur Änderung der Aromenverordnung und zur Aufhebung lebensmittelrechtlicher Vorschriften für Teigwaren vom 18. 6. 2001 I 1178
- 2125-40-33 vom 1. 8. 1984 I 1036
– Geändert 1. 1. 2003 durch Artikel 2 § 1 V [bei 2126-13-1] vom 21. 5. 2001 I 959
- 2125-40-68 vom 5. 8. 1997 I 2008
– § 2 Nr. 4 neu gefasst 1. 1. 2003 durch Artikel 2 § 2 V [bei 2126-13-1] vom 21. 5. 2001 I 959
- 2125-40-80 Verordnung über das Verbot der Abgabe bestimmten Fleisches von Rindern an Verbraucher vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 5637
[= Artikel 3 V (bei 7832-1-19) vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 5637]
– *Tritt mit Ablauf des 30. 9. 2001 außer Kraft, sofern nicht mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes verordnet wird.*
– Aufgehoben durch Artikel 2a V [bei 7832-1-26] vom 23. 5. 2001 I 982
- 2125-42 vom 29. 10. 1993 I 1814
– § 8 Abs. 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 3 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
- 2126-1-7 Bek. 5. 12. 1990 I 2612; 1991 I 227
– Außer Kraft 1. 1. 2003 durch Artikel 3 Satz 2 V [bei 2126-13-1] vom 21. 5. 2001 I 959
- 2126-9 Bek. 10. 4. 1991 I 886
– § 17b Abs. 5 eingefügt durch Artikel 1 G 2126-9/1 vom 27. 4. 2001 I 772
- 2126-9/1 Gesetz zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und der Bundespflegesatzverordnung (DRG-Systemzuschlags-Gesetz) – Artikel 3: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 27. 4. 2001 I 772
- 2126-9-13-2 vom 26. 9. 1994 I 2750
– Geändert durch Artikel 2 G 2126-9/1 vom 27. 4. 2001 I 772
- 2126-13-1 Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung – TrinkwV 2001) vom 21. 5. 2001 I 959
[= Artikel 1 V zur Novellierung der Trinkwasserverordnung vom 21. 5. 2001 I 959]
- 2129-8-30 Dreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen – 30. BImSchV) vom 20. 2. 2001 I 305, 317
[= Artikel 2 V (bei 2129-27-2-13) vom 20. 2. 2001 I 305]

2129-27-2-9	vom 27. 3. 1998 I 658 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 3 durch V vom 26. 6. 2001 I 1361 Erste Verordnung zur Änderung der Batterieverordnung vom 26. 6. 2001 I 1361	2190-2	vom 7. 7. 1997 I 1650 – § 12 geändert, § 37 neu gefasst durch Artikel 7 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
2129-27-2-13	Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen (Abfallablagerungsverordnung – AbfAbiV) vom 20. 2. 2001 I 305 [= Artikel 1 V über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen vom 20. 2. 2001 I 305]	2211-1	Bek. 24. 8. 1981 I 893 (Anlage) – Anlage geändert nach Maßgabe des Artikels 3 Satz 2 durch V vom 12. 4. 2001 I 610 Neunundzwanzigste Verordnung zur Ergänzung der Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz vom 12. 4. 2001 I 610
2129-28-2	Kostenverordnung für Amtshandlungen nach dem Umweltschutzprotokoll-Ausführungsgesetz vom 22. September 1994 (AntKostV) vom 17. 4. 2001 I 834	2212-2	Bek. 6. 6. 1983 I 645, 1680 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 14 durch Artikel 1 und 2 G 2212-5 vom 19. 3. 2001 I 390
213-1	Bek. 27. 8. 1997 I 2141; 1998 I 137 – § 172 Abs. 4 geändert durch Artikel 7 Abs. 4 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	2212-2-7-1	Bek. 29. 6. 1981 I 577 – Außer Kraft durch Artikel 5 G 2212-5 vom 19. 3. 2001 I 390
2170-1	Bek. 23. 3. 1994 I 646, 2975 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 68 durch Artikel 15 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – § 15a Abs. 2 geändert durch Artikel 7 Abs. 5 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 11 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	2212-2-7-2	vom 23. 10. 1997 I 2503 – Außer Kraft durch Artikel 6 G 2212-5 vom 19. 3. 2001 I 390
2170-1-6	Bek. 1. 2. 1975 I 433 – Geändert durch Artikel 16 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	2212-2-8-3	Bek. 28. 10. 1983 I 1340 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 14 durch Artikel 4 G 2212-5 vom 19. 3. 2001 I 390
2170-1-13	vom 28. 6. 1974 I 1365 – § 1 Satz 1 geändert durch Artikel 17 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	2212-2-9	vom 15. 7. 1974 I 1449 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 14 durch Artikel 7 G 2212-5 vom 19. 3. 2001 I 390
2170-1-17	vom 9. 6. 1976 I 1469 – Außer Kraft 1. 8. 2001 durch § 7 Satz 2 V 2170-1-22 vom 24. 1. 2001 I 179	2212-2-13	vom 25. 6. 1986 I 935 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 14 durch Artikel 3 G 2212-5 vom 19. 3. 2001 I 390
2170-1-20	vom 11. 2. 1988 I 150 – § 1 Abs. 1 Satz 2 geändert durch Artikel 18 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – § 1 Abs. 1 geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 29 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	2212-4	vom 23. 4. 1996 I 623 – § 10 Abs. 2 Satz 2 neu gefasst durch Artikel 8 G 2212-5 vom 19. 3. 2001 I 390 – § 3 Satz 1 Nr. 3 neu gefasst durch Artikel 19 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
2170-1-22	Verordnung zur Durchführung des § 72 des Bundessozialhilfegesetzes vom 24. 1. 2001 I 179	2212-5	Gesetz zur Reform und Verbesserung der Ausbildungsförderung – Ausbildungsförderungsreformgesetz (AföRG) – Artikel 12: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 19. 3. 2001 I 390 – Artikel 9 und 10 geändert durch Artikel 20 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
2172-1	vom 17. 12. 1971 I 2018; 1972 I 2045 – § 14 Abs. 5 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 9 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266	2251-5	vom 16. 12. 1997 I 3094 – §§ 10 und 11 geändert durch Artikel 7 Abs. 7 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
2172-5	vom 2. 8. 2000 I 1270 – § 8 geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 15 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	2330-2	Bek. 19. 8. 1994 I 2137 – §§ 88d und 88e geändert durch Artikel 7 Abs. 8 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
2184-1	Bek. 29. 1. 1993 I 178 – § 3 Abs. 2 geändert durch Artikel 7 Abs. 6 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	2330-2-2	Bek. 12. 10. 1990 I 2178 – §§ 31 und 40c geändert durch Artikel 8 Abs. 2 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149

2330-2-4	vom 21. 7. 1961 I 1041 – Artikel VI § 3 geändert durch Artikel 7 Abs. 9 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	251-1-3	V 28. 4. 1966 I 300 – Geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 3 V [bei 251-1-1] vom 20. 6. 2001 I 1224
2330-8-3	vom 25. 7. 1988 I 1093, 1136 – § 4 Satz 1 neu gefasst durch Artikel 7 Abs. 10 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	253-1-1	vom 19. 3. 1993 I 362 – Außer Kraft durch Artikel 21 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
2330-14	Bek. 19. 8. 1994 I 2166, 2319 – Artikel II Geändert durch Artikel 7 Abs. 11 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	26-2-1	vom 17. 7. 1997 I 1810 – § 8 Abs. 6 Satz 1 neu gefasst durch Artikel 11 G 2212-5 vom 19. 3. 2001 I 390
2330-19	Bek. 12. 7. 1978 I 993 – § 14 geändert durch Artikel 7 Abs. 12 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	26-6	vom 9. 7. 1990 I 1354, 1356 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 11 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
2330-22/1	Bek. 19. 8. 1994 I 2180 – §§ 6 und 14 geändert durch Artikel 7 Abs. 13 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	26-7	Bek. 27. 7. 1993 I 1361 – § 83b Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 2 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751
2330-29	Bek. 20. 11. 1990 ABl. Saarl. Nr. 13 S. 273 – Geändert durch Artikel 6 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	26-8	vom 2. 9. 1994 I 2265 – § 16 Abs. 6 geändert durch Artikel 2 Abs. 1 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436
2331-1	vom 11. 8. 1919 S. 1429 – §§ 22 und 23 geändert durch Artikel 7 Abs. 14 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149		
235-12	vom 28. 2. 1983 I 210 – § 12 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 10 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Artikel 3 § 10 Nr. 2 aufgehoben durch Artikel 10 Nr. 7 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – Geändert durch Artikel 7 Abs. 15 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	300-2	Bek. 9. 5. 1975 I 1077 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 12 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 23b geändert durch Artikel 2 Abs. 2 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436 – § 95 geändert nach Maßgabe des Artikels 10 durch Artikel 6 G 4101-10 vom 16. 5. 2001 I 898
235-12/1	vom 8. 4. 1994 I 766 – Artikel 3 geändert durch Artikel 7 Abs. 16 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	300-6	vom 12. 9. 1950 S. 455 – Artikel 8 Nr. 121 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 3 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751
250-1	vom 19. 7. 1957 I 734 – § 41 Satz 4 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 2 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	301-1	Bek. 19. 4. 1972 I 713 – § 76e Abs. 1 neu gefasst 1. 7. 2000 durch Artikel 9 G 2032-12-24 vom 19. 4. 2001 I 618 – § 48 Abs. 3 geändert durch Artikel 22 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
251-1	vom 18. 9. 1953 I 1387 idF Artikel I G 251-1/1 vom 29. 6. 1956 I 559 – § 197 Abs. 2 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 3 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	302-2	vom 5. 11. 1969 I 2065 – §§ 3 und 14 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 13 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 14 Abs. 2 neu gefasst durch Artikel 2 Abs. 3 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436 – §§ 20 und 23 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 4 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
251-1-1	V 13. 4. 1966 I 292, 393 – Geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 1 V vom 20. 6. 2001 I 1224 Änderungsverordnung 2001 zur Ersten bis Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 20. 6. 2001 I 1224		
251-1-2	V 31. 3. 1966 I 285 – Geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 2 V [bei 251-1-1] vom 20. 6. 2001 I 1224	303-8	vom 1. 8. 1959 I 565 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 14 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266

3 Rechtspflege

	– § 25 nach Maßgabe der Entscheidungsformel mit GG unvereinbar. § 226 Abs. 2 ab 1. 7. 2002 hinsichtlich der Beschränkung auf die dort genannten Länder gegenstandslos. BVerfGE vom 13. 12. 2000; 2001 I 891	310-5	vom 27. 9. 1952 I 641
	– § 30 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 5 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	310-10	– Geändert nach Maßgabe des Artikels 10 durch Artikel 7 G 4101-10 vom 16. 5. 2001 I 898 vom 26. 5. 1933 I 302
303-13	vom 28. 8. 1969 I 1513 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 15 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 62 Abs. 2 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 6 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	310-14	vom 24. 3. 1897 S. 97 idF Bek. 20. 5. 1898 S. 369, 713 – Geändert durch Artikel 7 Abs. 18 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – § 6 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 11 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
303-15	vom 18. 6. 1980 I 689 – § 8 Abs. 1 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 4 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751	310-14-1	vom 16. 2. 1970 I 185 – Geändert durch Artikel 8 Abs. 3 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
310-2	vom 30. 1. 1877 S. 244 – § 24 eingefügt durch Artikel 4 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – §§ 8 und 25 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 7 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	310-16	vom 9. 3. 1934 I 181 – Geändert durch Artikel 7 Abs. 19 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
310-4	vom 30. 1. 1877 S. 83 idF Artikel 9 G 300-6 vom 12. 9. 1950 S. 455, 533 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 16 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 688 Abs. 3 geändert durch Artikel 2 Abs. 4 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436 – § 30 eingefügt nach Maßgabe des Artikels 10 durch Artikel 4 G 4101-10 vom 16. 5. 2001 I 898 – Geändert durch Artikel 3 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – Geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 1 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	310-19-2-8	Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2001 – PKHB 2001) vom 13. 6. 2001 I 1204
		311-11	Bek. 23. 3. 1999 I 530; 2000 I 149 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 10 durch Artikel 5 G 4101-10 vom 16. 5. 2001 I 898
		311-13	vom 5. 10. 1994 I 2866 – § 138 Abs. 1 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 17 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert durch Artikel 7 Abs. 20 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
		312-2	Bek. 7. 4. 1987 I 1074, 1319 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 18 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
310-4/4	Gesetz zur Reform des Verfahrens bei Zustellungen im gerichtlichen Verfahren (Zustellungsreformgesetz – ZustRG) – Artikel 3: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 25. 6. 2001 I 1206		– § 486 Abs. 2 geändert durch Artikel 8e G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904 – § 37 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 12 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
310-4-3	vom 6. 5. 1977 I 693 – § 1a Abs. 1 Satz 1 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 8 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	312-9-1	vom 16. 3. 1976 I 581, 2088; 1977 I 436 – Geändert durch Artikel 8f G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
310-4-6	vom 15. 12. 1994 I 3822 – § 10 Abs. 1 Satz 2 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 9 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	315-1	vom 17. 5. 1898 S. 189 idF Bek. 20. 5. 1898 S. 369, 771 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 19 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
310-4-7	vom 19. 6. 1998 I 1364 – § 2 Abs. 3 Satz 1 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 10 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206		– § 31 geändert, § 64a eingefügt durch Artikel 2 Abs. 5 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436

315-11	Bek. 26. 5. 1994 I 1114 – § 88 Abs. 2 Buchst. a neu gefasst 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 13 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206		– § 1a Abs. 1 Satz 1 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 16a G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
315-11-13	vom 30. 11. 1994 I 3580, 3585 – § 1 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 5 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751	320-1-1/1	Verordnung zur Änderung von Vordrucken für das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren vom 7. 3. 2001 I 363
316-1	vom 29. 6. 1956 I 599 – §§ 5 und 6 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 20 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 14 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 6 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751	330-1	Bek. 23. 9. 1975 I 2535 – § 73 Abs. 2 Satz 2 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 21 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert durch Artikel 24 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – §§ 63 und 85 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 17 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
317-1	vom 21. 7. 1953 I 667 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 7 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751 – §§ 1 und 35 geändert durch Artikel 7 Abs. 21 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – § 12 Abs. 1 Satz 5 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 14 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	340-1	Bek. 19. 3. 1991 I 686 – §§ 56 und 73 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 18 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
319-90	vom 30. 5. 1988 I 662 – Außer Kraft durch Artikel 3 Satz 2 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436	350-1	vom 6. 10. 1965 I 1477 – Neufassung Bek. 28. 3. 2001 I 442 – § 53 Abs. 2 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 19 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
319-92	vom 5. 4. 1990 I 701 – Geändert durch Artikel 2 Abs. 6 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436	360-1	Bek. 15. 12. 1975 I 3047 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 22 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 1 und Anlage 1 geändert durch Artikel 2 Abs. 8 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436
319-95	vom 30. 9. 1994 II 2658 – vgl. G 319-101 vom 19. 2. 2001 I 288, 436		– Geändert durch Artikel 2 Abs. 1 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623
319-97	vom 6. 6. 1995 I 778, 786 – § 2 Abs. 2 geändert durch Artikel 2 Abs. 7 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436		– Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 1 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751
319-101	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG) vom 19. 2. 2001 I 288, 436 [= Artikel 1 G zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 19. 2. 2001 I 288, 436] – §§ 5 und 32 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 15 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	360-3	vom 26. 7. 1957 I 861; 1959 I 155 – § 5 Abs. 1 aufgehoben durch Artikel 2 Abs. 10 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623
320-1	Bek. 2. 7. 1979 I 853, 1036 – Geändert durch Artikel 23 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – § 50 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 16 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	360-6	Gesetz zur Umstellung des Kostenrechts und der Steuerberatergebührenverordnung auf Euro (KostREuroUG) – Artikel 9: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 27. 4. 2001 I 751
320-1-1	vom 15. 12. 1977 I 2625 – Geändert durch V 320-1-1/1 vom 7. 3. 2001 I 363	361-1	vom 25. 11. 1935 I 1371 idF Artikel XI § 7 G 360-3 vom 26. 7. 1957 I 861, 960 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 23 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert durch Artikel 2 Abs. 2 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623

	– Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 2 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751		
	– § 137 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 21 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	400-1	Bek. 21. 9. 1994 I 2494; 1997 I 1061 – Artikel 17a eingefügt 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 25 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
362-1	vom 26. 7. 1957 I 861, 887; 1959 I 155 – Außer Kraft nach Maßgabe der §§ 18 und 19 G 362-2 durch Artikel 4 Abs. 1 Satz 2 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623		– Artikel 234 § 4 Abs. 6 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 8 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751 – Geändert durch Artikel 2 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
362-2	Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher (Gerichtsvollzieherkostengesetz – GvKostG) vom 19. 4. 2001 I 623 [= Artikel 1 G zur Neuordnung des Gerichtsvollzieherkosten- rechts (GvKostRNeuOG) vom 19. 4. 2001 I 623] – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 3 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623 – § 11 und Anlage geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 22 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	400-2	vom 20. 7. 1990 I 1456 – Artikel 2 aufgehoben durch Artikel 10 Nr. 5 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 vom 18. 8. 1896 S. 195 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 2 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Artikel 2 Nr. 3 bis 6 aufgehoben durch Artikel 10 Nr. 7 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – Geändert durch Artikel 1 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – § 132 Abs. 2 Satz 1 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 25 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
363-1	vom 14. 2. 1940 I 357 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 3 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751		– Geändert durch Artikel 1 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – § 132 Abs. 2 Satz 1 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 25 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
365-1	vom 11. 3. 1937 I 298 – Geändert durch Artikel 2 Abs. 6 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623 – § 3 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 23 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	400-2/2	vom 6. 4. 1998 I 666 – Artikel 5 § 4 Abs. 1 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 9 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751
366-1	Bek. 1. 10. 1969 I 1753 – § 4 geändert, § 7 aufgehoben durch Artikel 2 Abs. 3 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 4 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751	400-4	vom 11. 8. 1961 I 1221 – Artikel 7 § 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 10 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751
367-1	Bek. 1. 10. 1969 I 1756 – § 10 Abs. 2 geändert durch Artikel 2 Abs. 4 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 5 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751	400-15	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz - LPartG) vom 16. 2. 2001 I 266 [= Artikel 1 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266]
368-1	vom 26. 7. 1957 I 861, 907 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 24 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert durch Artikel 2 Abs. 9 G [bei 319-101] vom 19. 2. 2001 I 288, 436 – Geändert durch Artikel 2 Abs. 5 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 6 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751 – § 37 Nr. 3 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 24 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	400-15/1	Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebens- partnerschaften – Artikel 4: Rückkehr zum ein- heitlichen Verordnungsrang – vom 16. 2. 2001 I 266 – Artikel 3 geändert durch Artikel 25 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Artikel 2 und 3 geändert durch Artikel 10 Nr. 7 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
		402-12-5	vom 18. 12. 1974 I 3603 – Artikel 3 außer Kraft durch Artikel 10 Nr. 1 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
		402-12-7	vom 22. 4. 1993 I 466, 487 – Außer Kraft durch Artikel 10 Nr. 2 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
		402-12-8	vom 21. 7. 1993 I 1257 – Artikel 6 aufgehoben durch Artikel 10 Nr. 6 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149

4 Zivil- und Strafrecht

402-12-9	vom 6. 6. 1995 I 748, 749 – § 1 geändert durch Artikel 7 Abs. 23, § 2 aufgehoben durch Artikel 10 Nr. 3 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149		– §§ 5 und 9 geändert durch Artikel 7 Abs. 29 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
402-12-10	Gesetz zur Neugliederung, Vereinfachung und Reform des Mietrechts (Mietrechtsreformgesetz) – Artikel 9: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 19. 6. 2001 I 1149	404-18-3	vom 6. 4. 1998 I 666, 668 – §§ 1 und 2 neu gefasst durch V vom 8. 5. 2001 I 842 Zweite Verordnung zur Änderung der Regelbetrag-Verordnung vom 8. 5. 2001 I 842
402-27	Bek. 11. 4. 2000 I 450 – Neufassung Bek. 2. 1. 2001 I 2 – § 34 geändert 1. 1. 2003 durch Artikel 13 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	4100-1	vom 10. 5. 1897 S. 219 – Geändert durch Artikel 4 G [bei 4121-1] vom 18. 1. 2001 I 123 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 10 durch Artikel 1 G 4101-10 vom 16. 5. 2001 I 898 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 16 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
402-27-1	Bek. 30. 9. 1992 I 1686 – Geändert 1. 1. 2001 durch V vom 9. 1. 2001 I 83 – Neufassung Bek. 6. 2. 2001 I 192 Achte Verordnung zur Änderung der Wohngeldverordnung vom 9. 1. 2001 I 83	4101-1	vom 10. 5. 1897 S. 437 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 10 durch Artikel 2 G 4101-10 vom 16. 5. 2001 I 898
402-28-2	Verordnung über Abschlagszahlungen bei Bauträgerverträgen vom 23. 5. 2001 I 981	4101-8	vom 14. 4. 1988 I 514 – § 12 Satz 2 geändert durch Artikel 6 G [bei 4121-1] vom 18. 1. 2001 I 123
402-29	vom 20. 12. 1982 I 1912 – Artikel 4 aufgehoben durch Artikel 10 Nr. 4 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	4101-10	Gesetz zur Neuregelung des Bergungsrechts in der See- und Binnenschifffahrt (Drittes Seerechtsänderungsgesetz) – Artikel 9: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 16. 5. 2001 I 898
402-31	vom 21. 9. 1994 I 2538 – §§ 16 und 57 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 26 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Artikel 3 § 26 Nr. 1 aufgehoben durch Artikel 10 Nr. 7 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – Geändert durch Artikel 7 Abs. 24 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	4103-1	vom 15. 6. 1895 S. 301 idF Bek. 20. 5. 1898 S. 369, 868 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 10 durch Artikel 3 G 4101-10 vom 16. 5. 2001 I 898
403-1	vom 15. 3. 1951 I 175, 209 – § 48 Abs. 1 geändert durch Artikel 2 Abs. 7 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623 – §§ 37 und 40 geändert durch Artikel 7 Abs. 25 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	4110-4-6	vom 22. 2. 1999 I 179 – § 5 Satz 2 neu gefasst 31. 12. 2000 durch V vom 18. 4. 2001 I 611 Zweite Verordnung zur Änderung der Umlage-Verordnung-Wertpapierhandel vom 18. 4. 2001 I 611
403-9	vom 26. 2. 1959 I 57, 223 – § 98 Abs. 2 Satz 1 geändert durch Artikel 7 Abs. 26 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	4120-4	Bek. 9. 9. 1998 I 2726 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 17 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
403-23-2	vom 21. 9. 1994 I 2457 – §§ 83 und 112 geändert durch Artikel 7 Abs. 27 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	4120-9-2	vom 28. 10. 1994 I 3210; 1995 I 428 – § 316 Abs. 1 Satz 2 geändert durch Artikel 5 G [bei 4121-1] vom 18. 1. 2001 I 123
403-25	vom 21. 9. 1994 I 2538, 2549 – § 6 geändert durch Artikel 7 Abs. 28 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	4121-1	vom 6. 9. 1965 I 1089 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 7 durch Artikel 1 G vom 18. 1. 2001 I 123
404-3	vom 21. 10. 1944 I 256 – § 21 aufgehoben 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 27 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266		– Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 28 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 Abs. 11 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751 Gesetz zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung (Namensaktiengesetz – NaStraG) vom 18. 1. 2001 I 123

4121-2	vom 6. 9. 1965 I 1185 – § 9 aufgehoben, § 11 neu gefasst durch Artikel 2 G [bei 4121-1] vom 18. 1. 2001 I 123	50-1	5 Verteidigung Bek. 15. 12. 1995 I 1756 – § 25 Abs. 4 Satz 4 geändert durch Artikel 8d G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904 – § 11 Abs. 1 Nr. 4 geändert durch Artikel 26 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
4123-1	vom 20. 4. 1892 S. 477 idF Bek. 20. 5. 1898 S. 369, 846 – § 79 Abs. 1 Satz 2 geändert durch Artikel 3 G [bei 4121-1] vom 18. 1. 2001 I 123		
4142-1	Bek. 11. 12. 1998 I 3658 – § 21 Abs. 4 geändert durch Artikel 8 Abs. 4 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	51-1	Bek. 15. 12. 1995 I 1737 – Neufassung Bek. 14. 2. 2001 I 232, 478 – § 29 Abs. 4 Satz 4 geändert durch Artikel 8c G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
420-1	Bek. 16. 12. 1980; 1981 I 1 – § 127 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 26 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	52-2	Bek. 4. 9. 1972 I 1665 – § 126 Abs. 1 Nr. 1 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 33 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
420-1-12	Bekanntmachung der zur Entgegennahme von Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen be- fugten Patentinformationszentren vom 22. 2. 2001 I 341		
423-5-2	vom 25. 10. 1994 I 3082; 1995 I 156 – § 94 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 27 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	52-2-8	<i>vom 5. 11. 1997 I 2690</i> – Außer Kraft durch § 5 Abs. 2 V 52-2-10 vom 6. 6. 2001 I 1039
424-2-1-1	Bekanntmachung[en] über den Schutz von Mus- tern und Marken auf Ausstellungen vom 1. 2. 2001 I 181 vom 1. 3. 2001 I 342	52-2-10	Verordnung über die Errichtung von Truppen- dienstgerichten vom 6. 6. 2001 I 1039
424-5-1	vom 7. 9. 1966 I 557 – § 137 Abs. 4 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 29 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 165 Abs. 3 Satz 3 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 28 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206	53-2 53-3	Bek. 14. 4. 1980 I 425 – Neufassung Bek. 14. 2. 2001 I 253 Bek. 14. 12. 1987 I 2614 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 34 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
424-5-2	Bek. 8. 12. 1977 I 2491 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 30 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266	53-4	Bek. 6. 5. 1999 I 882, 1491 – § 92a Satz 1 geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 8 G 2032-12-24 vom 19. 4. 2001 I 618
440-3	vom 9. 1. 1907 S. 7 – § 22 Satz 4 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 31 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266		– § 81 Abs. 2 Nr. 2 geändert durch Artikel 27 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
450-2	Bek. 13. 11. 1998 I 3322 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 32 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert durch Artikel 3 G [bei 7824-6] vom 12. 4. 2001 I 530 – § 153 geändert durch Artikel 2 G [bei 1101-10] vom 19. 6. 2001 I 1142	54-1 54-3	vom 19. 10. 1956 I 815 idF Bek. 27. 9. 1961 I 1769, 1920 – § 17 Abs. 4 Satz 1 geändert durch Artikel 7 Abs. 30 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 vom 23. 2. 1957 I 134 – § 16 Nr. 3 geändert durch Artikel 7 Abs. 31 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
453-11	Bek. 3. 6. 1975 I 1313 – § 5 neu gefasst durch Artikel 5 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	55-2	Bek. 28. 9. 1994 I 2811 – § 10 Abs. 1 Nr. 4 geändert durch Artikel 28 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
454-1	Bek. 19. 2. 1987 I 602 – § 107 Abs. 3 Nr. 3 geändert durch Artikel 2 Abs. 8 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623	57-1	vom 18. 8. 1961 II 1183 – Artikel 4c geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 29 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206

6 Finanzwesen

- 600-1 Bek. 30. 8. 1971 I 1426, 1427
– § 5a Abs. 5 geändert durch Artikel 8a G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
– § 1 Nr. 2 neu gefasst 1. 1. 2002 durch Artikel 22 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
- 601-4 vom 11. 10. 1995 I 1250, 1409
– Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 18 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
- 603-9-32-1 Erste Verordnung zur Durchführung des Finanz- ausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2001 vom 11. 4. 2001 I 575
- 605-1 Bek. 6. 2. 1995 I 189
– Neufassung
Bek. 4. 4. 2001 I 482
- 605-1-10-12 Verordnung zur Festsetzung der Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Abs. 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes im Jahr 2001 vom 2. 1. 2001 I 82
- 610-1-3 vom 16. 3. 1976 I 613; 1977 I 269
– Geändert durch Artikel 2 Abs. 9 G [bei 362-2] vom 19. 4. 2001 I 623
– § 289 Abs. 1 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 30 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206
– § 6 Abs. 2 Nr. 2 neu gefasst 1. 1. 2002 durch Artikel 21 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
- 610-10 Bek. 4. 11. 1975 I 2735
– § 4 geändert durch Artikel 8 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
- 610-10-7 vom 17. 12. 1981 I 1442
– Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 7 G 360-6 vom 27. 4. 2001 I 751
- 611-1 Bek. 16. 4. 1997 I 821
– § 33b geändert durch Artikel 29 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
– Geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 6 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
- 611-1-1 Bek. 10. 5. 2000 I 717
– § 65 geändert durch Artikel 30 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
- 611-4-4 Bek. 22. 4. 1999 I 817
– Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 19 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
- 611-14 vom 8. 4. 1922 I 335, 393
– §§ 4 und 7 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 4 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
- 611-14-1 vom 16. 6. 1922 ZBl. 351
– §§ 10 und 17 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 5 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
- 611-17 Bek. 24. 5. 1994 I 1102
– § 3a geändert durch Artikel 31 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
- 612-30 vom 24. 3. 1999 I 378
– § 2 geändert durch Artikel 32 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
- 613-7 vom 21. 12. 1992 I 2125; 1993 I 2493
– § 28 Abs. 3 Satz 2 geändert durch Artikel 8g G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
- 613-7-3 vom 8. 8. 1995 I 1039
– Außer Kraft durch § 2 Satz 2 V 613-7-6 vom 20. 6. 2001 I 1201
- 613-7-6 Verordnung über die Grenze des Freihafens Bremerhaven vom 20. 6. 2001 I 1201
- 621-1 Bek. 2. 6. 1993 I 845; 1995 I 248
– § 277a Abs. 1 neu gefasst 1. 1. 2001 durch Artikel 23 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
- 621-1-LDV3 Bek. 14. 6. 1977 I 850
– § 7 Abs. 7 und 8 geändert durch Artikel 8 Abs. 5 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
- 624-2 vom 12. 10. 1971 I 1625
– § 6 Satz 1 geändert durch Artikel 7 Abs. 32 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
- 63-14-1 vom 22. 2. 1994 I 321
– Außer Kraft durch § 24 Satz 2 V 703-5-1 vom 9. 1. 2001 I 110
- 690-1-2 vom 13. 12. 1974 I 3520
– § 4 Abs. 3 und 4 eingefügt durch V vom 13. 3. 2001 I 433
Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Herstellung und den Vertrieb von Medaillen und Marken vom 13. 3. 2001 I 433
- 691-15-36 Bekanntmachung über die Ausprägung von Bundesmünzen im Nennwert von 10 Deutschen Mark (Gedenkmünze „750 Jahre Katharinenkloster – 50 Jahre Meeresmuseum Stralsund“) vom 27. 4. 2001 I 858

7 Wirtschaftsrecht

- 702-1 Bek. 5. 11. 1975 I 2803
– § 116 Abs. 3 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 35 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
- 703-5 Bek. 26. 8. 1998 I 2546
– §§ 99 und 100 geändert durch Artikel 7 Abs. 33 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149

703-5-1	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) vom 9. 1. 2001 I 110 – § 15 Satz 2 geändert durch Artikel 3 Abs. 1 G 9020-12/1 vom 16. 5. 2001 I 876	7110-3-144	Verordnung über das Meisterprüfungsberufsbild und über die Prüfungsanforderungen in den Teilen I und II der Meisterprüfung im Friseur-Handwerk (Friseurmeisterverordnung – Friseur-MstrV) vom 19. 4. 2001 I 638
707-6-1-6	vom 18. 8. 1997 I 2070 iVm Bek. vom 22. 5. 2001 I 984 vom 22. 12. 1999 I 2601 iVm Bek. vom 22. 5. 2001 I 984 vom 20. 12. 2000 I 1850 iVm Bek. vom 22. 5. 2001 I 984 – Neufassung Bek. 11. 6. 2001 I 1018	720-17-2	vom 23. 9. 1998 I 3043 – § 4 Abs. 2 neu gefasst durch Artikel 8 Abs. 7 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
707-12	Bek. 6. 8. 1998 I 2053 – § 66 Abs. 5 geändert durch Artikel 7 Abs. 34 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	7400-1	vom 28. 4. 1961 I 481, 495, 1555 – §§ 39 und 41 geändert durch Artikel 3 Abs. 4 G [bei 190-4] vom 26. 6. 2001 I 1254
7104-6	Bek. 7. 11. 1990 I 2479 – § 10 geändert durch Artikel 8 Abs. 6 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	750-9	vom 29. 7. 1963 I 549 – § 2 Abs. 2 Nr. 1 geändert durch Artikel 7 Abs. 35 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
7110-1	Bek. 24. 9. 1998 I 3074 – Geändert durch Artikel 33 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	750-16	vom 6. 6. 1995 I 778 iVm Bek. vom 17. 1. 2001 I 164
7110-3-21	vom 12. 10. 1970 I 1398 – Außer Kraft nach Maßgabe des § 8 durch § 9 Satz 2 V 7110-3-142 vom 5. 4. 2001 I 487	750-16-1	vom 6. 6. 1995 I 778 iVm Bek. vom 17. 1. 2001 I 164
7110-3-38	vom 12. 2. 1975 I 486 – Außer Kraft 1. 9. 2001 nach Maßgabe des § 9 durch § 10 Satz 2 V 7110-3-144 vom 19. 4. 2001 I 638	751-1	Bek. 15. 7. 1985 I 1565 – Geändert durch G vom 5. 3. 2001 I 326 Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes (Neuntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes) vom 5. 3. 2001 I 326
7110-3-45	vom 9. 6. 1975 I 1329 – Außer Kraft nach Maßgabe des § 8 durch § 9 Satz 2 V 7110-3-142 vom 5. 4. 2001 I 487	753-1-5	Bek. 9. 2. 1999 I 86 – Geändert durch Artikel 3 V [bei 2129-27-2-13] vom 20. 2. 2001 I 305
7110-3-46	vom 9. 6. 1975 I 1332 – Außer Kraft nach Maßgabe des § 8 durch § 9 Satz 2 V 7110-3-142 vom 5. 4. 2001 I 487	754-14-1	vom 30. 10. 1997 I 2616 – §§ 2 und 3 geändert durch Artikel 8 Abs. 8 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
7110-3-52	vom 8. 4. 1976 I 933 – Außer Kraft nach Maßgabe des § 8 durch § 9 Satz 2 V 7110-3-142 vom 5. 4. 2001 I 487	754-15-1	Verordnung über die Erzeugung von Strom aus Biomasse (Biomasseverordnung – BiomasseV) vom 21. 6. 2001 I 1234
7110-3-61	vom 1. 9. 1978 I 1532 – Außer Kraft nach Maßgabe des § 9 durch § 10 Satz 2 V 7110-3-143 vom 5. 4. 2001 I 490	7601-17	vgl. <i>jetzt</i> 860-1/2
7110-3-142	Verordnung über das Meisterprüfungsberufsbild und über die Prüfungsanforderungen in den Teilen I und II der Meisterprüfung im Feinwerkmechaniker-Handwerk (Feinwerkmechanikermeisterverordnung – FeinwerkMechMstrV) vom 5. 4. 2001 I 487	7610-1	Bek. 9. 9. 1998 I 2776 – § 15 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 36 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
7110-3-143	Verordnung über das Meisterprüfungsberufsbild und über die Prüfungsanforderungen in den Teilen I und II der Meisterprüfung im Landmaschinenmechaniker-Handwerk (Landmaschinenmechanikermeisterverordnung – LandmMechMstrV) vom 5. 4. 2001 I 490	7610-13	vom 16. 7. 1998 I 1842 – § 3 Abs. 2 Nr. 6 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 37 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
		7612-1	Bek. 9. 9. 1998 I 2820 – §§ 17 und 19a geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 24 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
		7622-1	Bek. 23. 6. 1969 I 573 – § 11 Abs. 1 geändert durch Artikel 7 Abs. 36 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
		7630-1	vom 31. 7. 1951 I 480 – §§ 2 und 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 20 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310

7631-1	Bek. 17. 12. 1992; 1993 I 2 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 10 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	7823-5-1	vom 28. 7. 1987 I 1752 – Geändert durch V vom 7. 5. 2001 I 885 Erste Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung vom 7. 5. 2001 I 885
7632-1	vom 30. 5. 1908 S. 263 – § 177 Abs. 2 neu gefasst 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 38 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266	7823-5-10	<i>Bek. 29. 10. 1997 I 2604</i> – Außer Kraft durch Artikel 3 V [bei 7823-5-12] vom 5. 6. 2001 I 1006
780-3	Bek. 27. 8. 1990 I 1802 – § 23 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 6 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	7823-5-12	Verordnung zur Bekämpfung des Kartoffelkrebes und der Kartoffelnematoden vom 5. 6. 2001 I 1006 [= Artikel 1 V zur Neuregelung pflanzenschutzrechtlicher Vorschriften zur Bekämpfung von Schadorganismen der Kartoffel vom 5. 6. 2001 I 1006]
780-5-2	Bek. 4. 7. 1994 I 1456 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 7 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	7823-5-13	Verordnung zur Bekämpfung der Bakteriellen Ringfäule und der Schleimkrankheit vom 5. 6. 1006, 1008 [= Artikel 2 V (bei 7823-5-12) vom 5. 6. 2001 I 1006]
780-6	vom 20. 8. 1990 I 1766 – § 14 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 8 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	7824-5	Bek. 22. 1. 1998 I 145 – § 20 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 15 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
780-7-2	vom 4. 1. 1999 I 2 – §§ 1 und 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 9 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	7824-5-4	vom 27. 10. 1992 I 1832 – Geändert durch V vom 2. 2. 2001 I 186 – Neufassung Bek. 2. 2. 2001 I 189 Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Leistungsprüfungen und die Zuchtwertfeststellung bei Pferden vom 2. 2. 2001 I 186
7813-3	vom 8. 11. 1985 I 2075 – § 4 Abs. 1 Nr. 3 geändert durch Artikel 7 Abs. 37 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	7824-6	Gesetz zur Beschränkung des Verbringens oder der Einfuhr gefährlicher Hunde in das Inland (Hundeverbringungs- und -einfuhrbeschränkungsgesetz – HundVerbrEinfG) vom 12. 4. 2001 I 530 [= Artikel 1 G zur Bekämpfung gefährlicher Hunde vom 12. 4. 2001 I 530] – § 6 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 4 G [bei 7824-6] vom 12. 4. 2001 I 530
7815-1	Bek. 16. 3. 1976 I 546 – § 70 Abs. 1 geändert durch Artikel 7 Abs. 38 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	7825-1	Bek. 25. 8. 2000 I 1358 – § 21 Abs. 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 16 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7820-2	vom 15. 11. 1977 I 2134 – §§ 9 und 10 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 10 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	7825-1-3	Bek. 15. 3. 2000 I 226 – § 12 geändert 1. 7. 2001 durch Artikel 2 V [bei 7825-1-4] vom 12. 3. 2001 I 431
7821-2	vom 21. 10. 1996 I 1530 – § 3 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 11 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	7825-1-4	Bek. 23. 11. 2000 I 1605 – Geändert durch Artikel 1 V vom 12. 3. 2001 I 431 Dritte Verordnung zur Änderung futtermittelrechtlicher Verordnungen vom 12. 3. 2001 I 431
7822-6	vom 20. 8. 1985 I 1633 – § 60 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 12 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	7825-2	vom 1. 12. 2000 I 1635 – Der Bezeichnung die Kurzbezeichnung und Abkürzung „(Verfütterungsverbotsgesetz – VerfVerbG)“ angefügt und geändert durch Artikel 1, durch Artikel 2 1. 1. 2002 G 7825-2/1 vom 19. 2. 2001 I 226 – Neufassung Bek. 29. 3. 2001 I 463
7822-6-27	<i>Verordnung über besondere Maßnahmen beim Inverkehrbringen von Saatgut von Ackerbohne, Blauer Lupine, Futtererbse, Lein und Sojabohne vom 11. 4. 2001 BANz. S. 7753</i> – Tritt mit Ablauf des 30. 6. 2001 außer Kraft		
7822-6-28	<i>Verordnung über besondere Anforderungen an Feldbestände von Lupinen im Rahmen der Saatgutenerkennung vom 6. 6. 2001 BANz. S. 11 653</i> – Tritt mit Ablauf des 31. 12. 2001 außer Kraft		
7822-7	Bek. 19. 12. 1997 I 3164 – § 40 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 13 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215		
7823-5	Bek. 14. 5. 1998 I 971, 1527, 3512 – § 40 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 14 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215		

- 7825-2/1 Gesetz zur Änderung futtermittelrechtlicher, tierkörperbeseitigungsrechtlicher und tierseuchenrechtlicher Vorschriften im Zusammenhang mit der BSE-Bekämpfung (BSE-Maßnahmengesetz) – Artikel 8: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 19. 2. 2001 I 226
- 7825-2-1 vom 27. 12. 2000 BAnz. S. 24 069
– Geändert durch V vom 26. 1. 2001 BAnz. S. 1417
– Geändert durch Artikel 5 G 7825-2/1 vom 19. 2. 2001 I 226
– Geändert durch V vom 10. 4. 2001 BAnz. S. 6813
– § 5 geändert durch V vom 26. 6. 2001 I 1305
Erste bis Dritte Verordnung zur Änderung der Verfütterungsverbots-Verordnung vom 26. 1. 2001 BAnz. S. 1417 vom 10. 4. 2001 BAnz. S. 6813 vom 26. 6. 2001 I 1305
- 7830-1-5 vom 10. 11. 1999 I 2162
– Der Bezeichnung die Abkürzung „(TAppO)“ angefügt und geändert durch V vom 12. 1. 2001 I 119
Erste Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Tierärztinnen und Tierärzte vom 12. 1. 2001 I 119
- 7831-1 Bek. 20. 12. 1995 I 2038
– Geändert durch Artikel 4 G 7825-2/1 vom 19. 2. 2001 I 226
– Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 506
– §§ 67 und 76 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 17 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
- 7831-1-40-7 vom 9. 8. 1983 I 1095
– Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 540
- 7831-1-41-9 Bek. 21. 12. 1994 I 3930
– Neufassung Bek. 16. 5. 2001 I 930
- 7831-1-41-17 Bek. 18. 4. 2000 I 546
– Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 576, 1016
- 7831-1-41-19 Bek. 1. 2. 1994 I 187
– Geändert durch V vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 5797
– Tritt mit Ablauf des 30. 9. 2001 außer Kraft
– Artikel 2 Satz 2 neu gefasst durch Artikel 2 V vom 30. 4. 2001 BAnz. S. 8385
– Geändert nach Maßgabe des Artikels 4 Satz 2 durch Artikel 1 V vom 30. 4. 2001 BAnz. S. 8385
Zweite Verordnung zur Änderung der MKS-Verordnung vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 5797
Verordnung zur Änderung der MKS-Verordnung und der Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung vom 30. 4. 2001 BAnz. S. 8385
- 7831-1-41-21 vom 23. 5. 1991 I 1168
– Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 598
- 7831-1-41-25 vom 4. 3. 1994 I 433
– Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 604
- 7831-1-41-26 Bek. 17. 8. 1998 I 2175, 2669
– Neufassung Bek. 16. 5. 2001 I 937
- 7831-1-41-28 Verordnung über das Verbot der Vewertung bestimmter Abfälle tierischer Herkunft in bestimmten Futtermitteln (Futtermittel-Verwertungsverbotsverordnung) vom 20. 2. 2001 BAnz. S. 3105
– Tritt mit Ablauf des 30. 9. 2001 außer Kraft, sofern nicht mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes verordnet wird.
- 7831-1-41-29-1 *Verordnung zum Schutz vor einer Einschleppung der Maul- und Klauenseuche aus dem Vereinigten Königreich (VK-MKS-Schutzverordnung) vom 1. 3. 2001 BAnz. S. 3253*
– Tritt mit Ablauf des 9. 3. 2001 außer Kraft
- 7831-1-41-29-2 *Zweite Verordnung zum Schutz vor einer Einschleppung der Maul- und Klauenseuche aus dem Vereinigten Königreich (2. VK-MKS-Schutzverordnung) vom 8. 3. 2001 BAnz. S. 3637*
– Tritt mit Ablauf des 27. 3. 2001 außer Kraft
- 7831-1-41-29-3 *Dritte Verordnung zum Schutz vor einer Einschleppung der Maul- und Klauenseuche aus dem Vereinigten Königreich (3. VK-MKS-Schutzverordnung) vom 26. 3. 2001 BAnz. S. 5205*
– Tritt mit Ablauf des 4. 4. 2001 außer Kraft
– § 2 Abs. 2 Nr. 1 geändert 27. 3. 2001 durch V vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 5797
- 7831-1-41-30-1 *Verordnung zum Schutz vor einer Einschleppung der Maul- und Klauenseuche (MKS-Schutzverordnung) vom 3. 4. 2001 BAnz. S. 6077, 6277*
– § 1 tritt mit Ablauf des 19. 4., die §§ 2 und 3 treten mit Ablauf des 12. 4. 2001 außer Kraft
– Außer Kraft durch § 4 Abs. 2 V 7831-1-41-30-2 vom 10. 4. 2001 BAnz. S. 6814
- 7831-1-41-30-2 *Zweite Verordnung zum Schutz vor einer Einschleppung der Maul- und Klauenseuche (2. MKS-Schutzverordnung) vom 10. 4. 2001 BAnz. S. 6814*
– Tritt mit Ablauf des 18. 5. 2001 außer Kraft
– Außer Kraft durch § 4 Abs. 2 V 7831-1-41-30-3 vom 19. 4. 2001 BAnz. S. 7477
- 7831-1-41-30-3 *Dritte Verordnung zum Schutz vor einer Einschleppung der Maul- und Klauenseuche (3. MKS-Schutzverordnung) vom 19. 4. 2001 BAnz. S. 7477*
– Tritt mit Ablauf des 18. 5. 2001 außer Kraft
– § 2 geändert durch V vom 25. 4. 2001 BAnz. S. 7937
– § 2 neu gefasst durch V vom 3. 5. 2001 BAnz. S. 8386
– § 2 neu gefasst, in § 4 Abs. 1 Satz 2 Datum „18. Mai 2001“ ersetzt durch „5. Juni 2001“ durch V vom 15. 5. 2001 BAnz. S. 9637
– § 2 geändert durch V vom 25. 5. 2001 BAnz. S. 10 437

	– In § 4 Abs. 1 Satz 2 Datum „5. Juni 2001“ ersetzt durch „29. Juni 2001“ durch V vom 31. 5. 2001 BAnz. S. 11 037, 11 885 Erste bis Fünfte Verordnung zur Änderung der 3. MKS-Schutzverordnung vom 25. 4. 2001 BAnz. S. 7 937 vom 3. 5. 2001 BAnz. S. 8 386 vom 15. 5. 2001 BAnz. S. 9 637 vom 25. 5. 2001 BAnz. S. 10 437 vom 31. 5. 2001 BAnz. S. 11 037, 11 885				
7831-1-43-63	vom 11. 4. 1994 I 770 – Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 543		7832-1-26	vom 1. 12. 2000 I 1659 – In § 1 Abs. 1 wird die Angabe „30 Monaten“ durch „24 Monaten“ ersetzt durch V vom 25. 1. 2001 I 164 – § 4 geändert durch Artikel 1 V vom 23. 5. 2001 I 982 Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur fleischhygienerechtlichen Untersuchung von geschlachteten Rindern auf BSE vom 25. 1. 2001 I 164 Achte Verordnung zur Änderung von Vorschriften zum Schutz der Verbraucher vor der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie vom 23. 5. 2001 I 982	
7831-1-43-69	Verordnung zur Verhütung einer Einschleppung der Maul- und Klauenseuche bei der Einfuhr von frischem Fleisch von Rindern, Schafen und Ziegen aus Argentinien vom 16. 3. 2001 BAnz. S. 4349 – Tritt mit Ablauf des 15. 4. 2001 außer Kraft				
7831-1-48-1	vom 1. 10. 1973 I 1469 – Außer Kraft durch Artikel 6 G 7825-2/1 vom 19. 2. 2001 I 226		7832-6-1	vom 3. 12. 1997 I 2786, 2787 – § 16 geändert nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 2 durch Artikel 2 V [bei 7832-1-19] vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 5637	
7831-1-49-3	vom 23. 5. 1991 I 1178 – Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 547		7833-3	Bek. 25. 5. 1998 I 1105, 1818 – Geändert durch Artikel 2 G [bei 7824-6] vom 12. 4. 2001 I 530 – § 18 Abs. 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 19 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	
7831-1-49-4	vom 5. 5. 1999 I 844 – Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 549		7833-3-1	vom 6. 6. 1974 I 1265 – Außer Kraft 1. 9. 2001 durch § 14 Satz 2 V 7833-3-14 vom 2. 5. 2001 I 838	
7831-8	vom 2. 9. 1975 I 2313, 2610 – Geändert durch Artikel 3 G 7825-2/1 vom 19. 2. 2001 I 226 – Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 523 – § 19 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 18 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215		7833-3-14	Tierschutz-Hundeverordnung vom 2. 5. 2001 I 838	
7831-8-1	vom 1. 9. 1976 I 2587 – § 16b Nr. 1 neu gefasst durch V vom 21. 2. 2001 I 302 – § 16b neu gefasst nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 2 durch Artikel 4 V [bei 7832-1-19] vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 5637 – Neufassung Bek. 11. 4. 2001 I 551 Dritte Verordnung zur Änderung der Tierkörperbeseitigungsanstalten-Verordnung vom 21. 2. 2001 I 302		7840-3	Bek. 26. 9. 1990 I 2134 – § 9 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 20 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	
7831-10	Bek. 10. 8. 1999 I 1820 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 4 Satz 3 durch Artikel 3 V [bei 7831-1-41-19] vom 30. 4. 2001 BAnz. S. 8385		7842-1	vom 28. 2. 1951 I 135 idF Bek. 10. 12. 1952 I 811 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 21 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	
7831-11	vgl. jetzt 7825-2		7842-1-7	vom 9. 7. 1980 I 878, 1081 – §§ 4 und 8 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 22 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	
7831-11-1	vgl. jetzt 7825-2-1		7842-10	vom 25. 7. 1990 I 1471 – § 5 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 39 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 14 Abs. 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 23 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	
7832-1-19	vom 28. 12. 2000 I 2085 – Artikel 2 Abs. 2 aufgehoben durch Artikel 2 V [bei 7832-1-26] vom 23. 5. 2001 I 982 Bek. 21. 5. 1997 I 1138 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 2 durch Artikel 1 V vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 5637		7843-1	Bek. 21. 3. 1977 I 477 – § 23 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 24 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	

7847-11	Bek. 20. 9. 1995 I 1146 – §§ 36 und 38 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 25 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	7847-19-2	Verordnung zur Durchsetzung des Rindfleisch-etikettierungsrechts (Rindfleischetikettierungs-Strafverordnung – RiFLEtikettStrV) vom 5. 3. 2001 I 339
7847-11-4-22	Bek. 24. 4. 1987 I 1300 – § 5 neu gefasst nach Maßgabe des Artikels 2 durch V vom 12. 1. 2001 I 118 – § 5 geändert 5. 3. 2001 nach Maßgabe des Artikels 2 Satz 2 durch V vom 21. 3. 2001 I 435 Sechste und Siebte Verordnung zur Änderung der Wein-Vergünstigungsverordnung vom 12. 1. 2001 I 118 vom 21. 3. 2001 I 435	7847-20	vom 17. 12. 1999 I 2489 – Bezeichnung neu gefasst: „Gesetz über die Verarbeitung und Nutzung der zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft über die Kennzeichnung und Registrierung von Rindern erhobenen Daten (Rinderregistrierungsdurchführungsgesetz – RiRegDG)“ und geändert durch G vom 13. 6. 2001 I 1034 – Neufassung Bek. 14. 6. 2001 I 1035 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verarbeitung und Nutzung der zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates erhobenen Daten vom 13. 6. 2001 I 1034
7847-11-4-39	vom 14. 7. 1981 I 658 – Außer Kraft 1. 1. 2002 durch Artikel 26 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	7849-2	Bek. 23. 11. 1972 I 2201 – §§ 1 und 7 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 30 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-11-4-87	vom 9. 7. 1997 I 1687 – Geändert durch V vom 26. 6. 2001 I 1306 Vierte Verordnung zur Änderung der EG-Obst- und Gemüse-Durchführungsverordnung vom 26. 6. 2001 I 1306	7849-2-1	vom 9. 10. 1971 I 1637 – § 7 Abs. 1 Satz 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 31 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-11-4-94	vom 6. 1. 2000 I 15, 36 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 2 Satz 2 durch V vom 29. 3. 2001 I 473 Erste Verordnung zur Änderung der Flächenzahlungs-Verordnung vom 29. 3. 2001 I 473	7849-2-2	vom 12. 11. 1971 I 1815 – § 4 Abs. 1 Satz 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 32 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-11-4-96	vom 12. 9. 2000 BAnz. S. 18 473 – § 4 Satz 2 aufgehoben durch V vom 8. 3. 2001 BAnz. S. 3829 Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Saldierung von Grundflächen im Wirtschaftsjahr 2000/2001 im Rahmen der gemeinschaftsrechtlichen Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen vom 8. 3. 2001 BAnz. S. 3829	7849-2-2-3	vom 17. 6. 1996 I 857 – § 6 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 33 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-11-4-97	vom 9. 11. 2000 I 1502 – § 6 Satz 2 aufgehoben durch V vom 2. 5. 2001 I 837 Erste Verordnung zur Änderung der Rebflächenrodungsverordnung vom 2. 5. 2001 I 837	7849-2-4-1	Bek. 18. 1. 1995 I 46 – § 7 Abs. 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 34 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-11-5-7	vgl. <i>jetzt</i> 7847-11-5-11	7849-2-4-3	Bek. 22. 12. 1997 I 3368 – § 4 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 35 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-11-5-11	vom 12. 1. 2000 I 27 – § 7a eingefügt durch Artikel 7 G 7825-2/1 vom 19. 2. 2001 I 226	7849-2-7	Bek. 23. 12. 1994 I 3989 – § 4 Abs. 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 36 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-11-6-11	vom 11. 4. 1990 I 744 – § 1 Satz 1 geändert durch V vom 3. 4. 2001 I 478 Zweite Verordnung zur Änderung der Wein-Alkohol-Absatz-Verordnung vom 3. 4. 2001 I 478	790-1	Bek. 26. 7. 1979 I 1242 – § 25 Abs. 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 37 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-12	Bek. 26. 10. 1995 I 1490 – § 17 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 27 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	790-14	vom 25. 2. 1969 I 149 – § 3 geändert, § 5 aufgehoben 1. 1. 2002 durch Artikel 38 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-16	vom 12. 7. 1989 I 1435 – Außer Kraft 1. 1. 2002 durch Artikel 28 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	790-15	Bek. 26. 8. 1985 I 1756 – § 11 geändert, § 12 aufgehoben 1. 1. 2002 durch Artikel 39 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215
7847-19	vom 26. 2. 1998 I 380 – § 11 Abs. 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 29 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	790-18	vom 2. 5. 1975 I 1037 – § 43 geändert, § 47 aufgehoben 1. 1. 2002 durch Artikel 40 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215

792-1	Bek. 29. 9. 1976 I 2849 – § 14 Abs. 1 Satz 1 geändert durch Artikel 7 Abs. 39 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – §§ 17 und 39 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 41 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	8053-4	Bek. 23. 10. 1992 I 1793 – Neufassung Bek. 11. 5. 2001 I 866
793-11	vom 19. 12. 1975; 1976 II 1 – Artikel 6 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 42 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	8053-6	Bek. 25. 7. 1994 I 1703 – Anhänge 1 und 2 ersetzt durch V vom 8. 5. 2001 I 843 Verordnung zur Änderung der Anhänge 1 und 2 des Chemikaliengesetzes vom 8. 5. 2001 I 843
793-12	Bek. 6. 7. 1998 I 1791 – § 9 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 43 G 2125-5-7/2 vom 25. 6. 2001 I 1215	806-3	Bek. 12. 1. 1994 I 78 – Geändert durch Artikel 40 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
8 Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Kriegsopferversorgung, Eingliederung Behinderter		806-21	vom 14. 8. 1969 I 1112 – Geändert durch Artikel 41 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
800-4	vom 8. 1. 1963 I 2 – § 15 Abs. 1 geändert durch Artikel 34 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	806-21-1-27	vom 26. 10. 1973 I 1518 – Außer Kraft 1. 8. 2001 nach Maßgabe des § 9 durch § 10 Satz 2 V 806-21-1-283 vom 19. 4. 2001 I 642
800-9	Bek. 4. 3. 1994 I 406 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 25 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	806-21-1-127	vom 16. 12. 1985 I 2298 – Außer Kraft 1. 8. 2001 nach Maßgabe des § 10 durch § 11 Satz 2 V 806-21-1-284 vom 5. 4. 2001 I 494
800-16	Bek. 3. 4. 1996 I 598 – § 9 Nr. 5 geändert durch Artikel 35 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	806-21-1-147	vom 23. 11. 1987 I 2392 – Anlage zu § 9 Abschn. II geändert durch Artikel 8 Abs. 9 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
800-18	vom 9. 7. 1968 I 787 – § 5 Abs. 1 Nr. 1 geändert durch Artikel 36 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	806-21-1-183	vom 17. 12. 1993; 1994 I 2 – Außer Kraft 1. 8. 2001 nach Maßgabe des § 10 durch § 11 Satz 2 V 806-21-1-281 vom 27. 2. 2001 I 350
800-19-2	vom 27. 7. 1969 I 946 – § 10 Abs. 2 geändert durch Artikel 37 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	806-21-1-184	vom 17. 12. 1993; 1994 I 14 – Außer Kraft 1. 8. 2001 nach Maßgabe des § 10 durch § 11 Satz 2 V 806-21-1-282 vom 8. 3. 2001 I 419
800-19-3	vom 26. 5. 1994 I 1014, 1065 – § 9 Abs. 1 geändert durch Artikel 38 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	806-21-1-192	vom 7. 4. 1995 I 489 – § 12 Abs. 1 geändert durch V vom 6. 6. 2001 I 1038 Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Berufsausbildung zur Fachkraft für Brief- und Frachtverkehr und zum Postverkehrskaufmann/zur Postverkehrskauffrau vom 6. 6. 2001 I 1038
800-22-1	vom 19. 12. 1974 I 3610 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 9 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	806-21-1-263	vom 19. 6. 1998 I 1612 – Überschrift des § 8 geändert durch V vom 27. 3. 2001 I 471 Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Berufsausbildung zum Glasbläser/zur Glasbläserin vom 27. 3. 2001 I 471
801-7	Bek. 23. 12. 1988; 1989 I 1, 902 – § 5 Abs. 2 Nr. 5 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 40 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – §§ 32 und 52 geändert durch Artikel 39 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	806-21-1-281	Verordnung über die Berufsausbildung zum Chemikanten/zur Chemikantin vom 27. 2. 2001 I 350
804-1	vom 14. 3. 1951 I 191 – § 2 Abs. 5 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 41 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266	806-21-1-282	Verordnung über die Berufsausbildung zum Pharmakanten/zur Pharmakantin vom 8. 3. 2001 I 419
		806-21-1-283	Verordnung über die Berufsausbildung zum Berufskraftfahrer/zur Berufskraftfahrerin (Berufskraftfahrer-Ausbildungsverordnung – BKV) vom 19. 4. 2001 I 642
		806-21-1-284	Verordnung über die Berufsausbildung zum Verpackungsmittelmechaniker/zur Verpackungsmittelmechanikerin vom 5. 4. 2001 I 494

806-21-1-286	Verordnung über die Berufsausbildung für Kaufleute in den Dienstleistungsbereichen Gesundheitswesen, Sport- und Fitnesswirtschaft sowie Veranstaltungswirtschaft vom 25. 6. 2001 I 1262	810-36	vom 23. 7. 1996 I 1078 – § 15e eingefügt 1. 1. 2001 durch Artikel 8 G [bei 860-6] vom 21. 3. 2001 I 403 – § 7 Abs. 3 geändert durch Artikel 43 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
806-21-7-25	vom 6. 3. 1984 I 379 – § 6 Abs. 3 geändert durch Artikel 42 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	8232-46	vom 7. 12. 1987 I 2532 – Außer Kraft durch § 8 Abs. 2 V 860-6-18 vom 30. 3. 2001 I 475
806-21-7-54	vom 7. 7. 1998 I 1810 – § 8 geändert durch V vom 16. 3. 2001 I 434 Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfter Meister für Bäderbetriebe/Geprüfte Meisterin für Bäderbetriebe vom 16. 3. 2001 I 434	8232-48-22	vom 21. 12. 2000 I 1877; 2001 I 260
806-21-7-60	Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfter Kraftwerker/Kraftwerkerin vom 19. 2. 2001 I 328	8232-48-23	Verordnung zur Anpassung der Renten im Jahre 2001 (Rentenanpassungsverordnung 2001 – RAV 2001) vom 14. 6. 2001 I 1040
806-21-7-62	Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfter Floristmeister/Geprüfte Floristmeisterin vom 5. 4. 2001 I 534	824-2	vom 7. 8. 1953 I 848 idF Artikel 1 G 824-3 vom 25. 2. 1960 I 93, 94 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 7 G [bei 860-6] vom 21. 3. 2001 I 403
806-21-7-63	Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen vom 25. 6. 2001 I 1239	8251-10	vom 29. 7. 1994 I 1890, 1891 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 12 durch Artikel 6 G [bei 860-6] vom 21. 3. 2001 I 403 – Artikel 6 geändert durch Artikel 33 Abs. 3 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310 – Geändert durch Artikel 44 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – § 40 neu gefasst 1. 1. 2002 durch Artikel 14 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
806-21-8-4	vom 7. 9. 1976 I 2719 – Außer Kraft durch § 3 Satz 2 V 806-21-8-13 vom 9. 1. 2001 I 117		
806-21-8-13	Verordnung über die Eignung der Ausbildungsstätte für die Berufsausbildung zum Winzer/zur Winzerin vom 9. 1. 2001 I 117		
806-21-9-3	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165	8252-3	vom 20. 12. 1988 I 2477, 2557 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 43 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert durch Artikel 45 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
806-21-9-4	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165		
806-21-9-6	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165		
806-21-9-7	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165		
806-21-9-8	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165		
806-21-9-9	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165	8253-1	vom 27. 7. 1981 I 705 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 12 durch Artikel 1, durch Artikel 5 1. 1. 2002 G 8253-2 vom 13. 6. 2001 I 1027
806-21-9-10	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165		
806-21-9-11	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165		
806-21-9-12	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165		
806-21-13-1	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165	8253-1-1	vom 13. 8. 1982 I 1149 – Geändert durch Artikel 9, durch Artikel 10 1. 1. 2002 G 8253-2 vom 13. 6. 2001 I 1027
806-21-13-2	vom 20. 12. 2000 I 2020; 2001 I 165		
810-1-12	vom 31. 5. 1972 I 872 – § 1 Abs. 1 Satz 2 geändert durch Artikel 8 Abs. 10 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	8253-1-2	vom 23. 5. 1984 I 709 – Außer Kraft durch Artikel 8 G 8253-2 vom 13. 6. 2001 I 1027
810-1-18	vom 7. 8. 1974 I 1929 – § 6 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 42 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 6 Abs. 3 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 26 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	8253-2	Zweites Gesetz zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze – Artikel 11: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 13. 6. 2001 I 1027

826-30-2	vom 25. 7. 1991 I 1606, 1677 – §§ 6 und 16 geändert durch Artikel 46 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	830-2-18-17	Siebzehnte Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet vom 26. 6. 2001 I 1355
826-30-4	vom 25. 7. 1991 I 1606, 1702 – § 3 Abs. 2 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 27 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	833-1	Bek. 6. 5. 1976 I 1169 – Geändert durch Artikel 49 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
830-2	Bek. 22. 1. 1982 I 21 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 44 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Artikel 3 § 44 geändert durch Artikel 25 Nr. 1 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 12 durch Artikel 9 G [bei 860-6] vom 21. 3. 2001 I 403 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 68 durch Artikel 47 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Geändert durch V vom 26. 6. 2001 I 1344 Zehnte Verordnung zur Anpassung des Bemessungsbetrags und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Zehnte KOV-Anpassungsverordnung 2001 – 10. KOV-AnpV 2001) vom 26. 6. 2001 I 1344	85-3	Bek. 1. 12. 2000 I 1645 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 47 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266
830-2-3	Bek. 1. 7. 1975 I 1769 – § 4 neu gefasst 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 45 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 9 Abs. 7 und 8 geändert durch Artikel 8 Abs. 11 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	860-1	vom 11. 12. 1975 I 3015 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 48 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 35 Abs. 3 neu gefasst durch Artikel 8 § 1 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904 – Geändert durch Artikel 2 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 2 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
830-2-9-36	Sechsendreißigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Anrechnungs-Verordnung 2001/2002 – AnrV 2001/2002) vom 26. 6. 2001 I 1346	860-1/2	vom 21. 12. 2000 I 1983 – Artikel 11 Nr. 5 aufgehoben durch Artikel 8 § 4 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
830-2-14	vom 16. 1. 1979 I 80 – §§ 49 und 50 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 46 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert durch Artikel 48 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	860-3	vom 24. 3. 1997 I 594, 595 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 49 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Artikel 3 § 49 geändert durch Artikel 25 Nr. 2 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Geändert durch Artikel 9 1. 8. 2001, durch Artikel 10 1. 1. 2002 G 2212-5 vom 19. 3. 2001 I 390 – Artikel 9 und 10 geändert durch Artikel 20 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 12 durch Artikel 2 G [bei 860-6] vom 21. 3. 2001 I 403 – § 298 Abs. 1 Satz 2 geändert durch Artikel 8 § 1a G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904 – § 287 geändert 1. 1. 1998 durch Artikel 1a G 8253-2 vom 13. 6. 2001 I 1027 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 68 durch Artikel 3, durch Artikel 66 Nr. 7 und 8 1. 1. 2002 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – § 194 Abs. 3 Nr. 4a eingefügt 1. 1. 2002 durch Artikel 3 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310
830-2-16	vom 4. 10. 1989 I 1834 – § 32 geändert durch Artikel 8 Abs. 12 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149 – Geändert durch V vom 26. 6. 2001 I 1352 Zweite Verordnung zur Änderung der Orthopädieverordnung vom 26. 6. 2001 I 1352	860-3-1	vom 4. 11. 1997 I 2641 – Außer Kraft durch § 2 Satz 2 V 860-3-19 vom 7. 3. 2001 I 383
830-2-17	vom 30. 6. 1990 I 1321 – § 2 geändert 1. 11. 2000 durch V vom 5. 3. 2001 I 340 Zweite Verordnung zur Änderung der Auslandsversorgungsverordnung (2. AuslVersÄndV) vom 5. 3. 2001 I 340		
830-2-18-16	vom 21. 6. 2000 I 975 – Außer Kraft durch § 6 Satz 2 V 830-2-18-17 vom 26. 6. 2001 I 1355		

860-3-9-4	SGB III-Anpassungsverordnung 2001 vom 19. 6. 2001 I 1179	860-5-12	vom 3. 1. 1994 I 55 – § 4 Abs. 1 geändert durch Artikel 51 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
860-3-11	vom 17. 9. 1998 I 2893 – § 6 Abs. 2 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 50 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266	860-6	vom 18. 12. 1989 I 2261; 1990 I 1337 – §§ 24, 32 und 93 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 53 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Artikel 3 § 53 geändert durch Artikel 25 Nr. 3 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
860-3-12	vom 17. 9. 1998 I 2899 – §§ 2 und 3 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 51 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266		– Geändert nach Maßgabe des Artikels 12 durch Artikel 1 G vom 21. 3. 2001 I 403 – Artikel 1 geändert durch Artikel 7a G 8253-2 vom 13. 6. 2001 I 1027 – Artikel 1 geändert durch Artikel 52 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Artikel 1 geändert durch Artikel 33 Abs. 1 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310 – Geändert durch Artikel 2 G [bei 860-4-1] vom 3. 4. 2001 I 467, 859 – Geändert durch Artikel 3, durch Artikel 7 1. 1. 2002 G 8253-2 vom 13. 6. 2001 I 1027 – Geändert durch Artikel 6 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 1 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310 Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensergänzungsgesetz – AVmEG) vom 21. 3. 2001 I 403
860-3-19	Verordnung über die Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld vom 7. 3. 2001 I 383		
860-4-1	vom 23. 12. 1976 I 3845 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 3 G [bei 860-6] vom 21. 3. 2001 I 403 – Artikel 3 geändert durch Artikel 33 Abs. 2 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310 – Geändert durch Artikel 1 G vom 3. 4. 2001 I 467 – § 2 Abs. 2 Nr. 2 geändert durch Artikel 4 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 4 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310 Erstes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch vom 3. 4. 2001 I 467, 859		
860-4-1-1	Bek. 18. 12. 1984 I 1642, 1644 – § 2 geändert nach Maßgabe des Artikels 35 durch Artikel 28 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310		
860-4-1-12	vom 10. 2. 1998 I 343 – § 5 Abs. 9 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 30 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310	860-6-18	Verordnung über die Versicherungsnummer, die Kontoführung und den Versicherungsverlauf in der gesetzlichen Rentenversicherung (Versicherungsnummern-, Kontoführungs- und Versicherungsverlaufsverordnung – VKVV) vom 30. 3. 2001 I 475
860-4-1-14	vom 15. 7. 1999 I 1627 – § 7 Abs. 3 geändert durch Artikel 3 Abs. 2 G 9020-12/1 vom 16. 5. 2001 I 876	860-6-19	Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG) – Artikel 31: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 26. 6. 2001 I 1310
860-5	vom 20. 12. 1988 I 2477, 2482 – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 52 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 12 durch Artikel 4 G [bei 860-6] vom 21. 3. 2001 I 403 – Geändert durch Artikel 2, durch Artikel 6 1. 1. 2002 G 8253-2 vom 13. 6. 2001 I 1027 – Geändert durch Artikel 5 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	860-6-20	Gesetz über die Zertifizierung von Altersvorsorgeverträgen (Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz – AltZertG) vom 26. 6. 2001 I 1310, 1322 [= Artikel 7 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310]
860-5/5	vom 19. 12. 1998 I 3853 – Artikel 8 Abs. 1 Satz 1 geändert durch Artikel 50 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	860-6-21	Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) vom 26. 6. 2001 I 1310, 1335 [= Artikel 12 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310]
		860-6-22	Gesetz zur Ausgleichszahlung durch die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung an die Krankenkassen vom 26. 6. 2001 I 1310, 1341 [= Artikel 32 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310]

860-7	<p>vom 7. 8. 1996 I 1254</p> <ul style="list-style-type: none"> – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 54 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Artikel 3 § 54 geändert durch Artikel 25 Nr. 4 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – Geändert nach Maßgabe des Artikels 12 durch Artikel 5 G [bei 860-6] vom 21. 3. 2001 I 403 – Geändert durch Artikel 7 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – § 93 Abs. 6 Nr. 2 geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 5 G 860-6-19 vom 26. 6. 2001 I 1310 	860-11	<p>vom 26. 5. 1994 I 1014, 1015</p> <ul style="list-style-type: none"> – Geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 56 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – § 54 Abs. 1 und 2, § 55 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 sowie § 57 nach Maßgabe der Entscheidungsformel mit GG nicht vereinbar. Die o.g. Vorschriften können bis zu einer Neuregelung, längstens bis 31. 12. 2004, weiter angewendet werden. BVerfGE vom 3. 4. 2001 I 774, 859 – Die Regelungen über den Zugang zur gesetzlichen Pflegeversicherung sind nach Maßgabe der Entscheidungsformel mit GG unvereinbar. Verfassungsgemäße Regelung ist bis 31. 12. 2001 zu treffen. BVerfGE vom 3. 4. 2001 I 774 – § 20 geändert durch Artikel 4 G 8253-2 vom 13. 6. 2001 I 1027 – Geändert durch Artikel 10 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – § 82 Abs. 2 und 3 geändert durch Artikel 7 Abs. 40 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
860-7-1	<p>vom 14. 3. 1997 I 488</p> <ul style="list-style-type: none"> – § 4 Abs. 2 neu gefasst 1. 1. 2001 nach Maßgabe des Artikels 2 Satz 2 durch V vom 9. 4. 2001 I 574 <p>Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausdehnung des Unfallversicherungsschutzes und über die Beiträge bei der Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung vom 9. 4. 2001 I 574</p>	870-1	<p>vom 7. 8. 1974 I 1881</p> <ul style="list-style-type: none"> – § 15 Abs. 1 geändert 1. 1. 2001 durch Artikel 10 G [bei 860-6] vom 21. 3. 2001 I 403 – Außer Kraft durch Artikel 63 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
860-8	<p>Bek. 8. 12. 1998 I 3546</p> <ul style="list-style-type: none"> – §§ 91, 96 und 97a geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 55 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert durch Artikel 8 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – § 60 Satz 2 geändert 1. 7. 2002 durch Artikel 2 Abs. 31 G 310-4/4 vom 25. 6. 2001 I 1206 	870-1-1	<p>vom 28. 9. 1987 I 2251</p> <ul style="list-style-type: none"> – Geändert durch Artikel 53 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
860-9	<p>Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – vom 19. 6. 2001 I 1046, 1047 [= Artikel 1 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046] – Geändert durch Artikel 3 § 55a G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 iVm Artikel 25 Nr. 5 G 860-9/1, durch Artikel 66 Nr. 1 bis 6 1. 1. 2002 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 	871-1	<p>Bek. 26. 8. 1986 I 1421, 1550</p> <ul style="list-style-type: none"> – Außer Kraft durch Artikel 63 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
860-9/1	<p>Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – Artikel 64: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 19. 6. 2001 I 1046</p>	871-1-5	<p>Bek. 23. 4. 1990 I 811</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bezeichnung neu gefasst: „Wahlordnung Schwerbehindertenvertretungen (SchwbVVO)“ und geändert durch Artikel 54 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
860-9-1	<p>Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) vom 25. 6. 2001 I 1297</p>	871-1-7	<p>vom 13. 8. 1980 I 1365</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bezeichnung neu gefasst: „Werkstättenverordnung (WVO)“ und geändert durch Artikel 55 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
860-10-1/2	<p>vom 21. 12. 2000 I 1983</p> <ul style="list-style-type: none"> – Artikel 11 Nr. 5 aufgehoben durch Artikel 8 § 4 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904 vom 18. 8. 1980 I 1469, 2218 – Neufassung Bek. 18. 1. 2001 I 130 – Geändert durch Artikel 8 § 2, durch Artikel 8 § 3 1. 1. 2002 G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904 – §§ 19 und 94 geändert durch Artikel 9 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 	871-1-9	<p>Bek. 25. 7. 1991 I 1739</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bezeichnung neu gefasst: „Schwerbehindertenausweisverordnung“ und geändert durch Artikel 56 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
		871-1-14	<p>vom 28. 3. 1988 I 484</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bezeichnung neu gefasst: „Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung – SchwbAV“ und geändert durch Artikel 57, durch Artikel 66 Nr. 9 1. 1. 2002 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046

871-1-15	vom 30. 9. 1994 I 2962 – §§ 1 und 2 geändert durch Artikel 58 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046	900-12	vom 14. 11. 1997 I 2710 – § 5 Abs. 1 geändert durch Artikel 7 Abs. 41 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149
		900-13	vom 17. 12. 1997 I 3108 – § 5 Abs. 1 geändert durch Artikel 61 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046
		900-14	vom 22. 12. 1997 I 3294 – § 41 Abs. 1 Satz 4 geändert durch Artikel 8b G [bei 204-3] vom 18. 5. 2001 I 904
		9020-1-5	vom 18. 5. 1995 I 722 – Geändert durch Artikel 4 G [bei 190-4] vom 26. 6. 2001 I 1254
		9020-1-10	vom 20. 8. 1997 I 2117 – § 1 neu gefasst durch § 19 Abs. 4, außer Kraft durch § 20 Abs. 3 G 9022-11 vom 31. 1. 2001 I 170
		9020-8	vom 22. 7. 1997 I 1870, 1872 – Außer Kraft durch Artikel 5 G 9020-12/1 vom 16. 5. 2001 I 876
		9020-12	Gesetz über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen (Signaturgesetz – SigG) vom 16. 5. 2001 I 876 [= Artikel 1 G 9020-12/1 vom 16. 5. 2001 I 876] – §§ 12 und 21 geändert 1. 1. 2002 durch Artikel 2 G 9020-12/1 vom 16. 5. 2001 I 876
		9020-12/1	Gesetz über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und zur Änderung weiterer Vorschriften – Artikel 4: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 16. 5. 2001 I 876
		9022-2	vom 23. 6. 1997 I 1494 – Geändert durch § 19 Abs. 3 G 9022-11 vom 31. 1. 2001 I 170
		9022-10	vom 18. 9. 1998 I 2882 – Geändert durch § 19 Abs. 2 G 9022-11 vom 31. 1. 2001 I 170
		9022-11	Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikations-einrichtungen (FTEG) vom 31. 1. 2001 I 170
		9231-1	vom 3. 5. 1909 S. 437 idF Bek. 19. 12. 1952 I 837 – Geändert durch Artikel 1 G 9231-1/1 vom 19. 3. 2001 I 386
		9231-1/1	Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften (StVRÄndG) – Artikel 7: Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang – vom 19. 3. 2001 I 386
		9231-1-6	vom 4. 7. 1989 I 1305, 1447 – Anlage zu § 1 Abs. 1 geändert durch Artikel 6 G 9231-1/1 vom 19. 3. 2001 I 386
900-10-1	vom 14. 9. 1994 I 2325 – § 24 geändert durch Artikel 59 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046		
900-10-4	vom 14. 9. 1994 I 2325, 2353 – § 37 Abs. 2 geändert durch Artikel 60 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046		
900-10-4-6	vom 7. 4. 1995 I 739 – Außer Kraft 1. 5. 2001 durch Abschn. II Satz 2 AnO 900-10-4-19 vom 24. 4. 2001 I 890		
900-10-4-9	vom 23. 6. 1995 I 1043 – Außer Kraft, soweit sie den Bereich der Deutschen Postbank AG betrifft, durch Abschn. IV Satz 2 AnO 900-10-4-18 vom 19. 4. 2001 I 775		
900-10-4-18	Anordnung zur Übertragung dienstrechtlicher Zuständigkeiten für den Bereich der Deutschen Postbank AG vom 19. 4. 2001 I 775		
900-10-4-19	Anordnung zur Übertragung von Befugnissen auf dem Gebiet des Beamtenrechts im Bereich der Deutschen Postbank AG vom 24. 4. 2001 I 890		
900-11	vom 25. 7. 1996 I 1120 – §§ 59 bis 64 aufgehoben durch § 19 Abs. 1 G 9022-11 vom 31. 1. 2001 I 170 – § 92 Abs. 2 Satz 1 geändert durch Artikel 3 Abs. 5 G [bei 190-4] vom 26. 6. 2001 I 1254		
900-11-7	vom 10. 12. 1997 I 2905 – Außer Kraft durch § 20 Abs. 3 G 9022-11 vom 31. 1. 2001 I 170		
900-11-9	vom 19. 12. 1997 I 3315 – Außer Kraft durch § 20 Abs. 2 G 9022-11 vom 31. 1. 2001 I 170		
900-11-13	Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung (FreqBZPV) vom 26. 4. 2001 I 778		
900-11-14	Verordnung über das Verfahren zur Aufstellung des Frequenznutzungsplanes (Frequenznutzungsplan-aufstellungsverordnung – FreqNPAV) vom 26. 4. 2001 I 827		
900-11-15	Frequenzzuteilungsverordnung (FreqZutV) vom 26. 4. 2001 I 829		

9 Post- und Fernmeldewesen, Verkehrswesen, Bundeswasserstraßen

9231-1-11	vom 18. 8. 1998 I 2214 – Anlage 13 zu § 40 geändert durch Artikel 5 G 9231-1/1 vom 19. 3. 2001 I 386	9501-52	vom 3. 9. 1997 II 1670 – Artikel 2 und 4 geändert durch Artikel 7, Anlage geändert durch Artikel 8 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335
9231-7	vom 25. 8. 1969 I 1336 – § 15 Abs. 1 Nr. 1 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 57 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266 – Geändert durch Artikel 2 G 9231-1/1 vom 19. 3. 2001 I 386	9501-53	vom 18. 4. 2000 I 572 – Geändert durch Artikel 13 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335
9231-10	vom 22. 12. 1971 I 2086 – § 7 Abs. 2 geändert durch Artikel 3 G 9231-1/1 vom 19. 3. 2001 I 386	9501-54	vom 8. 10. 1998 I 3148, 3317; 1999 I 159 – Artikel 1 und 4 geändert durch Artikel 3, Anlage geändert durch Artikel 4 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335
9233-1-3-9	vom 15. 10. 1998 I 3171 – Geändert durch V vom 23. 3. 2001 I 469 Erste Verordnung zur Änderung der 9. Ausnahmeverordnung zur StVO (1. ÄndV zur 9. AusnahmeVO zur StVO) vom 23. 3. 2001 I 469	9502-16-3	vom 19. 12. 1994 II 3822 – Artikel 3, 4 und 7 geändert durch Artikel 9 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335
9240-1	Bek. 8. 8. 1990 I 1690 – § 54 Abs. 1 geändert durch G vom 16. 1. 2001 I 122 – §§ 56 und 61 geändert durch Artikel 4 G 9231-1/1 vom 19. 3. 2001 I 386 Gesetz zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 16. 1. 2001 I 122	9502-19	vom 17. 3. 1988 I 238 – Geändert durch Artikel 2 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335
930-9-8	Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes (BEGebV) vom 5. 4. 2001 I 562	9503-21	vom 22. 3. 1989 I 536, 1102 – Geändert durch Artikel 10 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335
931-4	vom 27. 12. 1993 I 2378; 1994 I 2439 – § 9 Abs. 2 Satz 3 geändert durch Artikel 62 G 860-9/1 vom 19. 6. 2001 I 1046 – § 22 Abs. 1 Satz 3 geändert durch Artikel 7 Abs. 42 G 402-12-10 vom 19. 6. 2001 I 1149	9503-22	vom 26. 6. 2000 I 1018 – Artikel 1 Abs. 1 geändert durch Artikel 12 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335
9500-1-2	vom 15. 12. 1997 I 3066 – Geändert durch Artikel 11 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335	9503-23	vom 26. 6. 2000 I 1018 – Artikel 1 Abs. 1 geändert durch Artikel 12 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335
9500-3-7	vom 7. 9. 1963 II 1209 – Außer Kraft durch Artikel 14 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335	9504-8	vom 22. 2. 1980 I 169 – §§ 2 und 3 geändert durch Artikel 5 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335
9500-9	vom 9. 2. 1979 BAnz. 42 – Geändert durch XXVIII. Nachtrag vom 15. 1. 2001 BAnz. S. 1193	9512-19	vom 9. 9. 1998 I 2860 – Anlage geändert nach Maßgabe des Artikels 10 durch Artikel 8 G 4101-10 vom 16. 5. 2001 I 898
9501-46	vom 19. 12. 1994 II 3816 – Artikel 2 und 4 geändert durch Artikel 6 V [bei 9501-47] vom 28. 2. 2001 I 335	9515-10-1-17	vom 15. 6. 1994 BAnz. S. 7129 – Geändert durch V vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2269 Sechste Verordnung zur Änderung der Lotsverordnung Weser/Jade vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2269
9501-47	vom 21. 2. 1995 I 226 – § 7 Abs. 2 Nr. 1 geändert durch Artikel 1 V vom 28. 2. 2001 I 335 Vierte Verordnung zur Änderung schiffahrtspolizeilicher Vorschriften vom 28. 2. 2001 I 335	9515-10-1-18	vom 15. 6. 1994 BAnz. S. 7131 – Anlage 2 geändert durch V vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2269 Fünfte Verordnung zur Änderung der Lotsverordnung Ems vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2269
		9515-10-1-19	vom 15. 6. 1994 BAnz. S. 7021 – Geändert durch V vom 18. 4. 2001 BAnz. S. 8289 Fünfte Verordnung zur Änderung der Lotsverordnung Nord-Ostsee-Kanal I und Nord-Ostsee-Kanal II/Kieler Förde/Trave/Flensburger Förde vom 18. 4. 2001 BAnz. S. 8289

9515-10-1-20	vom 15. 6. 1994 BAnz. S. 7061 – Geändert durch V vom 23. 1. 2001 BAnz. S. 1418, 3831 Fünfte Verordnung zur Änderung der Lotsverordnung Elbe vom 23. 1. 2001 BAnz. S. 1418, 3831			13. bis 15. ÄndV der 126. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 609 vom 20. 3. 2001 BAnz. S. 5 638 vom 16. 5. 2001 BAnz. S. 11 655
9515-13	vom 16. 3. 1979 BAnz. 57 – Geändert durch V vom 8. 3. 2001 BAnz. S. 3917 Verordnung zur Änderung der Lotstarifordnung und der Tarif- ordnung für das Seelotsrevier Wismar/Rostock/Stralsund vom 8. 3. 2001 BAnz. S. 3917	96-1-2-127	vom 28. 7. 1993 BAnz. S. 7661 – Geändert durch V vom 13. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 610 V vom 20. 3. 2001 BAnz. S. 6 082 V vom 16. 5. 2001 BAnz. S. 11 656	12. bis 14. ÄndV der 127. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 610 vom 20. 3. 2001 BAnz. S. 6 082 vom 16. 5. 2001 BAnz. S. 11 656
9519-5	vom 29. 3. 1977 BAnz. 63 – § 1 geändert, Anlage zu § 1 Abs. 1 neu gefasst durch V vom 27. 2. 2001 BAnz. S. 3105 Zwanzigste Verordnung zur Änderung der Kanalsteuertarif- ordnung vom 27. 2. 2001 BAnz. S. 3105	96-1-2-132	vom 18. 10. 1993 BAnz. S. 9837 – Geändert durch V vom 22. 1. 2001 BAnz. S. 1805 V vom 20. 2. 2001 BAnz. S. 3829	13. und 14. ÄndV der 132. LuftverkehrsODurchführungsV vom 22. 1. 2001 BAnz. S. 1805 vom 20. 2. 2001 BAnz. S. 3829
96-1	Bek. 27. 3. 1999 I 550 – § 29d Abs. 3 Satz 6 geändert 1. 8. 2001 durch Artikel 3 § 58 G 400-15/1 vom 16. 2. 2001 I 266	96-1-2-133	vom 18. 10. 1993 BAnz. S. 9838 – Geändert durch V vom 20. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 521	8. ÄndV der 133. LuftverkehrsODurchführungsV vom 20. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 521
96-1-2-93	vom 13. 12. 1984; 1985 BAnz. S. 317 – Außer Kraft durch V vom 23. 2. 2001 BAnz. S. 3831 Verordnung zur Aufhebung der Dreiundneunzigsten Durch- führungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Sichtflugregeln zum und vom Verkehrslandeplatz Augsburg) vom 23. 2. 2001 BAnz. S. 3831	96-1-2-134	vom 20. 10. 1993 BAnz. S. 9966 – Geändert durch V vom 20. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 521	10. ÄndV der 134. LuftverkehrsODurchführungsV vom 20. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 521
96-1-2-111	vom 27. 11. 1991 BAnz. S. 7946 – Geändert durch V vom 9. 3. 2001 BAnz. S. 5095 22. ÄndV der 111. LuftverkehrsODurchführungsV vom 9. 3. 2001 BAnz. S. 5095	96-1-2-136	vom 24. 11. 1993 BAnz. S. 10 553 – Geändert durch V vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3541 V vom 17. 4. 2001 BAnz. S. 8905	13. und 14. ÄndV der 136. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3541 vom 17. 4. 2001 BAnz. S. 8905
96-1-2-112	vom 2. 12. 1991 BAnz. S. 7947 – Geändert durch V vom 9. 3. 2001 BAnz. S. 5341 19. ÄndV der 112. LuftverkehrsODurchführungsV vom 9. 3. 2001 BAnz. S. 5341	96-1-2-138	vom 25. 11. 1993; 1994 BAnz. S. 1033 – Geändert durch V vom 2. 5. 2001 BAnz. S. 9639	14. ÄndV der 138. LuftverkehrsODurchführungsV vom 2. 5. 2001 BAnz. S. 9639
96-1-2-121	vom 24. 6. 1993 BAnz. S. 6501 – Geändert durch V vom 7. 3. 2001 BAnz. S. 4766 14. ÄndV der 121. LuftverkehrsODurchführungsV vom 7. 3. 2001 BAnz. S. 4766	96-1-2-145	vom 25. 4. 1994 BAnz. S. 5121 – Geändert durch V vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3542	7. ÄndV der 145. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3542
96-1-2-122	vom 24. 6. 1993 BAnz. S. 6503 – Geändert durch V vom 20. 3. 2001 BAnz. S. 6 413 V vom 2. 5. 2001 BAnz. S. 9 638 V vom 17. 5. 2001 BAnz. S. 11 657 22. bis 24. ÄndV der 122. LuftverkehrsODurchführungsV vom 20. 3. 2001 BAnz. S. 6 413 vom 2. 5. 2001 BAnz. S. 9 638 vom 17. 5. 2001 BAnz. S. 11 657	96-1-2-147	vom 11. 7. 1994 BAnz. S. 7665 – Geändert durch V vom 7. 3. 2001 BAnz. S. 5093 V vom 2. 5. 2001 BAnz. S. 9640	20. und 21. ÄndV der 147. LuftverkehrsODurchführungsV vom 7. 3. 2001 BAnz. S. 5093 vom 2. 5. 2001 BAnz. S. 9640
96-1-2-125	vom 4. 8. 1993 BAnz. S. 7666 – Geändert durch V vom 13. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 609 V vom 6. 3. 2001 BAnz. S. 4 950 V vom 16. 5. 2001 BAnz. S. 11 653 11. bis 13. ÄndV der 125. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 609 vom 6. 3. 2001 BAnz. S. 4 950 vom 16. 5. 2001 BAnz. S. 11 653	96-1-2-155	vom 6. 9. 1995 BAnz. S. 10 722 – Geändert durch V vom 27. 2. 2001 BAnz. S. 4037	4. ÄndV der 155. LuftverkehrsODurchführungsV vom 27. 2. 2001 BAnz. S. 4037
96-1-2-126	vom 30. 7. 1993 BAnz. S. 7664 – Geändert durch V vom 13. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 609 V vom 20. 3. 2001 BAnz. S. 5 638 V vom 16. 5. 2001 BAnz. S. 11 655	96-1-2-159	vom 15. 12. 1995; 1996 BAnz. S. 61 – Geändert durch V vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3542	10. ÄndV der 159. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3542
		96-1-2-161	vom 29. 12. 1995; 1996 BAnz. S. 494 – Geändert durch V vom 21. 2. 2001 BAnz. S. 3830	

	4. ÄndV der 161. LuftverkehrsODurchführungsV vom 21. 2. 2001 BAnz. S. 3830	96-1-2-183	vom 22. 8. 1997 BAnz. S. 11 430 – Geändert durch V vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3542
96-1-2-162	vom 29. 12. 1995; 1996 BAnz. S. 494 – Geändert durch V vom 5. 3. 2001 BAnz. S. 4949		8. ÄndV der 183. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3542
	6. ÄndV der 162. LuftverkehrsODurchführungsV vom 5. 3. 2001 BAnz. S. 4949	96-1-2-189	vom 24. 8. 1998 BAnz. S. 13 570 – Geändert durch V vom 15. 2. 2001 BAnz. S. 3733
96-1-2-165	vom 19. 2. 1996 BAnz. S. 2513 – Geändert durch V vom 7. 3. 2001 BAnz. S. 4 767 V vom 17. 5. 2001 BAnz. S. 11 659		3. ÄndV der 189. LuftverkehrsODurchführungsV vom 15. 2. 2001 BAnz. S. 3733
	10. und 11. ÄndV der 165. LuftverkehrsODurchführungsV vom 7. 3. 2001 BAnz. S. 4 767 vom 17. 5. 2001 BAnz. S. 11 659	96-1-2-192	vom 6. 5. 1999 BAnz. S. 8193 – Geändert durch V vom 21. 2. 2001 BAnz. S. 3831
96-1-2-168	vom 20. 5. 1996 BAnz. S. 6475 – Geändert durch V vom 13. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 610 V vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2717		2. ÄndV der 192. LuftverkehrsODurchführungsV vom 21. 2. 2001 BAnz. S. 3831
	11. und 12. ÄndV der 168. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 610 vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2717	96-1-2-194	vom 5. 7. 1999 BAnz. S. 11 911 – Geändert durch V vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3543
96-1-2-169	vom 30. 5. 1996 BAnz. S. 6854 – Geändert durch V vom 25. 1. 2001 BAnz. S. 2 909 V vom 16. 5. 2001 BAnz. S. 11 657		4. ÄndV der 194. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 2. 2001 BAnz. S. 3543
	9. und 10. ÄndV der 169. LuftverkehrsODurchführungsV vom 25. 1. 2001 BAnz. S. 2 909 vom 16. 5. 2001 BAnz. S. 11 657	96-1-2-195	vom 9. 8. 1999 BAnz. S. 14 793 – Geändert durch V vom 18. 1. 2001 BAnz. S. 1805
96-1-2-170	vom 4. 7. 1996 BAnz. S. 8405 – Geändert durch V vom 20. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 521		3. ÄndV der 195. LuftverkehrsODurchführungsV vom 18. 1. 2001 BAnz. S. 1805
	9. ÄndV der 170. LuftverkehrsODurchführungsV vom 20. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 521	96-1-2-196	vom 10. 9. 1999 BAnz. S. 16 650 – Geändert durch V vom 20. 2. 2001 BAnz. S. 3830
96-1-2-171	vom 24. 9. 1996 BAnz. S. 11 469 – Geändert durch V vom 22. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 522 V vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2637 V vom 3. 4. 2001 BAnz. S. 8809 V vom 9. 5. 2001 BAnz. S. 9641		1. ÄndV der 196. LuftverkehrsODurchführungsV vom 20. 2. 2001 BAnz. S. 3830
	34. bis 37. ÄndV der 171. LuftverkehrsODurchführungsV vom 22. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 522 vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2637 vom 3. 4. 2001 BAnz. S. 8809 vom 9. 5. 2001 BAnz. S. 9641	96-1-2-198	vom 6. 3. 2000 BAnz. S. 4066 – Geändert durch V vom 20. 3. 2001 BAnz. S. 6415
96-1-2-172	vom 30. 9. 1996 BAnz. S. 11 573 – Geändert durch V vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2638 V vom 30. 3. 2001 BAnz. S. 6814 V vom 4. 5. 2001 BAnz. S. 9641		3. ÄndV der 198. LuftverkehrsODurchführungsV vom 20. 3. 2001 BAnz. S. 6415
	33. bis 35. ÄndV der 172. LuftverkehrsODurchführungsV vom 7. 2. 2001 BAnz. S. 2638 vom 30. 3. 2001 BAnz. S. 6814 vom 4. 5. 2001 BAnz. S. 9641	96-1-2-200	vom 12. 5. 2000 BAnz. S. 10 318 – Geändert durch V vom 23. 1. 2001 BAnz. S. 2909 V vom 15. 2. 2001 BAnz. S. 3733
96-1-2-173	vom 30. 10. 1996 BAnz. S. 12 159 – Geändert durch V vom 20. 2. 2001 BAnz. S. 3829		2. und 3. ÄndV der 200. LuftverkehrsODurchführungsV vom 23. 1. 2001 BAnz. S. 2909 vom 15. 2. 2001 BAnz. S. 3733
	3. ÄndV der 173. LuftverkehrsODurchführungsV vom 20. 2. 2001 BAnz. S. 3829	96-1-2-202	Zweihundertzweite Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Verkehrslandeplatz Donaueschingen-Villingen) vom 15. 12. 2000; 2001 BAnz. S. 353 – Geändert durch V vom 4. 4. 2001 BAnz. S. 7285
96-1-2-177	vom 28. 2. 1997 BAnz. S. 4026, 4681 – Geändert durch V vom 13. 3. 2001 BAnz. S. 6 077 V vom 2. 5. 2001 BAnz. S. 9 640 V vom 18. 5. 2001 BAnz. S. 11 660		1. ÄndV der 202. LuftverkehrsODurchführungsV vom 4. 4. 2001 BAnz. S. 7285
	13. bis 15. ÄndV der 177. LuftverkehrsODurchführungsV vom 13. 3. 2001 BAnz. S. 6 077 vom 2. 5. 2001 BAnz. S. 9 640 vom 18. 5. 2001 BAnz. S. 11 660	96-1-2-203	Zweihundertdritte Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Sichtflugregeln zum und vom Verkehrslandeplatz Augsburg) vom 23. 2. 2001 BAnz. S. 3831
		96-1-8	Bek. 27. 3. 1999 I 610 – Geändert durch Artikel 1 V 96-1-44 vom 13. 6. 2001 I 1221
		96-1-14	vom 4. 3. 1970 I 262 – Geändert durch Artikel 3 V 96-1-44 vom 13. 6. 2001 I 1221

- 96-1-14-3 vom 25. 7. 1977 BAnz. 138
 – § 4b eingefügt, § 5 Nr. 2 geändert
 durch V vom 7. 5. 2001 BAnz. S. 10 437
 Neunte Verordnung zur Änderung der Dritten Durchführungsverordnung zur Betriebsordnung für Luftfahrtgerät (Ausrüstung und Betrieb des Luftfahrtgeräts außerhalb von Luftfahrtunternehmen)
 vom 7. 5. 2001 BAnz. S. 10 437
- 96-1-14-5 vom 5. 10. 1998 BAnz. S. 14 993, 16 350
 – § 7a eingefügt
 durch V vom 7. 5. 2001 BAnz. S. 9157
 Zweite Verordnung zur Änderung der Fünften Durchführungsverordnung zur Betriebsordnung für Luftfahrtgerät (Anwendungsbestimmungen zu den JAR-OPS 1 – Gewerbsmäßige Beförderung von Personen und Sachen in Flugzeugen)
 vom 7. 5. 2001 BAnz. S. 9157
- 96-1-40 vom 3. 8. 1998 I 2010
 – Geändert
 durch Artikel 2 V 96-1-44
 vom 13. 6. 2001 I 1221
- 96-1-40-2 vom 3. 2. 2000 BAnz. S. 4897
 – § 1 geändert
 durch V vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 6814
 – § 1 geändert
 durch V vom 30. 5. 2001 BAnz. S. 12 041
 Erste und Zweite Verordnung zur Änderung der Zweiten Durchführungsverordnung zur Verordnung zur Prüfung von Luftfahrtgerät (Lufttüchtigkeitsforderungen für Luftfahrtgerät – 2. DV LuftGerPV)
 vom 29. 3. 2001 BAnz. S. 6 814
 vom 30. 5. 2001 BAnz. S. 12 041
- 96-1-44 Verordnung zur Änderung luftrechtlicher Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter und die Zulassung von Luftsportgeräten und Flugmodellen
 vom 13. 6. 2001 I 1221

Anhang

Fortgeltendes Recht der ehemaligen DDR

- III-19 Bek. 21. 12. 1998 I 4026
 – § 20 Abs. 7 Satz 4 geändert 1. 8. 2001
 durch Artikel 3 § 59 G 400-15/1
 vom 16. 2. 2001 I 266
 – Artikel 3 § 59 aufgehoben
 durch Artikel 10 Nr. 7 G 402-12-10
 vom 19. 6. 2001 I 1149
 – §§ 6a und 20 geändert
 durch Artikel 7 Abs. 43 G 402-12-10
 vom 19. 6. 2001 I 1149
- III-19-4 Bek. 4. 8. 1997 I 1996
 – Geändert
 durch Artikel 7 Abs. 44 G 402-12-10
 vom 19. 6. 2001 I 1149
- III-19-6-3 vom 27. 9. 1994 I 2624, 2628
 – § 3 Abs. 5 Satz 9 geändert 1. 8. 2001
 durch Artikel 3 § 60 G 400-15/1
 vom 16. 2. 2001 I 266
- III-19-6-3-1 vom 20. 12. 1995 I 2072
 – § 1 und Anlage 4 geändert 1. 8. 2001
 durch Artikel 3 § 61 G 400-15/1
 vom 16. 2. 2001 I 266
- VI-1 Bek. 3. 7. 1991 I 1418
 – Geändert
 durch Artikel 7 Abs. 45 G 402-12-10
 vom 19. 6. 2001 I 1149

Stichwortverzeichnis

Abfall

- AblagerungsV 2129-27-2-13
- biologische Behandlung 2129-8-30

Ackerbohne 7822-6-27

AltersvermögensergänzungsG [860-6]

AltersvermögensG 860-6-19

Altersvorsorge

- Erwerbsminderung 806-6-21
- Grundsicherung im Alter 860-6-21
- -verträge-ZertifizierungsG 860-6-20

Anerkennungs- und VollstreckungsausführungsG 319-101

Anlagen, biologische Behandlung von Abfällen 2129-8-30

Arbeits- und Berufsförderung, Fachkraft 806-21-7-63

Artikel 10-G 190-4

Arzneimittel-TSE-V 2121-51-35

AusbildungsförderungsreformG 2212-5

Ausgleichszahlungen an Krankenkassen 860-6-22

Auswärtiger Dienst, Laufbahn 2030-7-8

Bauträgerverträge 402-28-2

Behinderte

- Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten 806-21-7-63
- Rehabilitation und Teilhabe 860-9, -9/1
- Werkstätten-MitwirkungsV 860-9-1

Bergungsrecht, See- und Binnenschifffahrt 4101-10

Berufsausbildung

- Berufskraftfahrer(in) 806-21-1-283
- Chemikant/Chemikantin 806-21-1-281
- Kaufleute in den Dienstleistungsbereichen Gesundheitswesen, Sport- und Fitnesswirtschaft sowie Veranstaltungswirtschaft 806-21-1-286
- Pharmakant/Pharmakantin 806-21-1-282
- Verpackungsmittelmechaniker(in) 806-21-1-284

Berufskraftfahrer/Berufskraftfahrerin 806-21-1-283

BiomasseV 754-15-1

Blaue Lupine 7822-6-27

Briefgeheimnis 190-4

BSE-MaßnahmenG 7825-2/1

Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungG 2000 2032-12-24

- [2000] Bek. nach Art. 4 Abs. 3 2032-12-24-1

BundespfllegesatzV, ÄndG 2126-9/1

BundessozialhilfeG, Durchf. § 72 2170-1-22

Bundesversorgungsgesetz, anzurechnendes Einkommen 830-2-18-17, -2-9-36

Chemikant/Chemikantin 806-21-1-281

Dienststz

- Zentralstelle für Arbeitsvermittlung 105-24-10

DRG-SystemzuschlagsG 2126-9/1

Eisenbahnverkehrsverwaltung, Gebühren 930-9-8

Euro-EinführungsG

- 5. (Land- und Forstwirtschaft) 2125-5-7/2

FeinwerkmechanikermeisterV 7110-3-142

Fernmeldegeheimnis 190-4

FinanzausgleichsG, Durchführung 2001 603-9-32-1

Floristmeister/Floristmeisterin 806-21-7-62

Flugmodelle 96-1-44

Freihafen Bremerhaven 613-7-6

FrequenzbereichszuweisungsplanV 900-11-13

FrequenznutzungsplanaufstellungsV 900-11-14

FrequenzzuteilungsV 900-11-15

FriseurmeisterV 7110-3-144

Funkanlagen 9022-11

Futtererbse 7822-6-27

Futtermittel-VerwertungsverbotsV 7831-1-41-28

GerichtsvollzieherkostenG 362-2

Gesundheitswesen, Kaufleute 806-21-1-286

Gewerbsteuerumlage 605-1-10-12

Gleichgeschlechtliche Gemeinschaften 400-15/1

Hundeverbringungs- und -einfuhrbeschränkungsG 7824-6

Kartoffeln, Bekämpfung von Schadorganismen [7823-5-12]

Kostenrecht, Umstellung auf Euro 360-6

KostenV, Amtshandlungen nach dem Umweltschutzprotokoll-AusführungsG 2129-28-2

Kraftwerker/Kraftwerkerin 806-21-7-60

Krankenhausfinanzierung, ÄndG 2126-9/1

Künstlersozialversicherung, ÄndG 8253-2

Kurzarbeitergeld 860-3-19

LandmaschinenmechanikermeisterV 7110-3-143

Laufbahn, höherer Auswärtiger Dienst 2030-7-8

LebenspartnerschaftsG 400-15

Lein 7822-6-27

Luftsportgeräte 96-1-44

Lupinen 7822-6-28

Mahnverfahren, Vordrucke 320-1-1/1

Maul- und Klauenseuche

- Argentinien 7831-1-43-69
- SchutzV 7831-1-41-30-1 bis -3
- Vereinigtes Königreich 7831-1-41-29-1 bis -3

MietrechtsreformG 402-12-10

MKS-Schutzverordnung 7831-1-41-30-1 bis -3

NamensaktienG [4121-1]

Organisationserlass des Bundeskanzlers 1103-4-18

Pharmakant/Pharmakantin 806-21-1-282

Postbank

- Erlass Widerspruchsbescheide **2030-14-120**
- Übertragung dienstrechtl. Zuständigkeiten **900-10-4-18**
- Übertragung von Befugnissen **900-10-4-19**

Postgeheimnis 190-4**ProzesskostenhilfeBek. 2001 310-19-2-8****RentenanpassungsV 2001 8232-48-23****RinderregistrierungsdurchführungsG 7847-20****Rindfleisch, Abgabeverbot an Verbraucher 2125-40-80****Rindfleischetikettierungs-StrafV 7847-19-2****Saatgut, Inverkehrbringen 7822-6-27****Schwerbehindertenvertretungen, WahlO 871-1-5****SeerechtsändG, Drittes 4101-10****SGB III-AnpassungsV 860-3-9-4****Siedlungsabfälle 2129-27-2-13****SignaturG 9020-12****Sojabohne 7822-6-27****Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen 860-9, -9/1****Sport- und Fitnesswirtschaft, Kaufleute 806-21-1-286****Steuerberatergebühren, Umstellung auf Euro 360-6****Straßenverkehr, ÄndG 9231-1/1****Stromerzeugung aus Biomasse 754-15-1****Teigwaren 2125-4-8/1****Telekommunikationsendeinrichtungen 9022-11****Tierschutz-HundeV 7833-3-14****Transport gefährlicher Güter, Luftfahrt 96-1-44****TrinkwasserV 2126-13-1****Truppendienstgerichte 52-2-10****Umweltschutzprotokoll-AusführungsG, KostenV 2129-28-2****UntersuchungsausschussG 1101-10****Veranstaltungswirtschaft, Kaufleute 806-21-1-286****VerfütterungsverbotsG 7825-2****VergabeV 703-5-1****Verpackungsmittelmechaniker(in) 806-21-1-284****Versicherungsnummern-, Kontoführungs- und VersicherungsverlaufsV 860-6-18****VK-MKS-SchutzV 7831-1-41-29-1 bis -3****Werkstätten-MitwirkungsV 860-9-1****WerkstättenV 871-1-7****Winzer/Winzerin, Eignung Ausbildungsstätte 806-21-8-13****Zivil- und Handelssachen 319-101****ZustellungsreformG 310-4/4**

Abkürzungsverzeichnis

AbfAbIV 2129-27-2-13	HundVerbrEinfG 7824-6
AföRG 2212-5	KostREuroUG 360-6
AltZertG 860-6-20	10. KOV-AnpV 2001 [830-2]
2. ÄndCWÜV [188-59-1]	LandmMechMstrV 7110-3-143
AnrV 2001/2002 830-2-9-36	LPartG 400-15
AntKostV 2129-28-2	NaStraG [4121-1]
2. AuslVersÄndV [830-2-17]	PBefG [9240-1]
AVAG 319-101	PKHB 2001 310-19-2-8
AVmEG [860-6]	PUAG 1101-10
AVmG 860-6-19	RAV 2001 8232-48-23
BBVAnpG 2000 2032-12-24	RiFlEtikettStrV 7847-19-2
BEGebV 930-9-8	RiRegDG 7847-20
30. BImSchV 2129-8-30	SchwVVO 871-1-5
BiomasseV 754-15-1	SGB IX 860-9, -9/1
BKV 806-21-1-283	SigG 9020-12
FeinwerkMechMstrV 7110-3-142	StVRÄndG 9231-1/1
FreqBZPV 900-11-13	TAppO 7830-1-5
FreqNPAV 900-11-14	TrinkwV 2001 2126-13-1
FreqZutV 900-11-15	VerfVerbG 7825-2
Friseur-MstrV 7110-3-144	VgV 703-5-1
FTEG 9022-11	VKVV 860-6-18
G 10 190-4	WMVO 860-9-1
GSiG 860-6-21	WVO 871-1-7
GvKostG 362-2	ZustRG 310-4/4
GvKostRNeuOG [362-2]	

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. Bonn – Druck: Bundesdruckerei GmbH 7.01

Der jährlich am 31. Dezember abgeschlossene Fundstellennachweis A und sein jeweiliger Nachtrag wird allen Festbeziehern des Bundesgesetzblattes Teil I im Rahmen des Abonnements geliefert. Einzelstücke des Fundstellennachweises A (letzte am 31. Dezember 2000 abgeschlossene Ausgabe – Fundstellennachweis A 2000) sind zum Preise von 48,00 DM (zuzüglich 6,80 DM Porto und Verpackung zu beziehen; dieser am 30. Juni 2001 abgeschlossene Nachtrag kann zum Preise von 5,60 DM (zuzüglich 1,80 DM Porto und Verpackung) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) bezogen werden.

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.